Heft 100 / 2019

GEGEN VERGESSEN FÜR DEMOKRATIE

Schwerpunktthema:

Was gefährdet die Demokratie?

weitere Themen:
- 30 Jahre Auseinandersetzung mit DDR-Geschichte
- Wege zur Medienmündigkeit

Informationen zur politischen Bildungsarbeit

Gegen Vergessen
Für Demokratie e.V.

Liebe Freundinnen und Freunde von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.!

Die mit einiger Spannung erwartete Europawahl hat aufs Ganze gesehen zwar zu einer Stärkung europakritischer Parteien im Parlament, doch keineswegs zu deren umfassendem Durchbruch geführt, von Italien abgesehen. Das Brexit-Chaos hat tendenziell eine Rückbesinnung auf Europa bewirkt.

Dies gilt auch für Deutschland, wo – wie in den meisten europäischen Ländern – die Wahlbeteiligung zugenommen hat. Für die AfD und andere europakritische Parteien war das Ergebnis eher enttäuschend, außer in Ostdeutschland. Die Stärke der rechtspopulistischen Partei vor allem in Sachsen und Brandenburg stellt weiterhin eine ernste Herausforderung dar, die auch historische Fragen einschließt.

Dass die traditionellen Volksparteien verloren haben, hat eine ganze Reihe von strukturellen und aktuellen Gründen. Zu Letzteren gehört die Unterschätzung der Ungeduld, insbesondere von Teilen der jüngeren Altersgruppen mit der Klimapolitik. Was dies alles für unsere Demokratie bedeutet, deren 70 Jahre alte Verfassung wir jüngst gefeiert haben, ist zu erörtern.

Positiv am Wahlkampf war, dass stärker als in früheren Jahren das Eigengewicht der europäischen Ebene beachtet wurde, auch wenn vieles offenblieb. Dass Europa für die EU-Mitgliedsländer eine Chance ist, sich in einer stark veränderten Welt zu behaupten, und auch die Voraussetzungen dafür schafft, manche Probleme zu lösen, die den nationalen Rahmen übersteigen: Das sind grundlegende politische Einsichten, die noch stärker verbreitet werden müssen. Keine Frage auch, dass wir einen kontinuierlichen Diskurs über Europa brauchen, etwa über die europäischen Institutionen, über die Rolle des Parlaments, die Frage der Vergemeinschaftung der Politikbereiche. Wie viel Regulation auf den verschiedenen Politikfeldern wollen wir in welchen Bereichen? Beachten müssen wir dabei die nach wie vor große Unterschiedlichkeit der EU-Länder.

Europa braucht neben der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mehr bi- und transnationale Kommunikation im Bereich von Wissenschaft und Kultur sowie in den Zivilgesellschaften, besonders über historische Erfahrungen.

Zurzeit gibt es – auch in unserer Vereinigung – mancherlei Diskurse über die liberale Demokratie und ihre Gefährdungen. Über deren Ausmaß kann man allerdings geteilter Ansicht sein. Die aktuellen Gefährdungen der Demokratie sind deshalb das Schwerpunktthema dieses 100. Heftes unseres Mitglieder-Magazins.

Gewiss ist eine allgemeine Aufgeregtheit keine gute Voraussetzung für besonnenes Handeln. Doch wir wissen vor dem Hintergrund der Geschichte: Wir tragen Mitverantwortung für das, was in unserer Region, in unserem Land, in Europa und auf der Welt geschieht. Und wir haben uns den Diskussionen zu stellen.

Mit guten Wünschen für die Sommermonate und besten Grüßen

Ihr/Euer

PS:

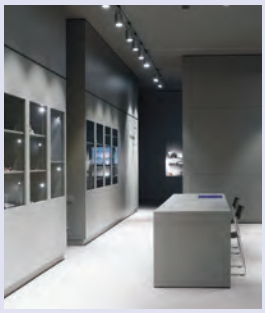
Die Ereignisse und Debatten der letzten Tage machen einen Zusatz nötig. Die Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke, die offensichtlich in einem Zusammenhang mit der rechtsextremen Szene steht und ein schlimmes Echo in den sozialen Medien hatte, weist uns mit großem Nachdruck auf konkrete Gefahren für unsere Demokratie hin. Wir haben nach den tieferen Ursachen zu fragen, die u.a. der Verrohung der Sprache und der Formen der Auseinandersetzung zugrundeliegen, und daraus Folgerungen zu ziehen. Es kann jedenfalls – wie Joachim Gauck in seinem neuen Buch schreibt – keine Toleranz geben, „wenn Freiheit und Toleranz bedroht sind“, ein Grundsatz, den unsere Vereinigung von Anfang an verfolgt hat.

IMPRESSUM
Herausgegeben von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., Stauffenbergstraße 13-14, 10785 Berlin
Telefon (0 30) 26 39 78-3, Telefax (0 30) 26 39 78-40, info@gegen-vergessen.de, www.gegen-vergessen.de
Bankkonto: Sparkasse KölnBonn, Konto-Nr. 85 51 707, BLZ 370 501 98

Titel-Foto: Liane Czeremin. Die Stofftaschen für Demokratie sind in der Geschäftsstelle bestellbar.
Redaktion: Liane Czeremin, Dr. Dennis Riffel, Julia Wolrab, Martin Bottomley, Dr. Michael Parak (V.i.S.d.P.)
Gestaltung: Atanassow-Grafikdesign, Dresden
Druck: B&W MEDIA-SERVICE Werbe- und Verlagsgesellschaft mbH
Die Zeitschrift wird klimaneutral auf FSC-zertifiziertem Papier gedruckt.

Die Herausgabe dieser Zeitschrift wurde gefördert durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen keine Meinungsäußerung der Redaktion oder des Vereins dar.

Wir bemühen uns allgemeinverständlich zu schreiben und verzichten daher zugunsten der Lesbarkeit auf gendergerechte Sprache. Bei Autorenbeiträgen überlassen wir die Entscheidung den Verfasserinnen und Verfassern.
ISSN 2364-0251



Inhaltsverzeichnis

Die Themen in dieser Ausgabe

SCHWERPUNKTTHEMA

Das „wahre Volk“ gegen „#wirsindmehr“!? 4
Cottbus braucht Normalität und den Dialog 7
Die NSU-Morde und die deutsche Gesellschaft 10
Die Weimarer Republik. Eine Demokratie zwischen Hoffnung und Zerstörung. 12
Demokratie auf dem Rückzug? 13

WEITERE THEMEN

30 Jahre Friedliche Revolution – 30 Jahre Auseinandersetzung mit DDR-Geschichte 15
NS-Verstrickungen früherer Führungskräfte in der Bereitschaftspolizei Göppingen 18

BLOG DEMOKRATIEGESCHICHTEN.DE

In Stein gemeißelt? Grundgesetz: Fundament und Utopie 20

ANALYSE UND MEINUNG

Wege zur Medienmündigkeit 22
Krise der Demokratie? 24

AUS UNSERER ARBEIT

Regionalsprechertreffen 2019: Intensiver Austausch und eine besondere Besichtigung 27
Bunte Postkarten und mehr für ein demokratisches Europa 28
RAG Rhein-Ruhr-West: Stiller Salut für das Grundgesetz 29
RAG Südhessen: Was „Zweitzeugen“-Gespräche bewirken können 30
RAG Bielefeld: Erinnerungen einer Zwangsarbeiterin auf Polnisch und Deutsch 32
RAG Nordbaden: Rechtsextremismus im Natur- und Umweltschutz 34
LAG Baden-Württemberg: Joannes Baptista Sproll – Bekennerbischof in schweren Zeiten 35
RAG Bielefeld stellt sich vor 37

NAMEN UND NACHRICHTEN

Schaudepot Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold eröffnet 39

REZENSIONEN

Die Motive der frühen Nazis 41
Kämpfer für die Einheitsfront gegen Hitler 42
Erinnerungskultur im Chat 44
Bildband mit 100en Fotodokumenten aus der Pogromnacht 45

BUCHEMPFEHLUNGEN

Umfassende Archivarbeit zum Nationalsozialismus in Rendsburg 46
Nein-Sager Tucholsky 46

IMPRESSUM 2
VORSTAND UND BEIRAT 47

Liane Czeremin

Das „wahre Volk“ gegen „#wirsindmehr“!?

Polarisierung der Gesellschaft

Das ausgehende Jahrzehnt ist eine Dekade der Polarisierung. Milieus driften immer weiter auseinander, ihre Mitglieder grenzen sich voneinander ab und polemisieren gegeneinander. Dabei geht es schon lange nicht mehr nur um besser und weniger gut Verdienende.

2016 haben die Präsidentschaftswahlen in Österreich und die Abstimmung über den Brexit in Großbritannien deutlich gemacht, dass sich eine zunehmende Polarisierung auch zwischen Metropolen und ländlichem Raum abzeichnet. In Wien und London waren die Abstimmungsergebnisse jeweils ganz andere als in ländlichen Gebieten.

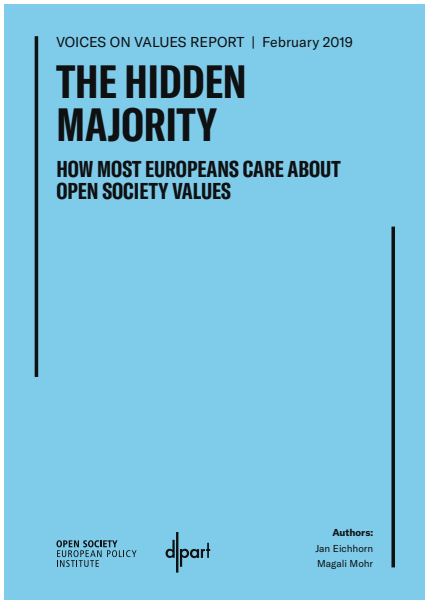
Solche Konfliktlinien können derzeit auch ganze Stadtgesellschaften spalten, wie in diesem Heft zum Beispiel für Cottbus dokumentiert (siehe Seite…). Und sie gehen manchmal quer durch Familien, wie wir in der Online-Beratung gegen Rechtsextremismus immer wieder erfahren.

Der englische Publizist David Goodhart wählte als Erklärung für diese Polarisierung das Gegensatzpaar der anywheres und der somewheres. Erstere kommen demnach mit der globalisierten Welt gut zurecht, sind weltgewandt und weltoffen. Die anderen sind die Dagebliebenen, die in traditionelleren Strukturen leben und denken. Diese Gegenüberstellung erinnert an das gegensätzliche Begriffspaar der offenen und geschlossenen Gesellschaft, die der Philosoph Karl Popper prägte (Karl Popper: Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, 1945).

Auf aktuelle Konflikte bezogen könnte man vereinfacht sagen, dass die Befürworter einer geschlossenen Gesellschaft heute den Slogan der Friedlichen Revolution von 1989: „Wir sind das Volk“, für sich umdeuten und sich als das „wahre Volk“ deklarieren. Die anderen sind entsetzt und versichern sich dagegen „#wirsindmehr“.

Dafür und dagegen – so einfach ist es nicht

Jetzt aber behaupten die Verfasser der neuen Studie „The Hidden Majority“ (etwa: Die verdeckte Mehrheit), dass es so einfach nicht ist. Die Polarisierung, wie sie sich in öffentlichen Debatten und Wahlen zeigt, finde bei den Einstellungen der Menschen im Hinblick auf die zentralen Werte einer offenen Gesellschaft gar keine so starke Entsprechung. Zu diesem Ergebnis kommen die Forscher, die unter der Leitung von Jan Eichhorn und Magali Mohr 6.000 Menschen in sechs europäischen Staaten befragt haben.



Die Studie *THE HIDDEN MAJORITY* kann auf Englisch im Internet heruntergeladen werden, unter: *http://voicesonvalues.dpart.org/images/VoV_The_Hidden_Majority_report_2019.pdf*

Sie wollten von den Bürgern wissen, wie wichtig ihnen bestimmte Werte einer offenen Gesellschaft sind. Zum Beispiel Minderheitenschutz oder Meinungsfreiheit. Sie fragten aber auch Einstellungen ab, die eher als Attribute einer geschlossenen Gesellschaft gelten, zum Beispiel der Wunsch nach einer starken Begrenzung der Einwanderung oder die Ansicht, dass nicht-christliche Religionsausübung nur im Privatraum erlaubt sein sollte (siehe Tabelle). Schließlich wurden auch Alternativen vorgestellt und danach gefragt, was den Bürgern jeweils wichtiger oder gleich wichtig sei. Zum Beispiel, dass Neu-Einwanderer genauso behandelt werden wie andere Bürger oder dass der Staat sich um sozialen Zusammenhalt kümmert.

Aufgrund der Antworten haben die Forscher eine dritte Gruppe ausgemacht, die zwischen den Lagern der Befürworter und der Ablehner einer offenen Gesellschaft stünden. Sie nennen sie Sympathisanten der offenen Gesellschaft. Diese Sympathisanten teilen laut Studie zentrale Werte der offenen Gesellschaft und stehen den Befürwortern näher als den Ablehnern. Sie setzen aber andere Prioritäten. Ihnen sei zum Beispiel die Sorge um ihre soziale Absicherung, ihre Sicherheit oder ihr traditionelles, christlich geprägtes Familienbild ebenso wichtig wie die Säulen der offenen Gesellschaft oder wichtiger. In Deutschland zählen die Forscher knapp ein Drittel der Bürger zu dieser Gruppe. Sie wäre also nicht zu vernachlässigen.

Nun gibt es sicherlich berechtigte Kritik am Fragenkatalog der Studie, besonders wenn mit Oberbegriffen hantiert wird wie Meinungsfreiheit oder Pressefreiheit. Auch weil Rechtspopulisten momentan versuchen, diese Werte massiv umzudeuten, bleibt unklar, was die Befragten mit diesen Werten jeweils konkret verbinden. Außerdem stellt sich die Frage, wie vergleichbar Angaben sind, die sich auf Regierungspolitik beziehen. Es wird sicherlich unterschiedliche Antworten geben, wenn ein Land autoritär regiert wird wie Ungarn oder liberal wie Frankreich.

Die Mehrheit sichern

Trotz dieser Einwände: Eine zentrale Schlussfolgerung von Eichhorn und Mohr sollte politische Entscheidungsträger und auch zivilgesellschaftliche Organisationen wie unsere zum Nachdenken bringen. Denn die Studie zeigt, dass es zu kurz greift, nur eine Haltung „gegen rechts" einzufordern und entsprechend dafür zu mobilisieren.

Bei der gegenwärtigen Stärke rechtspopulistischer Bewegungen in Europa ist es für die Befürworter einer offenen Gesellschaft wichtig, dass sie in der Mehrheit bleiben, wie der Hashtag „#wirsindmehr" ja nahelegt. Den in der Studie abgefragten Einstellungen nach ist das auch so: Befürworter und Sympathisanten der offenen Gesellschaft bilden außer in Italien in allen ausgewählten Staaten eine Mehrheit. Die Frage ist nur, ob diese Mehrheit wirksam bleibt.

Eine in Öffentlichkeit und Wahlen wirksame Mehrheit ist in Gefahr, wenn viele, die eigentlich als Sympathisanten der offenen Gesellschaft gelten können, ihre Interessen und Bedürfnisse von den aktiven Unterstützern einer offenen Gesellschaft nicht akzeptiert sehen. Die meisten befragten Sympathisanten sehen nach Angaben der Autoren keinen Widerspruch darin, traditionelle und progressive Ansichten zu verbinden. Sie fühlen sich sicherlich stigmatisiert, wenn sie von Befürwortern einer offenen Gesellschaft mit rechtspopulistischen Scharfmachern über einen Kamm geschoren werden, obwohl sie nur in einigen Fragen von den Ansichten der Befürworter abweichen.

Solche Tendenzen werden gerade offenbar. Nicht nur die Aktivisten des angeblich „wahren Volkes" ziehen sich für Diskussionen in die eigene Filterblase zurück und stellen nach außen hin dann Forderungen an die Allgemeinheit. Auch in „#wirsindmehr"-Kreisen ist dies zu beobachten – ob es nun die Debatte um gendergerechte Sprache, um vegane Lebensformen oder um die Frage betrifft, ob man mit „Nazis" reden darf. Die Tendenz geht dahin, die eigene Sichtweise absolut zu stellen und von anderen zu verlangen, sie zu übernehmen. Dies gefährdet aber die relative Einheit der Gesellschaft und damit auch eine Mehrheit gegen die Ablehner.

Was kann also helfen? Meinungen und Bedürfnisse ernst nehmen, Gemeinsamkeiten und Kompromisse finden.

Für Vertreter staatlicher Institutionen und der Parteien wäre es nötig, sich in dieser Richtung verstärkt auf den Weg zu machen. Weiterbringende Ansätze findet man in den neuen „Zuhörformaten" in der Art von Politikergesprächstourneen durchs Land oder in von Medien initiierten Austauschplattformen wie „Deutschland spricht". Doch sprechen, zuhören und ernstnehmen reicht noch nicht. Es gilt für politische Entscheidungsträger auf allen Ebenen der Verantwortung, aus diesem Prozess heraus einende Ziele zu generieren, mehrheitsfähige Positionen und Lösungen zu entwickeln und dann für diese Positionen und Lösungen aktiv zu werben.

Wie es nicht funktioniert, zeigte sich kürzlich an einem ganz anderen Thema. Im europäischen Streit um den „Artikel 13" und die geforderten Uploadfilter für YouTube und Co. hatten viele Jugendliche das Gefühl, dass ihre Anliegen niemand ernst nimmt. Und sie hatten Recht: Bis Politiker der ersten Reihe und auch die meisten klassischen Medien sich überhaupt dazu herabließen, Stellung zu beziehen oder zu berichten, war die Entscheidungsfindung fast vorbei. Selbst dann gab es kaum Erklärungen, Einordnungen oder den Versuch, die jungen Menschen und ihre Bedürfnisse anzuhören. Im Gegenteil, sie wurden zum Teil sogar beschimpft. Ähnlich erging es den Aktiven von Fridays for Future.

Dieses Beispiel erklärt relativ einfach, welche Dynamik entstehen kann, wenn sich Bürger abgestempelt fühlen: Im Moment richtet sich der Zorn der jungen Internetnutzer vor allem gegen die CDU. »

Tauziehen um die offene Gesellschaft? Die Spaltung der Gesellschaft wirkt oft größer, als sie eigentlich ist, sagen die Verfasser einer neuen Studie.

Foto: fotolia / peshkova

Einschätzung von Merkmalen offener und geschlossener Gesellschaften

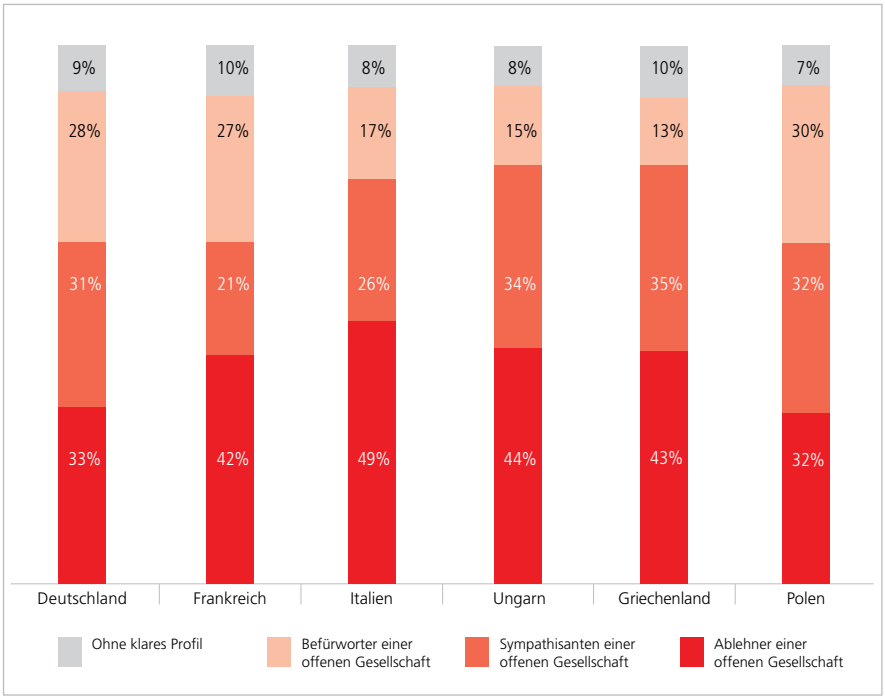
Merkmale, die eher mit offenen Gesellschaften assoziiert werden	Merkmale, die eher mit geschlossenen Gesellschaften assoziiert werden
Menschen, die vor Kurzem in [LAND] eingewandert sind, sollten gleich behandelt werden.	So wenig Einwanderer wie möglich sollten nach [LAND] kommen.
Alle können ihre Religion frei ausüben.	Die Regierung muss sicherstellen, dass die Medienberichterstattung immer ein positives Bild von [LAND] zeigt.
Alle können ihre Meinung frei äußern.	Alle müssen die nationalen Werte und Normen von [LAND] respektieren.
Regierungskritische Gruppen und Menschen können mit der Regierung in Dialog treten	Nicht-Christen können ihre Religion nur zuhause oder in ihren Gotteshäusern ausüben.
Die Rechte von Minderheiten sind geschützt.	Gleichgeschlechtliche Paare sollten sich nicht in der Öffentlichkeit küssen.
Alle politischen Ansichten können im Parlament vertreten werden.	Die Sichtweise der Regierung entspricht immer der Sichtweise der Mehrheit.
Medien können die Regierung kritisieren	Das Recht, Staatsbürger von [LAND] zu sein ist begrenzt auf Menschen, deren Eltern die [LAND ADJEKTIV] Staatsbürgerschaft besitzen oder ethnisch [LAND ADJEKTIV] sind.

Quelle: Open Society European Policy Institute/dpart; Übersetzung: Martin Bottomley

Diese Merkmale wurden den Teilnehmern der Studie „The Hidden Majority“ in zufälliger Reihenfolge vorgelegt. Sie wurden gefragt, wie wichtig das jeweilige Merkmal für eine gute Gesellschaft ist. Außerdem gab es noch eine Art Werte-Ranking.

» Das Thema betrifft aber alle. Denn auf die Unterstützung der jungen Generation wird es künftig ankommen, wenn es um die Stabilität der Demokratie geht.

Auch aus Sicht eines zivilgesellschaftlichen Akteurs gilt es, Wege zu finden, um Gemeinsamkeiten zu stärken und Kompromisse zu entwickeln. Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. geht seit Jahren über zwei Ansätze in diese Richtung. Zum einen über die Förderung einer demokratischen Diskussionskultur, die neben Haltung auch Empathie und Dialogbereitschaft berücksichtigt. Die große Nachfrage nach unseren „Argutrainings für Demokratie“ zeigt, dass es in allen gesellschaftlichen Bereichen Bedarf dafür gibt. Zum anderen über den Versuch, positive Traditionslinien in der deutschen Geschichte aufzugreifen und so demokratische Werte anschaulich zu machen. Wenn wir uns mit unserer Demokratiegeschichte beschäftigen, Vorbilder finden, einordnen und die Bedeutung historischer Ereignisse für die Gegenwart aufzeigen, können wir Ziele und Werte formulieren, die auch heute wichtig sind und Menschen einen können. Der Verein macht damit nicht nur konkret deutlich, wogegen er antritt, sondern auch, wofür. ■



Quelle: Open Society European Policy Institute/dpart; Übersetzung: Martin Bottomley

Die Befragten wurden von den Forschern der Studie The Hidden Majority in drei Gruppen eingeteilt, je nachdem, welche abgefragten Merkmale ihnen für eine gute Gesellschaft wichtig waren: Befürworter der offenen Gesellschaft, Sympathisanten der offenen Gesellschaft und Ablehner der offenen Gesellschaft. Die Anteile der jeweiligen Gruppen sind in den untersuchten Ländern unterschiedlich groß. Den harten Kern der Ablehner, die gegen alle Säulen der offenen Gesellschaft eintreten, beziffern die Forscher dabei insgesamt auf nur etwa sechs Prozent. Auch gibt es über Ländergrenzen hinweg keine haltbaren demografischen Übereinstimmungen bei den Mitgliedern der jeweiligen Gruppen. Weder bezüglich des Alters noch des sozialen Status lassen sich eindeutige Zusammenhänge finden. Selbst der Bildungsgrad spielt nur in Deutschland eine signifikante Rolle.

Liane Czeremin ist Politikwissenschaftlerin und leitet die Öffentlichkeitsarbeit von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Interview

Cottbus braucht Normalität und den Dialog

Ein eindrückliches Beispiel für die Risse, die sich momentan durch die Gesellschaft ziehen, bietet das brandenburgische Cottbus. In der 100.000-Einwohner-Stadt in der Lausitz kam es seit 2017 zu mehreren gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen hauptsächlich syrischen Flüchtlingen und Einheimischen. Tausende demonstrierten anschließend in der Stadt gegen den Zuzug. Anhänger von Pegida und AfD sowie dem regional ansässigen Verein *Zukunft Heimat* protestierten dabei gemeinsam mit rechtsextremen Gruppierungen. Auf der anderen Seite gibt es in der Stadt aber auch starkes Engagement für eine weltoffene Gesellschaft. Wir fragten Simone Wendler, langjährige Chefreporterin der Regionalzeitung Lausitzer Rundschau bis 2018, was der Stadt helfen könnte.

Bei den Europawahlen und den Kommunalwahlen ist die AfD in Cottbus stärkste Kraft geworden. Im Herbst stehen noch Landtagswahlen an. Außerdem gab es in Cottbus im April eine große Polizeirazzia gegen die rechtsextreme Szene. Wie aufgeheizt ist die Stimmung derzeit in der Stadt?
Viele denken ja, wenn man die Nachrichten aus Cottbus hört, hier sei es gefährlich und man könne nicht auf die Straße gehen, ohne angepöbelt zu werden. So ist es überhaupt nicht. Die AfD hat zur Kommunalwahl massiv plakatiert. Ansonsten ist es relativ ruhig.

Die Razzia im April, die Sie ansprechen, richtete sich gegen eine Mischszene in der Lausitz, über die ich selbst schon seit etwa 2011 berichte. Die besteht aus Rechtsextremisten, Hooligans und Kampfsportlern mit Kontakten zum Rockermilieu. Dieses Milieu hat in den vergangenen Jahren teilweise an rechtspopulistische Gruppierungen wie den Verein *Zukunft Heimat* angedockt. Dieser Verein kommt eigentlich aus dem unteren Spreewald, hat sich Cottbus aber als neuen Spielplatz ausgesucht. Berührungspunkte gibt es auch mit der Identitären Bewegung.

Diese Gruppen sind in den vergangenen Jahren auch auf Demonstrationen in Cottbus gesehen worden. Wer ist denn da genau mitgelaufen?
Das war unterschiedlich. Am Anfang, im Frühsommer 2017, hat *Zukunft Heimat* seine Aktivitäten dauerhaft und komplett nach Cottbus verlagert. Anlass war eine Messerstecherei zwischen jungen Syrern und Deutschen. Zunächst nahmen 300 bis 500 Menschen an den Demonstrationen teil. Nachdem es zwei weitere Zwischenfälle mit Flüchtlingen in Cottbus gab, waren es im Januar 2018 dann 3.000 bis 3.500 Leute.

Foto: privat

Simone Wendler, langjährige Chefreporterin der Lausitzer Rundschau.

Die kamen aus dem ganzen Bundesgebiet. Inzwischen hat es sich wieder bei 300 bis 400 Leuten eingependelt. Das ist ein harter Kern aus der ganzen Umgebung, teilweise auch von Pegida aus Dresden. Etwa 20 Prozent der Teilnehmer kommen aus dem rechtsextremen Milieu. Christoph Berndt, dem Chef von Zukunft Heimat, scheint es egal zu sein, wer da mitgeht. Er hat gesagt: „Jeder ist willkommen, der sich unsere Ziele zu eigen macht und friedlich demonstrieren will." Berndt ist inzwischen Mitglied der AfD und steht bei den Landtagswahlen auf Platz zwei der Landesliste.

Und was haben diese Aktivitäten mit der Stadt gemacht? Was hat sich verändert in den vergangenen Jahren?
Die öffentliche Meinung ist aufgeheizter geworden und die Stadtgesellschaft gespaltener. Die Mitglieder von *Zukunft Heimat* haben dafür gesorgt, dass das Image von Cottbus massiv geschädigt wurde. Das ist wirklich gravierend. Und sie haben die Vorstellung in die Gesellschaft hineingetragen, dass Flüchtlinge eine Bedrohung seien. Diese Ansicht hat sich durch permanente Wiederholung von Schlagworten wie dem angeblichen „großen Austausch" der Bevölkerung bei einigen Leuten sicher mental festgesetzt.

Solche Spaltungstendenzen in der Gesellschaft sehen wir momentan in vielen Bereichen. Was ist in Cottbus besonders, dass sie dort wie unter dem Brennglas zu beobachten sind?
Das hat einen ganz praktischen Grund. 2016 und 2017 sind in relativ kurzer Zeit sehr viele anerkannte Flüchtlinge nach Cottbus gezogen, die nicht mehr der Residenzpflicht unterstanden. Sie sind gekommen, weil es hier noch eine große Zahl preiswerter, schlicht sanierter Wohnungen im Plattenbau gab. Innerhalb von ein, zwei Jahren sind etwa 3.000 bis 4.000 Flüchtlinge zusätzlich in die Stadt gezogen. Das hat das Stadtbild verändert.

Sie sehen hier jetzt überall arabisch aussehende Menschen. Das gab es vor drei, vier Jahren überhaupt nicht. Dies ist für die Leute erst einmal eine gravierende Veränderung ihres Alltags – gerade für ältere Menschen, die sonst nicht viel ins Ausland kommen und keinen Umgang mit Menschen aus dem außereuropäischen Ausland haben. An diese Tatsache hat der Verein *Zukunft Heimat* angedockt, als es zu Schwierigkeiten kam. Unter den etwa 3.000 neu Zugezogenen waren 30 bis 40 junge Männer, die Streit suchten und gewalttätig wurden. Bis hin zu den erwähnten Messerstechereien.

Die Stadt hat daraufhin die Polizeipräsenz massiv erhöht. Hat das etwas gebracht? Oder hätte es noch andere Reaktionen gebraucht von Seiten der Stadt?
Das hat auf alle Fälle was gebracht. Es ging ja bei den Gewalttätern um eine kleine »

Quelle: Clipdealer

Blick auf den Altmarkt von Cottbus.

» Problemklientel, die aber auf die Stadtgesellschaft wie ein Sprengmittel wirkte. Die konsequente Verstärkung der Polizei hat eine Menge bewegt. Wenn ich jetzt in die Stadt fahre und mich dort eine Stunde lang aufhalte, treffe ich arabisch aussehende Menschen. Ich treffe aber fast immer auch eine Polizeistreife.

Ich persönlich bedauere, dass die Stadtspitze nur auf diese Sicherheitsschiene gesetzt hat. Sie hat versucht, das Problem zu verwalten statt Haltung zu zeigen. Ich hätte mir gewünscht, dass der Oberbürgermeister von Anfang an ein sehr klares Statement abgegeben hätte: Wer gehört in diese Stadt und wie sind die Regeln? Und zwar Regeln, die für alle gleich sind. Inzwischen hat er sich geäußert, aber sehr spät.

Der Fußballverein Energie Cottbus ist ein großer Identitätsstifter für die Lausitz. Auch er ist betroffen. Zu der rechtsextremen Szene in der Stadt gehören Hooligans. Wie geht der Verein damit um?

Da hat sich vor ein paar Jahren etwas ins Positive gedreht. Es gab lange Zeit wenig Bereitschaft, sich mit der Problematik auseinanderzusetzen. Die Fangruppierung Inferno besteht seit mehr als 15 Jahren. Es gab immer wieder Vorfälle, an denen Inferno-Mitglieder beteiligt waren. Der Verein musste oft Strafe zahlen. Aber die Vereinsspitze hat den Namen Inferno jahrelang gar nicht in den Mund genommen. Dann kamen der Abstieg der Mannschaft in die vierte Liga und ein neuer Präsident, Michael Wahlich. Unter seiner Präsidentschaft hat der Verein erst einmal gesagt: „Ja, wir haben ein Problem mit rechtsextremistischen Fans."

Jetzt hat der Verein einen Maßnahmenkatalog erstellt, tauscht sich regelmäßig mit dem Landessportbund aus, redet mit dem Verfassungsschutz und mit der Polizei. Es gab ein besonderes Beispiel: Einer der bekanntesten Leute von Inferno, eine zentrale Figur in der Szene, hatte versucht, gegen ein Stadionverbot vorzugehen, auch gerichtlich. Der Verein hielt mit aller Kraft dagegen. Das war stark.

An der Spitze des Vereins gab es inzwischen noch einmal eine personelle Veränderung. Nun muss man abwarten, was nach dem erneuten Abstieg der Mannschaft in die vierte Liga weiter geschieht. Es müsste aus meiner Sicht mehr Bildungsarbeit mit den Fans geben. Andere Wege der Fankultur müssten erschlossen werden. Da ist noch viel Luft nach oben.

Was würde der Stadtgesellschaft denn noch helfen?

Normalität. Je länger Normalität zwischen Alteingesessenen und Flüchtlingen im Alltag gelebt wird, umso eher wird man aufeinander zugehen. Es gab nun glücklicherweise schon lange keine größeren Zwischenfälle mehr, an denen Flüchtlinge beteiligt waren. Wenn die Cottbuser erleben: Die meisten Flüchtlinge benehmen sich ruhig und freundlich, wird sich die Situation entspannen.

Ein Beispiel: Vor ein paar Wochen bin ich mit dem Zug gefahren, stehe auf dem Bahnsteig, es gibt keinen Fahrstuhl. Da kommt ein junger Flüchtling, 16 oder 17 Jahre alt, und fragt mich in recht gutem Deutsch, ob er mir den Koffer die Treppe hochtragen kann. Solche Alltagssituationen meine ich.

In einem Wahljahr wie diesem ist es allerdings schwierig, Normalität einkehren zu lassen.

Gibt es denn in der Stadt Cottbus Akteure, die besonders positiv wirken und die Stadt wieder ein bisschen einen könnten?
Verschiedene zivilgesellschaftliche Gruppen positionieren sich klar gegen einen Rechtsruck in der Gesellschaft, darunter junge Leute aus dem studentischen Milieu wie etwa in der Gruppe *Cottbus nazifrei*. Auch der *Cottbuser Aufbruch* stellt sich seit Langem gegen rechtsextreme Tendenzen. Es gibt Erzählcafés und ehrenamtliche Hilfe für Flüchtlinge. Da passiert eine ganze Menge im Stillen, Kleinteiligen. Das bringt die Gesellschaft insgesamt voran.

Ich sehe momentan aber niemanden, der einen Diskurs zwischen den Lagern anstoßen würde. Ich habe mir schon viel den Kopf zerbrochen, wie das gehen könnte, wer das machen könnte, aber ich habe noch keine wirklich gute Idee. Alles, was irgendwie nach Parteipolitik riecht, steht von vorneherein unter Verdacht. Vielleicht muss man warten, bis die Landtagswahl im Herbst vorbei ist, und dann einen Gesprächskreis gründen. In dem könnten vielleicht einmal im Monat interessierte Cottbuser zusammenkommen und über aktuelle politische Fragen reden, über die Dinge, die wichtig sind. Ich weiß aber nicht, wer das organisieren könnte.

Sie selbst standen als Chefreporterin der Lausitzer Rundschau und stehen auch jetzt noch als Vertreterin der Medien im Visier der Rechtsextremen und der rechtspopulistischen Kräfte in Cottbus. Wie gehen Sie persönlich mit den Angriffen um?
Das war jetzt nicht wirklich neu. Auch in den Jahren zuvor stand ich bereits im Fokus, etwa als ich durch meine Recherche und Berichterstattung Menschen aus dem Kampfsportmilieu mit Bezügen zum Rechtsextremismus zugesetzt habe. Einmal wurde nachts in unserem Haus ein Stein durchs Fenster geschleudert. Insofern war ich Übles gewohnt.

Mit der kritischen Berichterstattung über *Zukunft Heimat* haben sich neue Aggressionen gegen die Zeitung und meine Person aufgebaut. Anfangs gab es noch Austausch mit Anhängern des Vereins, manche von ihnen haben E-Mails geschrieben oder Leserbriefe. Ich habe auch geantwortet, angerufen, versucht, mich mit ihnen zu treffen. Nach einer Weile wollten sie aber nicht mehr mit mir reden. Für einige wurde ich zum Hassobjekt.

Wenn ich zu Demonstrationen gehe, um sie journalistisch zu begleiten, bin ich vorsichtig. Ich gucke immer, wo die Polizei steht, versuche, nicht in die Kundgebung hineinzugehen, sondern einen Sicherheitsabstand zu wahren. Wenn ich da auftauche, manchmal mit einer Kollegin oder einem Kollegen zusammen, ist es wie beim Tennis: Die Köpfe wenden sich zu mir um und ich höre: „Da isse, da isse …“ Naja, es macht die Arbeit nicht angenehmer.

Was denken Sie, wie es nun weitergeht?
Für großen Optimismus fehlt mir momentan die Faktenbasis. Nach den Erfolgen der AfD bei den Kommunalwahlen – nicht nur in Cottbus – wird sich die Kommunalpolitik in Brandenburg verändern.

Eine Partei, die wie ein Ufo einfliegt und in einen Landtag einzieht, kann auch schnell wieder aus dem Landtag verschwinden. Eine Partei, die es geschafft hat, sich in Gemeinden und Stadtparlamenten zu verankern, ist viel schwieriger wieder einzudämmen. Die AfD kann dann bei den verschiedensten kommunalpolitischen Angelegenheiten immer wieder das Flüchtlingsthema skandalisieren. Aber vielleicht werden auch andere Leute langsam munter. Man darf die Hoffnung nicht aufgeben.

Vielen Dank für das Interview,
Frau Wendler!

Die Fragen stellte Liane Czeremin.

Wolfgang Benz

Die NSU-Morde und die deutsche Gesellschaft

Die Frankfurter Rechtsanwältin Seda Basay-Yildiz, die durch die Vertretung von NSU-Opfern prominent wurde, erhält Morddrohungen per Fax, in denen es heißt: „Dir hirntoten Scheißdöner ist offensichtlich nicht bewusst, was du unseren Polizeikollegen angetan hast". Hessische Sicherheitsbehörden haben als Absender Polizeibeamte im Visier, denn die Drohschreiben enthalten Insiderwissen der hessischen Polizei. Die Drohungen begannen im August 2018, bald nach der Verkündung des Urteils im NSU-Prozess. Auch ein anderer Opferanwalt erhielt Drohungen im Namen einer Gruppe „NSU 2.0".

Was bedeutet es für den Zustand von Staat und Gesellschaft, dass die Beleidigung und Bedrohung einer türkeistämmigen deutschen Juristin möglicherweise in deutschen Amtsstuben ausgeheckt wird? Deutlichere Indizien für einen weit verbreiteten Alltagsrassismus sind kaum vorstellbar.

Fremdenfeindschaft und Rassismus sind auch in die Parlamente eingezogen. Die AfD-Fraktionschefin im Bundestag, Alice Weidel, provozierte im Mai 2018 Pfui-Rufe im Plenum des Hohen Hauses, als sie den Rassismus der Partei ohne Scham und Scheu öffentlich machte: „Burkas, Kopftuchmädchen und alimentierte Messermänner und sonstige Taugenichtse werden unseren Wohlstand, das Wirtschaftswachstum und vor allem den Sozialstaat nicht sichern." Die Abgeordnete erhielt eine Rüge des Parlamentspräsidenten Wolfgang Schäuble.

„Nie wieder", heißt es auf einer Gedenktafel für die Opfer der NSU-Morde in Kassel.

. Foto: wikipedia/Hafenbar

Am 26. August 2018, einem Sonntag, kam es anlässlich eines Stadtfestes in Chemnitz zu Auseinandersetzungen, bei denen ein 25-jähriger Chemnitzer durch Messerstiche den Tod fand. Die Polizei nahm zwei junge Männer aus Syrien beziehungsweise dem Irak als Tatverdächtige fest. Demonstrationen, zu denen die rechte Szene ihre Anhänger mobilisierte, endeten in ausländerfeindlichem Krawall, rechte und rassistische Parolen wurden skandiert wie „Merkel raus", „Das System ist am Ende, wir sind die Wende". Der Hitlergruß wurde gezeigt und Menschen wurden unter den fremdenfeindlichen Rufen „elendes Viehzeug", „Kanaken" und „Zecken" durch die Stadt gejagt. Erst war die Polizei, dann war die Politik überfordert, als der damalige Präsident des Verfassungsschutzes die Realität der Menschenjagd bezweifelte. Die Absicht des Bundesinnenministers, ihn dafür mit Beförderung zu belohnen, löste eine Koalitionskrise aus. Bemerkenswert an den Chemnitzer Ereignissen war, dass Neonazis mit Pegida-Anhängern und AfD-Abgeordneten sowie AfD-Funktionären zusammenwirkten, was die Partei-Spitze als „verständliche Wallungen verzweifelter Bürger" schönzureden versuchte.

Dass ein Verbrechertrio, das sich den Namen „Nationalsozialistischer Untergrund" gab, jahrelang ungestört morden konnte, dass die rassistischen Motive ebenso lange nicht erkannt (oder beachtet) wurden, lässt mehrere Vermutungen zu. Einmal die, dass die Behörden sich wenig interessiert hätten, weil sie glauben wollten, es habe sich um Milieukriminalität gehandelt, die man nicht so ernst nehmen müsse. Eine weitere Vermutung war dann, als sich Beate Zschäpe der Polizei stellte, dass es sich um eine hermetische Trias rechter Psychopathen gehandelt habe. Dass auch eine so winzig kleine Mörderbande Gehilfen, Unterstützer, Sympathisanten, hämisch grinsende Mitwisser im Hintergrund braucht, wurde spät thematisiert. Obwohl dies das eigentliche Thema ist.

Nicht nur die Mörder hatten rassistische Motive. Die Polizei ermittelte jahrelang unbeirrt nur im persönlichen Umfeld der Ermordeten. Die Abkürzung NSU wurde zur Chiffre für die Mordserie aus rassistischen Motiven und zugleich, wie parlamentarische Untersuchungsausschüsse und der mehr als fünf Jahre dauernde Prozess erwiesen, für das Versagen von Polizei und Behörden. Die Abkürzung NSU steht deshalb für eine Katastrophe des Rechtsstaats, seiner Organe und seiner Gesellschaft.

Foto: wikipedia/André Karwath

Das zerstörte Haus, in dem sich die Mitglieder des Nationalsozialistischen Untergrunds versteckt hielten.

Die These, dass in der Causa NSU Rechtsstaatlichkeit einer Staatsräson geopfert wurde, in der Geheimdienste in einer rechtsfreien Sphäre agieren dürfen, die höchste Anklagebehörde mangels Entscheidungsfreiheit und Unabhängigkeit obrigkeitsstaatlich gegängelt wird und sich entsprechend verhält, wird durch Fakten, die im Prozess ans Licht kamen, gestützt. Wie anders ist zu erklären, dass es dem Verfassungsschutz möglich war (und ist), V-Leute mit öffentlichem Geld zu alimentieren und logistisch zu unterstützen, um „den Aufbau extremistischer Strukturen in der rechten Szene zu fördern" und damit die Entstehung terroristischer Gruppen.

Die Opfer und ihre Angehörigen blieben lange allein. Eine Mahnwache vor dem Brandenburger Tor in Berlin, initiiert von der Türkischen Gemeinde in Deutschland rief zur Solidarität gegen Rassismus und Rechtsextremismus auf. Mit einer Schweigeminute gedachte der Bundestag am 21. November 2011 der Opfer. Der Präsident des Parlaments Norbert Lammert bat im Namen der Abgeordneten um Entschuldigung für die „Verdächtigungen und Anfeindungen" der Opfer-Angehörigen durch die Ermittler und fügte hinzu, er schäme sich für die Arbeit der Sicherheitsbehörden. Bundespräsident Wulff lud wenig später die Angehörigen zum Gespräch ins Schloss Bellevue. Aber materielle Unterstützung hatten sie bis dahin nicht erfahren. Bei einer feierlichen Gedenkzeremonie im Februar 2012 sagte in Anwesenheit der Bundeskanzlerin die Tochter des ersten Mordopfers Semiya Şimşek: „Elf Jahre durften wir nicht einmal reinen Gewissens Opfer sein."

Zur Urteilsverkündung am 11. Juli 2018 sind nicht nur die Angehörigen der Opfer erschienen. Eine Gruppe Neonazis im schwarzen Hemd klatscht Beifall, als ihr Gesinnungsgenosse, der schweigende, ewig grinsende André Eminger nur zu einer vergleichsweise geringen Gefängnisstrafe verurteilt wird – es hätte auch längerer Freiheitsentzug für Beihilfe zum Mord sein können. Die Neonazis werden für ihren Lärm vom Gerichtsherren milde ermahnt. Ismail Yozgat, der Vater des 21-jährigen Halit, den die NSU-Mörder im April 2006 in Kassel erschossen haben, schreit seinen Schmerz in den Gerichtssaal. Ihm werden Maßnahmen angedroht, wenn er keine Ruhe gebe.

Das ist symptomatisch. Nicht dafür, dass die Justiz auf dem rechten Auge blind ist, wie sie es in der Weimarer Republik war, als Hitler und seine Anhänger mit dem Verständnis der Richter rechnen konnten, wenn sie (wie sie meinten) aus patriotischer Gesinnung Straftaten begingen. Symptomatisch ist die Rüge im NSU-Prozess für die Schmerzensschreie des Vaters dafür, dass den Opfern der rechtsextremen Mörderbande von der Gesellschaft keine Sensibilität entgegengebracht wurde, dass den Ermittlern, der Öffentlichkeit, schließlich dem Gericht das Empfinden dafür fehlte, was ihnen angetan wurde, dass die Opfer sich ausgegrenzt fühlen mussten von einer Gesellschaft, in der sie sich integriert glaubten, als deren Teil sie gerne gelebt hatten.

Zum Leid, das ihnen die rechten Terroristen zufügten, kam die Unterstellung, sie seien Kriminelle, kam die Überwachung, die Beobachtung, der Argwohn der Behörden. Der Schaden, der dadurch entstand, ist bleibend und unermesslich. ■

Prof. Dr. Wolfgang Benz ist Historiker und Träger des Preises Gegen Vergessen – Für Demokratie. Bis 2011 war er Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung in Berlin. Der Text ist die gekürzte Fassung einer Rede, die Benz im März bei einem Diskussionsforum der Arbeiterwohlfahrt (AWO) in Berlin hielt. Wir danken dem Autor und dem AWO Bundesverband für die Genehmigung zum Abdruck.

Ronny Noak

Die Weimarer Republik. Eine Demokratie zwischen Hoffnung und Zerstörung.

Die rund 14 Jahre der Weimarer Republik erscheinen vielfach als ein „gescheitertes Experiment", als erste demokratische Gehversuche, für die nur geringe Erfolgsaussichten bestanden. Weimar wird so als Vorspiel der NS-Diktatur gesehen. Das Ende der Weimarer Republik war aber keineswegs einfach folgerichtig. Die Gründe für ihr Ende sind vor allem eines: vielfältig. Erst die Kombination verschiedener Bedingungen führte zu ihrem Ende. Ein Perspektivwechsel, der die Weimarer Republik nicht von ihrem Ende her, sondern von den Möglichkeiten der Entwicklung denkt und dabei auf die Rolle der Parteien in der politischen Praxis eingeht, soll zur Erklärung beitragen, warum die Weimarer Demokratie 1933 endete, aber dieses Ende keinesfalls zwangsläufig war.

Foto: Bundesarchiv/Georg Pahl

Eine Großkundgebung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold 1924 in Potsdam.

I. Die junge, aber erprobte Demokratie

Begeben wir uns für diesen Perspektivwechsel zunächst in das Jahr 1923, keine fünf Jahre nach der Novemberrevolution. 1923 gilt weithin als das Krisenjahr der Weimarer Republik. Eine Aufzählung der Ereignisse deckt Erfahrungen einer ganzen Generation ab: Hyperinflation, Besetzung des Ruhrgebietes, Einmarsch der Reichswehr in Sachsen und Thüringen und Absetzung der dortigen Regierungen, Rücktritt der Reichsregierung im August und im November der Hitler-Putsch. Das Reich schien von einer Krise in die nächste zu gleiten. Bereits die Jahre zuvor waren wenig von innerstaatlicher Eintracht geprägt. Die Märzunruhen 1919, der Kapp-Lüttwitz-Putsch 1920 und die Ermordung des liberaldemokratischen Außenministers Walther Rathenau 1922 durch eine rechtsradikale Terrororganisation setzten die Republik stets neuen Herausforderungen aus. Trotz dieser Herausforderungen hielt die Demokratie stand. Die Träger der Republik rückten sogar näher zusammen. Die sogenannte Weimarer Koalition (SPD, DDP und Zentrum) intensivierte die Zusammenarbeit, woraufhin sich 1924 das überparteiliche Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold gründete. Der Staat nutzte seine Mittel zur Verteidigung, indem Reichspräsident Friedrich Ebert auf Grundlage einer Notverordnung 1921/22 verfassungsfeindliche Bestrebungen verbot. Eine Verordnung, die später vom Parlament als Republikschutzgesetz bestätigt wurde. Zudem kam es mit dem Kabinett Stresemann im August 1923 erstmals zu einer Koalition, die die demokratischen Kräfte aus Sozialdemokratie, Zentrumspartei und den beiden liberalen Parteien DDP und DVP einte: eine demokratische Koalition zwischen linker Sozialdemokratie, politischer Mitte, Bürgertum und Nationalliberalismus. Doch warum war diese Entwicklung eine Dekade später nicht mehr tragfähig?

II. Die umkämpfte Demokratie 1928–33

Eine Schlüsselstellung nimmt hierbei die bisher unerwähnte Deutschnationale Volkspartei (DNVP) ein. Nach der Novemberrevolution als Vertreterin der alten Ordnung gegründet, hatte sie sich zunächst der Republik angenähert, ohne sich mit ihr zu identifizieren. Ganz anders verhielt sie sich seit dem Jahr 1928. Nach der Niederlage in den Reichstagswahlen 1928 radikalisierte der neue Vorsitzende und Industrielle sowie Besitzer eines Medienimperiums Alfred Hugenberg die Partei, die sich fortan als völkische Partei verstand (DNVP) und Antisemitismus zu ihren Grundsätzen erklärte. Der gemäßigte Flügel verließ daraufhin die Partei. Der deutsche Konservativismus war gespalten und überlebte in der antidemokratischen Ausprägung. Doch auch die (links-) liberale DDP hatte versucht, neue Bündnispartner zu gewinnen, und sich dabei ebenso nach rechts orientiert. Ihr kurzes Zusammengehen mit dem rechtsgerichteten Jungdeutschen Orden 1930 hatte die Abspaltung des linken Flügels zur Folge. Der Liberalismus verlor seine Brückenfunktion zwischen Sozialdemokratie und Zentrumspartei. Gleichzeitig geriet die Weimarer Republik in den Strudel der Weltwirtschaftskrise. Massenerwerbslosigkeit und die Einschränkung staatlicher Fürsorge bedrohten die soziale Basis der Demokratie. Davon profitierte eine neue Bewegung – die Nationalsozialisten. So schrieb Erich Kästner im Oktober 1930 als Reaktion auf den Wahlerfolg der »

» NSDAP bei der vorangegangenen Reichstagswahl in seinem Gedicht „Ganz rechts zu singen“: „Stoßt auf mit hellem hohem Klang!/Nun kommt das dritte Reich!/Ein Prosit unserm Stimmenfang! Das war der erste Streich!“ Zunächst blieb die NSDAP im Reichstag jedoch isoliert. Im Freistaat Preußen, dem mit Abstand größten Land des Reiches, bestand bis zur Landtagswahl 1932 weiterhin ein demokratisches Bollwerk aus den Parteien der Weimarer Koalition fort. Die Republik wankte – aber sie fiel nicht.

Foto: Bundesarchiv/Georg Pahl

Die DVP verteilt Flugblätter zur Reichstagswahl 1924.

III. Die zerstörte Demokratie

Das Ende der Republik von den Präsidialregierungen bis hin zur Machtergreifung Adolf Hitlers näherte sich über eine schrittweise Aushöhlung der Demokratie – ein „Staatsstreich auf Raten“, wie Michael Dreyer dies nannte.

Die Weimarer Republik scheiterte nicht an ihrer Verfassung, die von den Zeitgenossinnen und Zeitgenossen gerade aufgrund der gewährten Freiheiten positiv bewertet wurde. Reichspräsident Ebert hatte mit denselben verfassungsrechtlichen Instrumentarien die Demokratie stabilisiert, die der spätere Reichspräsident Paul von Hindenburg nutzte, um sie zu unterhöhlen. Hindenburg mangelte es allerdings an demokratischem Selbstverständnis und Einsatz.

Die Republik scheiterte auch nicht an den außenpolitischen Rahmenbedingungen, auch wenn diese ihr Ende begünstigten. Die wirtschaftlichen Verhältnisse besserten sich bereits 1932, die Arbeitslosigkeit sank und die Reparationsforderungen waren vertraglich geregelt. Die Erfahrung der Hyperinflation 1923 hatte gezeigt, dass Währungen und Wirtschaft auch unter großem Druck zu stabilisieren waren.

Die Weimarer Republik scheiterte nicht. Sie wurde aktiv zerstört. Eine Koalition aus alten Eliten, die sich nach der Stärke und Vorrangstellung des Deutschen Kaiserreiches zurücksehnten, völkischen Nationalisten, denen die Vergangenheit die Zukunft diktierte, und dem aufstrebenden Faschismus, der Gewalt zur Durchsetzung der Ideologie als legitimes Mittel propagierte, verhalf dem „Dritten Reich“ zum Aufstieg. Die Weimarer Koalition konnte und wollte mit den Erfolgsversprechungen der rechten Seite, die nur einen Teil der Gesellschaft vertrat, nicht konkurrieren.

Die Erfolgsaussichten der NSDAP waren zur Reichstagswahl Ende 1932 zwar gesunken. Ein Verlust von 30 Sitzen im Reichstag nährte die Hoffnung auf ein Ende des „Stimmenfangs“. Dennoch versuchten der Reichskanzler Kurt von Schleicher und DNVP-Chef Alfred Hugenberg mit dem Reichspräsidenten Hindenburg zum eigenen Machterhalt jene demokratischen Prozesse auszuhebeln, die den Fortbestand der Demokratie gewährleisten sollten. Diese Aushebelung des Parlamentarismus hatte den demokratischen Parteien ihre größte Durchsetzungsmöglichkeit geraubt. Die Demokraten wurden zur Minderheit. Die Rückgewinnung der Mehrheit war allerdings nicht ausgeschlossen – politische Konstellationen konnten sich in den Weimarer Jahren rasch ändern. Erst indem Adolf Hitler, einmal an der Macht, diesen Prozess verhinderte, wurden die Republik und das mit ihr verbundene Ideal der Volkssouveränität durch den Führerstaat beseitigt. ■

Ronny Noak

Demokratie auf dem Rückzug?

Rezension zweier aktueller US-amerikanischer Analysen

Der tägliche Blick in die Nachrichten lässt vermuten, dass es um die demokratische Regierungsform derzeit nicht gut bestellt ist: ob Bolsonaro in Brasilien, Orbán in Ungarn oder Erdoğan in der Türkei und nicht zuletzt die Wahl Donald Trumps in den Vereinigten Staaten. Weltweit scheinen selbst bewährte Demokratien auf dem Rückzug zu sein. Hingegen scheint die Liste der Staaten, die autokratisch regiert werden, immer länger zu werden. Sowohl die ehemalige US-amerikanische Außenministerin und Universitätslehrerin Madeleine Albright als auch die Harvard-Professoren Steven Levitsky und Daniel Ziblatt befassen sich eingehender mit diesem Phänomen. Auch wenn beide Autoren den Fokus auf unterschiedliche Punkte legen, versuchen sie den (vermeintlichen) Rückzug der Demokratie zu erklären.

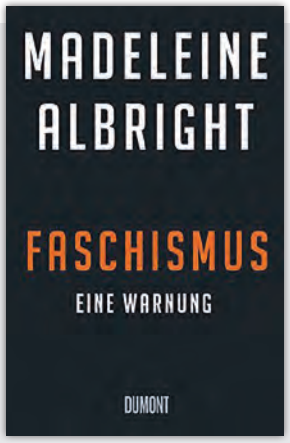
Albright orientiert sich am Phänomen des Faschismus. Was folgt, ist ein schneller Gang durch die Geschichte des 20. und »

» 21. Jahrhunderts. Beginnend bei Mussolini in Italien über den deutschen Nationalsozialismus, Milosevic in Serbien oder Putin in Russland bis hin zum nordkoreanischen System betrachtet Albright die Zerstörung demokratischer Errungenschaften und die Ausbreitung faschistischer Aktionsformen. Diese seien stets von Gewalt und Nationalismus geprägt. Auch wenn die Definition des Faschismus als Bewegung, der jedes Mittel zur Erreichung der eigenen Ziele recht ist, bei Albright verkürzt daherkommt, hat sie darin ein einendes Merkmal der antidemokratischen Bestrebungen der vergangenen 100 Jahre ausgemacht, das sich rasch zur Bewertung autokratischer Bestrebungen nutzen lässt. Dabei fokussiert sie vor allem auf die führenden Staatsmänner und deren Methodik bei der Beseitigung der Demokratie. Für die weitere Analyse verwebt sie ihre persönlichen Erfahrungen seit der Kindheit und beeindruckt durch die offene Art der Einschätzung ihrer ehemaligen Verhandlungspartner auf dem internationalen Parkett. Ihre abschließende Einschätzung gilt fast wie selbstverständlich dem amerikanischen Präsidenten Donald Trump. Dieser sei der „erste antidemokratische Präsident in der neueren Geschichte der USA". Deutlicher lässt sich die im Untertitel formulierte Warnung nicht hervorheben.

Zu einer ganz ähnlichen Einschätzung kommen die Professoren Levitsky und Ziblatt in ihrer Betrachtung. Während Albright die globalhistorische Perspektive einnimmt, sind die Autoren vorrangig an den US-amerikanischen Verhältnissen und Entwicklungen interessiert. Anhand eines in der Einführung vorgelegten „Lackmustests" wollen sie die Bewertung autoritären Verhaltens bereits im Entwicklungsstadium erkennbar machen und anschließend Fingerzeige zur Einstufung aktueller Verhältnisse geben. Worauf Levitsky und Ziblatt hinweisen, ist die Bedeutung und gleichzeitig aktuelle Erosion politischer Normen und Verhaltensformen. Für sie steht fest: Eine der größten Gefahren für die Demokratie besteht nicht durch eine staatsstreichartige Beseitigung, sondern durch eine langfristige Veränderung in den demokratischen „Spielregeln", die schließlich auf deren Beseitigung hinausläuft. Diese Spielregeln fänden sich gerade nicht in Verfassungen wieder, bildeten aber einen elementaren Kern der demokratischen Kultur. Zentral nennen sie dabei die „gegenseitige Achtung" und „institutionelle Zurückhaltung". Wo sich politische Kontrahenten nicht mehr um politische Macht bewerben, sondern der Opposition die Daseinsberechtigung absprechen, sei es um die Zukunft der Demokratie schlecht bestellt – was sich auch in der jüngeren US-amerikanischen Geschichte wiederfinde. Damit geben Levitsky und Ziblatt einen Einblick in die offenbar tief gespaltene Seele der USA.

Beide Bücher vermitteln erst im Zusammenspiel einen Eindruck davon, welch erdrutschartige Veränderung die Wahl Trumps für die USA bedeutet haben muss. Aus europäischer Perspektive ist die Beschädigung des „Präsidentenamtes" als demokratische Institution kaum zu ermessen, vor allem hier liegen beeindruckende Innenansichten vor. Zugunsten der Lesbarkeit und Verständlichkeit verzichten beide Bände auf wissenschaftliche Termini und verschaffen so allen Interessierten einen kurzweiligen Überblick über eine immerhin 150-jährige Entwicklung. Warum die derzeitigen Veränderungen so grundlegend sind, zeigt sich ebenso. Für alle Autoren ist deutlich: Die USA besitzen eine weltweite Vorbildfunktion. Wurde dies häufig im Sinne einer globalen Demokratieförderung begriffen, scheint Trump dies aktuell umzukehren. Wenn eine der ältesten Demokratien der Welt zu wanken beginnt, scheint dies für andere Autokraten nur Ansporn zu sein, Minderheitenrechte, Pressefreiheit oder oppositionelle Bestrebungen zu beschränken oder zu verhindern. Ein „demokratisches Bollwerk" kann nur bestehen, wenn das Vertrauen in demokratische Prozesse, Institutionen und Spielregeln trotz aller Heilsversprechen und einfachen Lösungswege der Populisten aller Spielarten geschützt wird. Dafür benötigt es jedoch – um im sportlichen Kontext zu bleiben – Ausdauer, Teamplay und eine Strategie, die den Wettbewerb, nicht nur den Sieger fördert. Beide Werke vermitteln Erkenntnisse, wie eine Auseinandersetzung mit den Feinden der Demokratie in Deutschland geführt werden könnte. ■

Ronny Noak ist Doktorand am Institut für Politikwissenschaft der Universität Jena und Mitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.



Buchinformation:

Madeleine Albright
Faschismus. Eine Warnung
DuMont, Köln 2018
Gebundene Ausgabe / Broschur, 320 Seiten
ISBN 978-3-8321-8361-5 • 24,00 € / 14,00 €

Steven Levitsky, Daniel Ziblatt
Wie Demokratien sterben.
Und was wir dagegen tun können
Deutsche Verlags-Anstalt, München 2018
Gebundene Ausgabe / Broschur, 320 Seiten
ISBN 978-3-4210-4810-3 • 22,00 € / 14,00 €

Maria Nooke

30 Jahre Friedliche Revolution – 30 Jahre Auseinandersetzung mit DDR-Geschichte

Aspekte der Aufarbeitungspraxis aus Sicht einer Landesbeauftragten

Kürzlich erreichte mich, die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur, ein erbostes Schreiben, weshalb in meiner Funktionsbezeichnung von kommunistischer Diktatur gesprochen wird. Die DDR wäre ein sozialistischer Staat gewesen! Hinter diesem häufig vorgetragenen Vorwurf verbirgt sich nicht nur ein fehlendes Wissen über den Auftrag, sondern auch die Befürchtung, die Behörde der Landesbeauftragten würde die DDR diskreditieren. Darüber hinaus gibt es eine Diskussion, ob die Aufarbeitung der DDR-Diktatur im Kontext der Auseinandersetzung mit den kommunistischen Verbrechen im 20. Jahrhundert erfolgen sollte oder als Ergebnis der nationalsozialistischen Verbrechen und des verlorenen 2. Weltkrieges zu betrachten ist.

Um die Bezeichnung und den Auftrag zu verstehen, ist es sinnvoll, auf die Auseinandersetzung mit der Geschichte seit 1989 zu schauen. Der Focus liegt dabei auf der Arbeit der Landesbeauftragten in den neuen Bundesländern.

Foto: LAkD

Enthüllung eines Denkmals am ehemaligen Durchgangsheim der DDR-Jugendhilfe in Bad Freienwalde am 9. November 2017.

Der Deutsche Bundestag hat zu Beginn der 1990er Jahre mehrere Gesetze verabschiedet, die zur Aufarbeitung der Herrschafts- und Repressionsgeschichte in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und DDR dienen und Grundlage für das Aufgabenspektrum der Landesbeauftragten sind. Dazu gehört neben den drei SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen, die eine strafrechtliche, berufliche und verwaltungsrechtliche Rehabilitierung politisch motivierten Unrechts auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone und der DDR ermöglichen, das Stasiunterlagengesetz. Es regelt die Gründung der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU), den dauerhaften Erhalt dieser Hinterlassenschaften des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (MfS), die Möglichkeiten der Akteneinsicht für Betroffene sowie Wissenschaft, Forschung und Medien, und schließlich die Regelungen zur Überprüfung von Beschäftigten im öffentlichen Dienst und Mandatsträgern auf eine Zusammenarbeit mit der DDR-Geheimpolizei bzw. eine hauptamtliche Tätigkeit beim MfS. Geregelt ist darin auch die Zusammenarbeit mit den Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen.

Im gleichen Zeitraum wurden in den neuen Bundesländern Aufarbeitungsgesetze verabschiedet, auf deren Grundlage Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen gewählt und entsprechende Behörden eingerichtet wurden. Im Gegensatz zum Bundesbeauftragten verwalten die Landesbeauftragten keine Stasi-Unterlagen. Ihr Auftrag ist in umfassendem Maß ein Beratungsauftrag und die Information der Öffentlichkeit über Strukturen und Mechanismen von Diktaturen – also politische Bildungsarbeit.

Zu den Beratungsaufgaben in Bezug auf die Stasi-Unterlagen gehört vornehmlich die Unterstützung von Betroffenen bei der Antragstellung auf Einsicht in ihre Stasi-Akten und die Begleitung in diesem Prozess. Die Landesbeauftragten beraten und unterstützen den Bundesbeauftragten für »

Foto: Stefan Glöde/LAkD

Eine Veranstaltung in Werder (Havel) im Mai 2018 zum Gedenken an acht Jugendliche, die wegen Ihrer Proteste gegen das Wahlsystem in der DDR 1952 in Moskau hingerichtet wurden.

» die Stasi-Akten in allen Belangen der Aktensicherung und der Bereitstellung von Stasi-Unterlagen und vertreten dabei die Interessen ihres Bundeslandes. Ebenso gehört zu ihren Aufgaben die Beratung von öffentlichen Stellen des Landes in Fragen der Überprüfung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im öffentlichen Dienst und in herausgehobenen politischen Funktionen bzw. von Mandatsträgern auf eine inoffizielle oder hauptamtliche Zusammenarbeit mit dem MfS.

Darüber hinaus unterstützen die Landesbeauftragten die von politisch begründeter Verfolgung Betroffenen in Rehabilitierungsangelegenheiten gemäß der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze, bei der Anerkennung von gesundheitlichen Folgeschäden und in Entschädigungsfragen. Wichtig ist dabei auch, gegenüber den zuständigen Behörden die Kontexte politischer Verfolgung und staatlichen Unrechts in der SBZ/DDR zu verdeutlichen. Zu den Ratsuchenden gehören Menschen, die aus politischen Gründen inhaftiert wurden, von Enteignung oder Zwangsaussiedlung an der innerdeutschen Grenze oder der Berliner Mauer betroffen waren, aus politischen Gründen von der Oberschule oder der Universität relegiert wurden und keine adäquaten Abschlüsse erzielen konnten, mit Berufsverbot belegt wurden wie auch Zersetzungsopfer der Staatssicherheit. In den letzten Jahren suchen zunehmend Menschen Rat, die in Heime der DDR-Jugendhilfe eingewiesen wurden, weil sie zu „sozialistischen Menschen" umerzogen werden sollten, oder weil ihre Eltern aus politischen Gründen inhaftiert waren. Ebenso werden Opfer des DDR-Dopingsystems beraten.

Rolle der SED

Der zweite Komplex der Tätigkeit umfasst Aufgaben der historisch-politischen Bildung, der Forschung und Vermittlung. Die Landesbeauftragten haben ein breit gefächertes Angebot von Veranstaltungsformaten zur Auseinandersetzung mit der Geschichte der sowjetischen Besatzungszeit und DDR entwickelt, das sich sowohl an die Erlebnisgeneration als auch an junge Menschen richtet, die nach 1989 geboren wurden. Zahlreiche Publikationen zur Auseinandersetzung mit der DDR, mit der Repressionsgeschichte, aber auch mit Opposition und Widerstand sind erschienen. Im Rückblick auf die 30 Jahre seit dem Ende der DDR zeigt sich, dass die Schwerpunktsetzung der 1990er Jahre auf das Wirken der DDR-Geheimpolizei, der Stasi, einen fokussierten Blick auf das Repressionssystem der DDR verfestigt hat, ohne dass die Bedeutung und Rolle der SED als kommunistischer Staatspartei ausreichend berücksichtigt wurde als auch der Widerstand gegen das System und die Alltagswirklichkeit der Menschen jenseits politischer Indoktrination. Aus dieser Erkenntnis heraus, die auch Teil der derzeitigen Debatte über die Befindlichkeiten der ostdeutschen Bevölkerung ist, wurden die Behörden der Landesbeauftragten in den letzten Jahren umbenannt und ihr Auftrag erweitert zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Allein in Brandenburg verlief die Entwicklung anders.

Während in Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen die Behörden als Landesbeauftragte für die Stasiunterlagen nach Inkrafttreten des Stasi-Unterlagengesetzes am 29. Dezember 1991 installiert wurden, gab es in Brandenburg eine Debatte um die Stasiverstrickungen des Ministerpräsidenten Manfred Stolpe. Vor diesem Hintergrund war das Thema Aufarbeitung ein schwieriges Feld, so dass zwar Überprüfungen im öffentlichen Dienst erfolgten, die Einrichtung so einer Behörde aber unterblieb. Das Bewusstsein, dass dem Land eine wichtige Institution zur Aufarbeitung von Unrecht in der SBZ/DDR fehlte und es Defizite bei der Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte gibt, kam erst 2008 zum Tragen. Die daraufhin geführte Debatte über die Ausrichtung einer solchen Behörde mit einem entsprechenden Beauftragten machte deutlich, dass es nicht nur um die Aufarbeitung der DDR-Staatssicherheit gehen konnte, sondern umfassend um eine Auseinandersetzung mit diktatorischen Herrschaftsstrukturen und -mechanismen, Alltagserfahrungen, Widerstand und Opposition. In Abgrenzung zur Auseinandersetzung mit der

Auftaktveranstaltung im März 2019 zum Jahresprogramm „Für ein offenes Land mit freien Menschen" mit Jugendlichen in Neuruppin.

Foto: Stefan Glöde/LAkD

NS-Diktatur entschied man sich in Brandenburg für die Einrichtung einer Behörde zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur. Die Bezeichnung trägt auch der Tatsache Rechnung, dass die SED, aus der Zwangsvereinigung von KPD und SPD hervorgegangen, schon seit 1948 die Transformation zu einer bolschewistischen Partei „neuen Typus" forcierte und die kommunistische Ideologie vertrat. Außerdem sind mit dieser umfassenden Aufgabenbeschreibung die Diktaturopfer der Besatzungszeit einbezogen. Auf dem Gebiet des Landes Brandenburg befanden sich fünf der insgesamt elf sowjetischen Speziallager, die gemäß Alliierter Vereinbarungen zur Entnazifizierung dienen sollten. In der SBZ fungierten sie aber vornehmlich zur Etablierung des sowjetischen Systems und der Herrschaftssicherung, die letzten Lager wurden im Jahr 1950 aufgelöst. Anders als in den westlichen Zonen betraf die Internierung hauptsächlich Funktionsträger niederer Ränge der NSDAP und minderjährige Jugendliche, die unter Wehrwolfverdacht verhaftet wurden. Höherrangige Nazis und Kriegsverbrecher wurden als Kriegsgefangene behandelt und nur in geringem Maß in diesen Lagern interniert. Die Sterblichkeit in den Speziallagern betrug nach sowjetischen Statistiken etwa 35 %. Einen geringeren Teil der 122.000 deutschen Internierten machten von Sowjetischen Militärtribunalen (SMT) Verurteilte aus. Die tatsächlichen oder unterstellten Delikte umfassten neben Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen hauptsächlich Spionage, Sabotage, antisowjetische Hetze und Gruppenbildung nach dem berüchtigten Paragraphen 58 des sowjetischen Strafgesetzbuches. Nicht selten wurden die Geständnisse unter massiver physischer und psychischer Gewalteinwirkung erpresst. Die extrem hohen Strafmaße bei Verurteilungen nach Paragraph 58 umfassten 10 bis 25 Jahre Lagerhaft bis hin zu Todesurteilen. Zu den SMT-Verurteilten gehörten damit nicht nur Naziverbrecher, sondern vielfach politisch Engagierte, die gegen die Etablierung des sowjetischen Systems Widerstand leisteten oder sich für eine demokratische Ordnung aussprachen, unter ihnen auch Sozialdemokraten, die schon während der NS-Zeit verfolgt wurden. Eine Schwierigkeit in der Aufarbeitung dieses Unrechts besteht in der Tatsache, dass einige der Speziallager in früheren Konzentrationslagern und an NS-Verfolgungsorten wie z. B. in Sachsenhausen, Buchenwald und Bautzen eingerichtet wurden. Diese Orte haben somit eine doppelte Repressions- und Verfolgungsgeschichte. Die Frage, wie man an solchen Orten an die Opfer von NS-Verbrechen und sowjetischer Internierungspraxis erinnern kann, ist bis in die Gegenwart ein schwieriges umstrittenes Feld. Es gilt, den Opfern beider Systeme gerecht zu werden, ohne die NS-Verbrechen zu relativieren und die Verbrechen der sowjetischen Besatzungsmacht zu bagatellisieren.

Freiheit und Demokratie gehören als Themen in den Blickpunkt

Die Repressionsgeschichte bestimmt somit einen wichtigen Teil der Aufarbeitungspraxis, bei der die Landesbeauftragten mit den Opferverbänden und Aufarbeitungsinitiativen eng zusammenarbeiten. Die aktuellen politischen Entwicklungen mit dem Erstarken rechtspopulistischer Bewegungen und dem Einzug der AfD in die Parlamente, die sich in einem beunruhigenden Ausmaß in den ostdeutschen Ländern zeigen, fordert jedoch auch von den Landesbeauftragten, diese Fragen verstärkt aufzunehmen und die Bildungsarbeit darauf hin zu überprüfen, welche Bedeutung Freiheit und Demokratie für die Gegenwart haben. Ein wichtiger Ansatzpunkt ist dabei, die Erfahrungen des politischen Umbruchs von 1989/90 in Erinnerung zu rufen, als die Menschen in der DDR in einer friedlichen Revolution das System stürzten. Frauen und Männer, die ihre Ängste überwanden, brachten die Mauer zu Fall, wählten die SED-Diktatur ab und engagierten sich für die Wiedervereinigung unseres Landes.

Die Spuren, die diese tiefgreifenden Umwälzungen der gesellschaftlichen Verhältnisse im Leben jedes Einzelnen hinterlassen haben, wirken bis in die Gegenwart. Dennoch sind die Ereignisse der Friedlichen Revolution und Wiedervereinigung keine rein ostdeutsche Angelegenheit. Sie haben die Überwindung der Teilungsgeschichte möglich gemacht, die ein gesamtdeutsches Thema ist. Unabhängig davon, wer wir damals waren, was wir dachten, was wir hofften oder befürchteten, ob wir im Osten oder im Westen lebten – uns alle verbindet, dass wir Zeitzeugen dieses Systemwechsels und der deutschen Einheit sind. Für Westdeutsche ist es wichtig sich bewusst zu machen, dass sich die Ostdeutschen nach der Wiedervereinigung erst einmal in den neuen gesellschaftlichen Strukturen zurechtfinden mussten, um die tiefgreifenden Veränderungen des persönlichen Lebens und ihres Umfeldes zu bewältigen. Die schwierigen Transformationserfahrungen, die mit Arbeitslosigkeit und sozialer Unsicherheit verbunden sind, überdecken häufig die als glücklich erlebten Ereignisse von 1989/90. Nicht wenige haben inzwischen das Gefühl, dass ihre Lebensleistung in der DDR und nach 1989 in einer sich rasant verändernden Gesellschaft nicht gesehen wird und ihre Anstrengungen bei der Neuorientierung nicht ausreichend anerkannt werden. Auch Kinder und Jugendliche erlebten die Verunsicherung und Neuorientierung ihrer Eltern und mussten zugleich selbst einen Weg für sich finden. Angesichts aktueller Herausforderungen, die neben Chancen auch Verunsicherung und Ängste mit sich bringen, kann Rückbesinnung und Selbstvergewisserung dazu beitragen, um selbstbewusst und stolz auf das Erreichte zurückblicken zu können und die vielfältigen Erfahrungen in einem generationenübergreifenden Dialog – auch zwischen Ost und West – zu befördern. ■

Sitz der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur in der Hegelallee 3, 14467 Potsdam.

Foto: LAkD

Dr. Maria Nooke ist Mitglied im Vorstand von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. und seit Oktober 2018 die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur. Weitere Informationen über Aufgabenprofil, Arbeitsbereiche und Angebote der politischen Bildung auf *www.aufarbeitung-brandenburg.de*

Michael Kuckenburg

NS-Verstrickungen früherer Führungskräfte in der Bereitschaftspolizei Göppingen

Wer in den 1960er Jahren bei der Bereitschaftspolizei war, hatte in der Regel Ausbilder aus den Geburtsjahrgängen 1905 bis 1920. Bei der Bereitschaftspolizei Göppingen gingen damals über mehrere von ihnen Gerüchte um: Einer sei bei der SS gewesen, ein anderer habe etwas mit Erschießungen zu tun gehabt … Aber niemand wusste Genaues. Meine Recherche 50 Jahre später unterstützt die früheren Vermutungen.

In seinem Lebenslauf von 1948 charakterisiert sich der spätere Polizeioberrat und Chef der Göppinger Bereitschaftspolizei, Emil Mutschler, als „ehem. Amtsperson, deren polizeidienstliche Tätigkeit im Frieden wie im Krieg völlig unpolitischen Charakter trug". Das ist, gemessen an der Tätigkeit der Polizei während der NS-Zeit, eine Behauptung von erstaunlicher Chuzpe.

Schon Ende 1933 war die Polizei, nach den Worten Görings, „zum ersten Instrument des Staates" geworden. Heinrich Himmler strebte in der Folgezeit die personelle und institutionelle Verklammerung von SS und Polizei auf allen Ebenen an, 1936 kam er seinem Ziel einen großen Schritt näher: Er wurde von Hitler zum Chef sämtlicher Polizeiorganisationen im Deutschen Reich ernannt; die Polizisten bekamen jetzt das Hakenkreuz an die Dienstmütze.

Im August 1940 zählte die Ordnungspolizei (neben ihr gab es noch die Sicherheitspolizei inkl. Gestapo) 242.500 Mann, darunter 59.000 in 101 militärisch geführten Polizeibataillonen, die meisten in den besetzten Gebieten.

Bereits kurz nach Beginn des Polenkrieges waren sie zum tragenden Element der beginnenden „Endlösung" geworden. Wenn man an die sechs Millionen Opfer der Shoah denkt, dann hat man vor allem Auschwitz und andere Vernichtungslager vor Augen. Weniger bekannt ist, dass mindestens 1,3 Millionen bei „Erschießungen im Freien" ermordet worden sind – mit Pistolen, Maschinengewehren, Knüppeln, Spaten. Die Ordnungspolizei wirkte dabei in bisher wenig bekanntem Maße mit. Eine Übersicht dazu gibt Wolfgang Curilla in seinem Standardwerk: Der Judenmord in Polen und die deutsche Ordnungspolizei 1939–1945.

Foto: Stadtarchiv Göppingen

Marschieren im Gleichschritt klappt noch nicht: Der erste Bereitschaftspolizei-Jahrgang auf dem Göppinger Exerziergelände „Rigi".

In mörderischen Einheiten eingesetzt

Etliche (Unter-) Führer der Göppinger Bereitschaftspolizei waren während des Krieges in Polizeibataillonen im Einsatz gewesen. Mehrere hatten Einheiten angehört, die Kriegsverbrechen begangen haben. Einige Beispiele:

Otto Bayer (1919–1982) war Spieß der 5. Hundertschaft, im Krieg hatte er der 1. Kompanie des Polizeibataillons 316 angehört. Das Bataillon ermordete nach Feststellung des Landgerichts Bochum allein zwischen Juli und November 1941 in Weißrussland mindestens 8.800 Juden.

Ludwig Gantzer (1913–1973) war von 1964 bis zu seinem Tod Leiter der Bereitschaftspolizei Baden-Württemberg. Den Krieg hatte er vom ersten bis zum letzten Tag in verschiedenen (überwiegend SS-) Einheiten mitgemacht, fast ausschließlich an der Front, seit Ende 1943 als Bataillonskommandeur der 16. Waffen-SS-Panzerdivision „Reichsführer SS". Die hatte 1944 unter anderem die Massaker von Sant'Anna di Stazzema und Marzabotto verübt. An denen war Ludwig Gantzers Bataillon nicht beteiligt, dafür wurde gegen ihn zwischen 1967 und 1970 wegen Mordes im Sommer 1944 an Zivilisten in der Toskana (ergebnislos) ermittelt. Während der Ermittlungen wurde Gantzer nicht vom Dienst suspendiert, sondern vom Polizeidirektor zum Oberpolizeidirektor befördert.

Rolf Favorke (1912–2000) gehörte dem Stab der II. Bereitschaftspolizeiabteilung in Göppingen an. Im Herbst 1941 war er in Riga zum Chef der Abteilung Ib (Organisation und Einsatz) ernannt worden. Ganz in der Nähe von Riga, im Wald von Rumbula, verübten „Einsatzgruppen" und Einheiten der Ordnungspolizei kurz darauf ein Massaker an Rigaer Juden. 27.000 Menschen binnen weniger Tage zu ermorden ist keine logistische Kleinigkeit (die Transporte mussten getaktet, ausreichend Verpflegung, Munition und Alkohol für die Mordkommandos bereitgestellt, die Rän-

der der Gruben so angeschrägt werden, dass die Ermordeten platzsparend auf die bereits Toten fielen usw.). Rumbula war deshalb über Wochen generalstabsmäßig geplant worden. War es vorstellbar, dass der Verantwortliche für die Versorgung mit Nachschub, Waffen und Gerät nicht in das Verbrechen einbezogen worden war? Das fragte sich auch die Staatsanwaltschaft Bochum im Jahr 1961. Favorke verneinte seine Beteiligung, was ihm „mangels weiterer Beweismittel nicht zu widerlegen" war. Die Ermittlungen wurden eingestellt, seiner Beförderung zum Polizeirat stand nichts mehr im Wege.

Artur Strack (1914–1999) war Ausbilder in der 8. Hundertschaft der Bereitschaftspolizei Göppingen. In die HJ war er 1931 eingetreten, in die NSDAP 1933. Bei Kriegsbeginn meldete er sich freiwillig zur „Leibstandarte Adolf Hitler" (die bereits in Polen Massaker beging), im April 1942 wechselte er zur Waffen-SS-Division „Wiking" (die in Südrussland ebenfalls Massaker beging). Spätestens zu Jahresbeginn 1943 gehörte er der SS-Division „z. V." („zur Vergeltung") an. Deren Chef, SS-General Hans Kammler, unterstanden die „Vergeltungswaffen" V2 und V1 sowie sämtliche SS-Bauvorhaben. Artur Strack saß im Vorzimmer von Kammlers Amtsgruppe C. Die war unter anderem zuständig für den Bau der KZ-Anlagen einschließlich der Gaskammern und Krematorien. Für die Erfüllung dieser Aufgaben gehörten ihr (im Wortsinn) 40.000 bis 50.000 Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter.

Diese (und andere) hier Porträtierten waren im Osten eingesetzt und haben zweifellos den verbrecherischen Charakter dieses Krieges wahrnehmen müssen. Dennoch haben sie sich weit mehr als nur pflicht- oder befehlsgemäß an Hitlers Vernichtungskrieg beteiligt; einige von ihnen könnten zumindest indirekt an solchen Verbrechen beteiligt gewesen sein: Für die Ausbildung junger Polizeibeamter in der Bundesrepublik hatten sie sich disqualifiziert. Aber wenige Jahre nach Kriegsende standen sie wieder im Polizeidienst. Das wurde möglich durch das „Gesetz 131" im Zusammenspiel mit dem fast schon demonstrativen Desinteresse der Aufsichtsbehörden (dem Baden-Württembergischen Innenministerium und der Polizeidirektion Stuttgart).

„Gesetz 131" oder Der Generalpardon

Am 10. April 1951 hatte der Bundestag bei nur zwei Enthaltungen dieses Gesetz beschlossen: Alle, die unter Hitler im öffentlichen Dienst tätig gewesen waren, aber seit 1945 – wie es feinsinnig hieß – „aus anderen als beamten- oder tarifrechtlichen Gründen gezwungen waren, ihren Dienst aufzugeben", hatten Anspruch darauf, wieder in ihre Ämter zurückzukehren oder in den Genuss von Pensionen zu kommen. Das betraf einen Personenkreis von insgesamt 430.000 Menschen: Flüchtlinge, Vertriebene und ehemalige Soldaten – und vor allem ehemalige „Parteigenossen". Ausgenommen von diesem Generalpardon war nur, wer bei der Entnazifizierung in die Gruppe I (Hauptschuldige) oder II (Schuldige) eingestuft worden war oder sich für die Tätigkeit bei der Gestapo selbst beworben hatte. Die Staatsdiener des „Dritten Reiches" waren für lange Zeit die einzige mit Entschädigungsaussicht bedachte Opfergruppe, denn sie waren – so der Bundesgerichtshof 1954 – die „von dem Terror Betroffenen". Nach Ansicht des Bundesgerichtshofes waren also auch die Angehörigen von Waffen-SS und Polizeibataillonen Opfer der Nazis gewesen.

Die Länder waren jetzt gehalten, 20 Prozent ihres Personalaufwandes für die „Amtsverdrängten" auszugegeben. In der Tat ließ ihnen das „131er Gesetz" kaum eine andere Wahl, als frühere Angehörige der Ordnungspolizei wiedereinzustellen. Man hätte sie auch zur Autobahn- oder Wasserschutzpolizei schicken können, stattdessen wurden sie ausgerechnet mit der Ausbildung Tausender junger Polizeibeamter betraut und blockierten dort den Aufstieg unbelasteter Jüngerer. Zudem zeigte sich die Aufsichtsbehörde demonstrativ desinteressiert an näheren Auskünften über die Tätigkeit der Wiedereingestellten vor 1945. Die lapidare Selbstauskunft „1939–1945: auswärtiger Einsatz" reichte den zuständigen Beamten im Innenministerium völlig aus.

Diese personelle Kontinuität hatte Folgen für Ausbildung und Binnenklima bei der Bereitschaftspolizei Baden-Württemberg. In der Bundeswehr gab es zumindest deklaratorisch das Prinzip der „Inneren Führung": Die innere Ordnung der Streitkräfte müsse mit Grundsätzen der Demokratie vereinbar sein, Demokratie dürfe „nicht am Kasernentor aufhören". Das war Graf Baudissins Maxime. Bei der Bereitschaftspolizei Baden-Württemberg gab es in den 1950er und 1960er Jahren eine entsprechende Richtlinie nicht, wie mir die Stabsstelle Öffentlichkeitsarbeit des Polizeipräsidiums Göppingen mitteilte.

Paramilitärisches im Vordergrund

Das Paramilitärische stand gegenüber dem zweiten Ziel – der Ausbildung für den Dienst an und in der Zivilgesellschaft – eindeutig im Vordergrund: Morgens wurde in Reih und Glied angetreten („Abzählen! Meldung!"), es wurde nach Kommando in geschlossener Formation marschiert, militärisches Grüßen wurde intensiv und exzessiv eingeübt. Neben der Schulung an Pistolen (P38) gab es Übungen im Gebrauch von Gewehr, Maschinenpistole, Maschinengewehr (MG 42) und Handgranaten. 1967, zu Beginn der auch in Baden-Württemberg entstehenden Studentenrevolte, wurde die Auflösung von Demonstrationen nach dem Berliner „Leberwurst-Prinzip" („in die Mitte reinstechen und dann aufklappen") trainiert.

All das hatten die Ausbilder der Jahrgänge 1905 bis 1920 während der NS-Diktatur selbst gelernt. Und das gaben sie weiter. Es war, nicht nur aus heutiger Sicht, unverantwortlich, diesen Männern kurz nach Gründung der Bundesrepublik die Erziehung und Ausbildung junger Polizeibeamter für den Dienst an und in der Zivilgesellschaft anzuvertrauen.

(Erst) Mitte der 1970er Jahre wurde der „kooperative Führungsstil" auch bei der Bereitschaftspolizei Baden-Württemberg zumindest deklaratorisch eingeführt. Den Anstoß gab das neue Bundespersonalvertretungsgesetz von 1974. Alle, die sich für diese Entwicklung eingesetzt haben – es waren nicht wenige, auch wenn sie lange Zeit kaum Erfolg hatten –, verdienen unseren Dank. ■

Michael Kuckenburg ist pensionierter Lehrer für Geschichte, Politik und Deutsch sowie Mitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.
Von Dezember 1966 bis April 1968 gehörte er der Bereitschaftspolizei Göppingen an, in der II. Abteilung, 5. Hundertschaft, 2. Zug.

Michael Thierbach

In Stein gemeißelt? Grundgesetz: Fundament und Utopie

Unverletzbarkeit der Wohnung? – Artikel 13. – Pressefreiheit? – Artikel 5.

Dieses regelmäßig wiederkehrende Abfragespiel ist meine wohl erste Erinnerung an einen Kontakt mit dem Grundgesetz. Diese wenig engagierte Auseinandersetzung fand im Sozialkundeunterricht in der Schule statt. Das Grundgesetz wurde als das unverrückbare Fundament vermittelt, das es, zumindest was die Grundrechte betrifft, auswendig zu kennen galt. Erst im Laufe der Zeit gab und gibt es immer wieder Geschehnisse, die die garantierten Grundrechte mit Leben füllten und ihre Formulierung erlebbar machen.

Für mich zeigen sich im Grundgesetz zwei wichtige Bewegungen: Zum einen ist es eine formulierte Utopie, quasi eine Hoffnung für die Zukunft vor allem nach der Zeit des Nationalsozialismus. Zum anderen ist es aus genau diesem Grund auch eine Art Erinnerungsbuch. Die Grundrechte sind die Garanten elementarer Freiheiten. Diesen gerade einmal 19 Artikeln stehen über 200 gegenüber, die die Organisation des Staates festlegen.

Das Grundgesetz hat seit 1949 immer wieder Veränderungen und Ergänzungen erfahren. Beispielsweise wurden durch Verfassungsbeschwerden weitere Freiheiten erkämpft. Dieser Prozess ist auch noch nicht zu Ende. Es ist die Frage, ob er in einer sich stets verändernden Gesellschaft jemals enden kann.

Zwei Bespiele aktueller Diskussionen seien ins Feld geführt:

Sexuelle und geschlechtliche Identität
Bundes- und europaweite Studien zeigen, dass Menschen aufgrund ihrer sexuellen und geschlechtlichen Identität noch immer Diskriminierung erfahren, transidente Menschen in besonders hohem Maße. An intersexuellen Kindern werden weiterhin kosmetische Operationen durchgeführt. Im Juni 2018 wurde in den Bundesrat ein Antrag eingebracht, Artikel 3 Absatz 3 um das Merkmal „sexuelle Identität" zu ergänzen: Denn das Grundgesetz schützt die Gleichheit und Würde ALLER Menschen.

In Deutschland, Europa und auch international lassen sich Bestrebungen zu einer Abkehr vom freiheitlichen und gleichwertigen Verständnis der sexuellen und der geschlechtlichen Identität erkennen. Die Erweiterung des Schutzes aus Artikel 3 auf Diskriminierung wegen der sexuellen und der geschlechtlichen Identität wäre ein klares, verfassungs-

In Stein gemeißelte Hieroglyphen. Das Grundgesetz hingegen ist ein Fundament, das sich den Veränderungen in den gesellschaftlichen Entwicklungen nicht entzieht.

Foto: pixabay

rechtliches Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Diese geht eben von der Gleichwertigkeit und Gleichberechtigung aller Menschen aus. Die Diskussionen zwischen den Bundesländern laufen noch, aktuell gibt es keine Mehrheit für die Grundgesetzänderung.

Kinderrechte

Ein anderes Beispiel ist die Diskussion um die Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz.

Am 5. April 1992 trat in Deutschland die UN-Kinderrechtskonvention in Kraft, seit nunmehr über 25 Jahren wird über die Aufnahme der Kinderrechte also schon gestritten. Eine traurig lange Zeit. Bislang werden Kinder zwar in Artikel 6 erwähnt, sie sind jedoch nur „Regelungsgegenstand", also Objekte. Kinder können im Gegensatz zu allen anderen Grundrechtsträgern ihre Rechte an vielen Stelle nicht selbst einfordern. Nach etlichen Initiativen, u. a. im Bundesrat, gibt es derzeit eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe zu diesem Thema. Inwieweit die Kinder dort „zu ihrem Recht" kommen, ist offen.

Diese beiden Beispiele zeigen, dass das Grundgesetz lebt, mit Leben gefüllt und bei Bedarf auch angepasst werden muss. Aber: Dieses darf nur sehr dosiert geschehen, damit es nicht der Beliebigkeit anheim fällt. Ich denke, dass das Grundgesetz heute eigentlich von kaum jemanden in Frage gestellt wird. Trotzdem gibt es unterschwellig immer mal wieder das Gefühl, es „verteidigen" zu müssen. Das Grundgesetz lebt von der Akzeptanz durch die Bürgerinnen und Bürger. Diese Akzeptanz und die damit verbundene Bereitschaft, sich für unsere Verfassung auch einzusetzen, kann nur geschehen, wenn sich die Gesellschaft im Grundgesetz wiederfindet. Denn nur solange die Bürgerinnen und Bürger zum Grundgesetz stehen bleibt es das unverrückbare Fundament, das die Würde aller und unsere Werte schützt. ■

Michael Thierbach ist Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppe Rheinland-Pfalz von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Haben Sie auch Ihre persönliche Demokratiegeschichte, die Sie mit anderen teilen wollen? Dann schreiben Sie doch einen Beitrag für unseren Blog. Lassen Sie sich inspirieren von den bisher erschienenen Texten auf www.demokratiegeschichten.de und wenden Sie sich gern an die Geschäftsstelle: Annalena Baasch, *baasch@gegen-vergessen.de*

DER BLOG demokratiegeschichten.de

Gefördert vom

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie leben!

Bernhard Pörksen

Wege zur Medienmündigkeit

Plädoyer für eine redaktionelle Gesellschaft

Die Bildungsdebatten über die digitale Gesellschaft sind visionsarm, floskelhaft und opportunistisch. Wir müssen endlich darüber streiten, wie wir Öffentlichkeit gestalten wollen. Und das heißt: Wir müssen über Werte reden.

In den Bildungs- und Digitaldebatten unserer Tage gibt es eine hochinfektiöse Krankheit, die man das *Floskelfieber* nennen könnte. Symptomatisch ist ein von geistlosem Opportunismus geprägtes Gerede, das von der Prämisse zusammengehalten wird, dass hübsch designte Medienwerkzeuge automatisch klügere, mündigere Menschen hervorbringen. Man fordert Programmierkenntnisse und eine Gründermentalität für Siebtklässler, glaubt, dass Whiteboards, ein Tablet für jedes Schulkind und WLAN alles schneller und damit auch unvermeidlich besser machen. Freundlicher formuliert handelt es sich im Falle des Floskelfiebers um eine bloße modische Rhetorik, die verbirgt, dass man eines nicht will, nämlich im Angesicht der laufenden Medienrevolution einigermaßen ernsthaft um Werte streiten, um die Maximen und die Maßstäbe des Zusammenlebens in der Öffentlichkeit.

Dabei ist längst offensichtlich, dass diese Öffentlichkeit, verstanden als der geistige Lebensraum einer liberalen Demokratie, heute bedroht ist wie selten zuvor. Es ist ein eigentümliches Zusammenspiel von moderner Medientechnologie, digitaler Ökonomie und menschlicher Psychologie, die das gesellschaftliche Kommunikationsklima zu ruinieren droht. Fake-News und Propagandapostings wirbeln durch die sozialen Netzwerke. Social Bots simulieren eine Meinungsmacht, die so nicht existiert. Und das Tremolo widersprüchlicher Ad-hoc-Informationen verstärkt die allgemeine Verunsicherung und führt dazu, dass Menschen sich an dem orientieren, was sie ohnehin glauben oder für wahr halten wollen. Gleichzeitig verstärken Algorithmen die Polarisierung, weil sie extreme, aufputschende Nachrichten bevorzugen, die ihrerseits nach Kräften von einem medienmächtig gewordenen Publikum geteilt und geliked werden. Wir wissen heute: 126 Millionen US-Amerikaner waren während des Schmutzwahlkampfes auf Facebook mit russischen Propaganda-Postings konfrontiert, die Donald Trump helfen sollten. Es ist also (am Ende ging es um weniger als 100.000 Stimmen) durchaus möglich, dass das soziale Netzwerk – eigentlich ein Datenhändler, der seine Nutzer in ein Produkt verwandelt – wahlentscheidend wirkte. Wir wissen heute, dass der gerade noch von gelenkigen Marketingchefs gefeierte Datenspezialist Alexander Nix (Cambridge Analytica) seinen Kunden auch kriminelle Manipulationen andiente. Wir wissen heute, dass Russland, die Türkei und andere autokratisch regierte Länder ganze Trollarmeen in die sozialen Netzwerke entsenden, die Gegner niederbrüllen und verfolgen. Wir wissen heute, dass 40 Prozent der Netznutzer schon einmal online beleidigt oder belästigt worden sind und sich Gemäßigte aus der öffentlichen Sphäre zurückziehen, weil die oft anonymen Hassattacken einschüchternd wirken – das ist die Schweigespirale 2.0.

Und wir erleben längst, dass Populisten und Extremisten in Europa zu den Profiteuren einer veränderten Medienwelt gehören. Dies deshalb, weil sich die Gren-zen des Sagbaren rasant verschieben und jede Menge abseitiger, hasserfüllter und extremistischer Ansichten öffentlich werden. Dies deshalb, weil sich eben auch die gerade noch isoliert vor sich hin keifenden Giftzwerge des Universums verbünden und mit neuem Selbstbewusstsein in eine Art Mehrheitsillusion hinein hypnotisieren können. Und dies schließlich auch deshalb, weil die Macht etablierter Gatekeeper schwindet und der klassische Journalismus schwächer wird, seine Finanzierungsgrundlagen bröckeln. (Von einem Werbedollar auf dem Digitalmarkt gehen inzwischen durchschnittlich 60 Cent an Google oder Facebook. Google/Alphabet hat 2017 95 Milliarden Dollar mit Werbung eingenommen, Facebook im selben Jahr 40 Milliarden Dollar.)

In dieser Situation ist es bestenfalls fahrlässig, in technokratischer Euphorie und in elementarer Unkenntnis systemischer Desinformationseffekte einfach nur auf mehr Tablets und schnelleres WLAN zu hoffen. Denn auch das könnten wir wissen: Angehende Lehrer und Schüler informieren sich politisch wesentlich in sozialen Netzwerken, den Plattform-Monopolen der barrierefreien Manipulation. Und oft fehlt ihnen, auch das zeigen aktuelle Studien, das basale Medienwissen für den effektiven Glaubwürdigkeits-Check. Darüber hinaus werden Herkunft und Quelle einer Information überhaupt nur von 50 Prozent der Online-Nutzer beachtet. Infor-mationen ganz unterschiedlicher Güte, Qualität und Herkunft fließen in sozialen Netzwerken relativ unterschiedslos zusammen. (Das Katzenvideo rivalisiert direkt mit Spektakel-News und tatsächlich bedeutsamen Nachrichten.) Und schließlich gilt, dass Menschen die konkreten Inhalte ohnehin länger im Gedächtnis behalten als die Quellen, aus denen diese stammen. Das heißt, Nonsensbotschaften aus dubiosen Kanälen, die man einfach nur endlos wiederholt, gewinnen allmählich unvermeidlich an Glaubwürdigkeit, weil ihre unseriöse Herkunft verblasst und ver-gessen wird. Das ist der *Schläfereffekt* der Propaganda, ihre immanente Dominanz.

Wenn man diese Betrachtung von Medientechnologie, digitaler Ökonomie und menschlicher Psychologie zu einer einzigen Schlussfolgerung verdichtet, dann lautet diese: In der gegenwärtigen Mediensituation zeigt sich ein gigantischer gesellschaftspolitisch noch überhaupt nicht entzifferter Bildungsauftrag, eine noch un-

Foto: fotolia / denebola_h; Collage: Alexander Atanassow

Soziale Medien im Internet bieten viele Möglichkeiten, sind aber auch Plattformen, in denen Manipulationen und Beleidigungen einfacher sind als im „richtigen" Leben.

verstandene Herausforderung. Was also könnte man tun? Es ist nötig, den Umgang mit Informationen und eine allgemeine Kommunikationsethik schon in der Schule einzuüben – auf dem Weg zu einer Medienmündigkeit und einer zweiten Aufklärung, die die kommunikativen und medialen Bedingungen der Aufklärung selbst greifbar werden lässt. Das Plädoyer, das ich in meinem Buch entfalte: Die digitale Gesellschaft der Gegenwart muss zur redaktionellen Gesellschaft der Zukunft werden. Gemeint ist damit, dass die Ideale des guten Journalismus zu einem Element der Allgemeinbildung werden sollten. Zu diesen Idealen und Prinzipien zählen: die Prüfung von Quellen, von Faktizität und Relevanz; das Bemühen um Proportionalität, also der Versuch, eine Sache „nicht größer zu machen, als sie ist"; die Maßgabe, sich nie nur auf einen einzigen Informanten zu verlassen, sondern stets auch die andere Seite zu hören; eine gesunde Portion Skepsis und ein Bewusstsein für die eigenen blinden Flecken und Vorurteile. Eben weil jeder, das Smartphone in der Hand, zum Sender geworden ist, sollte auch jeder lernen, als sein eigener Redakteur zu handeln, so der Grundgedanke. Und in den Maximen des guten Journalismus liegt, so meine ich, eine Kommunikationsethik, die heute jeden angeht. Sie sollte in der Schule gelehrt werden – als Mischung aus Medienpraxis und Medienanalyse.

Natürlich ist das nur eine mögliche Idee, nur ein Vorschlag, der es vielleicht gerade in Zeiten grassierenden Medienmisstrauens, in der die „Lügenpresse"-Schreie in manchen Milieus lauter werden, besonders schwer hat. Aber es geht auch nicht primär darum, dass sich ein einzelnes Konzept durchsetzt, sondern dass wir die längst überfällige Wertedebatte mit der nötigen Energie und Entschiedenheit führen. Denn neue Anti-Hass-Gesetze oder gar staatlich geführte Abwehrzentren gegen Desinformation sind eine Gefahr eigenen Typs, weil sie Schnell-schnell-Lösungen propagieren – und doch eigene Tiefenschäden produzieren. Sie rauben einer liberalen Demokratie ihre Würde, setzen auf Bestrafung und Bevormundung, nicht auf Aufklärung und Bildung. Und sie geben den Kampf um digitale Mündigkeit und Freiheit vorschnell verloren, der doch eigentlich erst beginnen müsste – allerdings unter strengem Verzicht auf die leblose technokratische Floskelsprache, die die Bildungsdebatten der Gegenwart schon viel zu lange dominiert. ■

Bernhard Pörksen ist Medienwissenschaftler in Tübingen. Sein Artikel basiert auf einem Zeitungstext und seinem aktuellen Buch „Die große Gereiztheit. Wege aus der kollektiven Erregung" (Hanser-Verlag). Hier führt er die Bildungsutopie einer redaktionellen Gesellschaft weiter aus.

■ **Buchinformation:**
Bernhard Pörksen
Die große Gereiztheit. Wege aus der kollektiven Erregung

Hanser Verlag, 2018
Festeinband, 256 Seiten
ISBN: 978-3-446-25844-0 • 22,00 €

Bernd Faulenbach

Krise der Demokratie?

Zu einigen problematischen Tendenzen in der gegenwärtigen deutschen politischen Kultur

Vor wenigen Wochen haben wir zu Recht das Grundgesetz gefeiert, das vor 70 Jahren beschlossen wurde und in Kraft trat. Es gilt als beste geschriebene Verfassung in der deutschen Geschichte. Die Männer und Frauen des Parlamentarischen Rates, die das Grundgesetz erarbeiteten, versuchten mit ihm, Schlussfolgerungen aus der so katastrophalen deutschen Geschichte zu ziehen, zogen dazu die früheren deutschen Verfassungen heran, erörterten aber auch Modelle der europäisch-atlantischen Verfassungsgeschichte. Das zunächst als Provisorium entstandene Grundgesetz bildete die Grundlage, auf der sich unsere Demokratie entwickelt hat, zunächst in Westdeutschland. Seit 1990 gilt es für das vereinigte Deutschland. Das Wertesystem, auf dem das Grundgesetz basiert, bildet in zahllosen Diskursen den wichtigsten Referenzrahmen unserer politisch-gesellschaftlichen Ordnung. Die Identifikation mit dem Grundgesetz ist so hoch, dass nach wie vor – mit Dolf Sternberger und Jürgen Habermas – von einem „Verfassungspatriotismus" gesprochen werden kann.

Und doch hat die Wendung von der „Krise der liberalen Demokratie" gegenwärtig Konjunktur – in internationalen, doch auch in deutschen Diskursen. Heinz Westphal, einer der Mitgründer unseres Vereins, fasste seine Lebenserfahrungen im Titel seiner Lebenserinnerungen zusammen: „Ungefährdet ist Demokratie nie." Krisenphänomene sind gegenwärtig in vielen Ländern unübersehbar – in einem Maße, wie wir es wohl seit der Zwischenkriegszeit in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts nicht mehr erlebt haben.

Gleichwohl ist die Konstellation in vieler Hinsicht doch grundlegend anders: Faschismus und Kommunismus sind heute keine Mächte mehr, die die liberale und soziale Demokratie umfassend bedrohen. Demokratie ist zwar nicht selbstverständlich, doch ungleich fester verwurzelt als damals. Es macht jedoch Sinn, sich problematische Entwicklungen genau anzuschauen – auch in Deutschland.

Ich möchte hier einige Anmerkungen zu folgen Fragen machen:

I. Inwieweit wird das System der repräsentativen Demokratie infrage gestellt?

II. Wie entwickeln sich die Formen der politischen Auseinandersetzungen?

III. Welcher Politikbegriff ist leitend?

I.

Offene Angriffe auf die Verfassung und die demokratische Grundordnung sind – anders als in der Zwischenweltkriegszeit – eher selten und auf den Rechts- und Linksextremismus beschränkt, wie die Verfassungsschutzberichte erkennen lassen. Andererseits stellt sich die Frage, inwieweit die häufige populistische Infragestellung der pluralistischen Ordnung, die sich auf Grundlage der Verfassung entwickelt hat, die Verfassung tangiert.

Vom rechten Populismus, teilweise aber auch vom linken, werden angeblich korrupte Eliten angegriffen, die auf Kosten des Volkes leben und Politik machen. Es gilt demnach, den „wahren Volkswillen" wiederherzustellen, den sich die Rechten als mehr oder weniger ethnisch-kulturell fundiert vorstellen. Die extreme Linke geht demgegenüber von ausgebeuteten Klassen in einer dualistischen Struktur aus. Attackiert wird häufig „das System", eine Vokabel, hinter der sich schon in der Weimarer Republik die demokratische Ordnung verbarg und deren Verwendung Ausdruck tiefer, auch emotionaler Aversion gegen die bestehende Demokratie war.

Ungefährdet ist Demokratie nie von Heinz Westphal, dem Mitgründer und langjährigem Vorstandsmitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., erschien 1994.

Erkennbar ist im rechten Populismus eine Distanz zum Rechtsstaat, der auch Minderheiten schützt (die im Grundrechtskatalog ihre Basis haben), teilweise auch zur repräsentativen Demokratie, was der Forderung nach Einführung der direkten Demokratie entspricht, die das Grundgesetz stark begrenzt. Es scheint, dass die Forderung nach direkter Demokratie, die nicht auf die Populisten beschränkt ist, durch das – durch eine Volksabstimmung herbeigeführte – Brexit-Chaos einen Rückschlag erlitten hat. Es handelt sich um eine Forderung, die manche als Mittel zur Überwindung des „Systems", andere als Weg der Fortentwicklung der Demokratie betrachten. Manifestiert sich in dieser Forderung eine Krise der repräsentativen Demokratie? Vorrangig wohl dann, wenn die populistischen Kräfte auf dem Vormarsch sind.

Anlass für Politikverdrossenheit ist – neben der konkreten Politik – häufig die Zusammensetzung der Parlamente, insbesondere des Deutschen Bundestages. Die Kritik verkennt, dass das Parlament in der repräsentativen Demokratie aus freigewählte Abgeordneten besteht, die als „Repräsentanten" des Volkes nach ihrem Gewissen entscheiden, auch wenn die konkrete Praxis durch die Willensbildung der Fraktionen strukturiert wird. Jedenfalls bildet das Parlament nie unmittelbar das Volk ab. Die Zusammensetzung durch Proporzregelungen, wie von manchen befürwortet, beschränkt das Wahlrecht und widerspricht den Prinzipien der repräsentativen Demokratie.

Dennoch lässt sich durchaus fragen, ob das Parlament nicht einseitig zusammengesetzt ist. Die Tendenz, dass viele männliche und weibliche Abgeordnete im Grunde zeitlebens ausschließlich Politik machen, das heißt nie einen Beruf außerhalb des politischen Raumes ausgeübt haben, gehört zu den Aspekten des heutigen politischen Lebens, die in der Praxis der Kandidatennominierung zu korrigieren sind.

In der Kritik an der repräsentativen Demokratie werden verschiedene Standpunkte sichtbar. Punktuelle Kritik, die sich an bestimmten Aspekten festmacht (zu denen auch die Diätenfrage gehört), ist zu unterscheiden von Kritik, die das parlamentarische System überwinden will, manchmal aber auch missversteht. In Ostdeutschland – und dies ist nicht unbedenklich – gibt es mehr Vorbehalte gegenüber der demokratischen Ordnung als in Westdeutschland, was sich historisch erklären lässt, doch so nicht akzeptiert werden sollte. Von einer generellen Legitimationskrise der demokratischen Ordnung wird man bei uns jedoch nicht sprechen können.

II.

Vieles spricht dafür, dass sich Form und Stil der politischen Auseinandersetzung in Deutschland seit der Jahrtausendwende ins Negative verändert haben, besonders dass die Sprache teilweise verroht und verwildert. Als Katalysator spielt dabei das Internet eine Rolle. Die Schnelligkeit, mit der man glaubt reagieren zu können oder zu müssen, trägt zu dieser Stilveränderung bei. Dass dabei US-Präsident Trump einer der Vorreiter ist, wird man ebenso wenig bestreiten können wie den Anteil der Rechtspopulisten und ihrer Anhänger, die durch ihre Äußerungen zum Teil wieder entsprechende Reaktionen von den anderen, etwa Antifa-Gruppen hervorrufen. Neben dem Tempo trägt auch die Möglichkeit, im Internet mit Pseudonymen zu agieren, zur Enthemmung vieler Zeitgenossen bei. Selbstverständlich ist die Auseinandersetzung mit den politischen Gegnern legitim. Doch demokratische Willensbildung verlangt ein Minimum an gegenseitigem Respekt. Selbst bei den „traditionellen" Medien kann man geteilter Ansicht sein. Man denke an das Übermaß an TV-Comedy-Sendungen, die sich nicht mit Politik auseinandersetzen, sondern sich über Politik lustig zu machen versuchen wie etwa die „ZDF heute show". Aufklärende Effekte sind hier eher selten. Es überwiegt manchmal geradezu eine antipolitische Tendenz.

Und auch zur Printpresse lässt sich manches Kritische sagen. Sorgfältige Recherche beschränkt sich heute bei einem Teil der Journalisten häufig auf die Klärung von Tatbeständen, die zur Skandalisierung geeignet sind. Hierbei tritt die Berichterstattung zugunsten von Meinungsmache in den Hintergrund.

Kurz: Nicht nur die Politiker in Parteien und Regierungen, auch die Medienvertreter, die Mediennutzer und die Bürger sind aufgerufen, ihre Rollen kritisch zu reflektieren. »

Die Tendenz zur Empörung führt auch dazu, dass die Kompromissbereitschaft sinkt. Sie ist aber eine für die Demokratie unabdingbare Tugend.

Foto: Rawpixel / pixabay

»

III.

Das Gesagte lässt die Frage nach dem heute vorherrschenden Politikbegriff entstehen, die hier nur mit einigen Bemerkungen gestreift werden soll.

In besonderer Weise haben Politiker wie Bürger mit der hohen Komplexität von Politik zu kämpfen. Das Nebeneinander der gleichwohl verschränkten Ebenen, die enge Verknüpfung der verschiedenen Politikfelder, die Konkurrenz von Zielen, die Größe der Herausforderungen bei Ohnmacht der Individuen (die nicht mehr vorrangig milieugesteuert sind) – dies alles hat sicherlich zur Entfremdung von Politik beigetragen.

Auf diese Konstellation wird unterschiedlich reagiert:

- Es entsteht Frustration, „Wut" (die in den Medien merkwürdig legitim er scheint), auch Resignation.
- Eine gewisse Konjunktur haben Positionen, die einfache Antworten geben (was naturgemäß in Sackgassen führt).
- Interesse finden alle möglichen Verschwörungstheorien, die Probleme zu erklären und verschiedenste Antworten zu rechtfertigen scheinen.
- Viele verabsolutieren ihr Anliegen und verkennen die Schwierigkeiten. Wer beispielsweise unter dem Eindruck einer Klimaapokalypse steht, kann dazu neigen, Politik ausschließlich unter dieser Frage zu bewerten. Ähnlich ist das Verhalten bei Zielen, die Minderheiten betreffen.

Ein großes Problem liegt darin, dass angesichts der Tendenz zur Empörung zeitaufwändige Prozesse abgelehnt werden. Bloßer Voluntarismus reicht nicht. Kompromisse erscheinen vielen verpönt – darin wird man übrigens eine der Ursachen der Probleme der Volksparteien sehen müssen, die immer schon parteiintern den Ausgleich von Interessen und Zielen suchen müssen. Ohne Kompromisse kommen aber Demokratien nicht aus. Allerdings müssen sie in der Regel mühsam erarbeitet werden.

Eine deutsche Besonderheit erschwert Kompromisse: die Neigung, politische Positionen moralisch zu überhöhen und dem Gegner die Moral abzusprechen. Nun gibt es unbestreitbar auch Fälle nackter Interessenpolitik, die ihre Rechtfertigung ausschließlich in der eigenen Selbstbehauptung haben. Dennoch tun wir gut daran, die moralische Überhöhung der Politik zurückzufahren, in der das Gemeinwohl zwar eine Leitidee ist, in der es in der Regel aber auch um Interessen geht. Das würde Kompromisse erleichtern.

Die deutliche Zerfaserung des Parteiensystems, das durch eine hochdifferenzierte Gesellschaft geprägt ist, lässt es dringlich erscheinen, über Strukturen und Prozesse nachzudenken, die bei allen Gegensätzen und Konkurrenzen den politisch-gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern. Erörtern muss man auch die immer noch nationale Begrenztheit unseres Politikbegriffs.

*

Es fällt nicht schwer, problematische Verhaltensmuster in unserer politischen Kultur zu benennen. Über deren Eindämmung werden wir reden müssen, um geeignete Gegenmaßnahmen zu finden. Doch die große Krise der Demokratie zeichnet sich bislang nicht ab – trotz beunruhigender Entwicklungen im Parteiensystem. 2019 ist nicht 1932. Geschichte enthält eine Menge Anregungspotenzial zum Nachdenken über Gegenwart und Zukunft. Festzuhalten ist: Die einfache Wiederholung von Geschichte ist eher selten, doch haben wir uns im Bewusstsein von Gefährdungen den konkreten Herausforderungen zu stellen. ■

Prof. Dr. Bernd Faulenbach ist Historiker und Vorsitzender von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Unsere Redaktion bittet unsere Leser um Unterstützung:

Haben Sie **Fragen, Anmerkungen, Ideen**
oder andere
Hinweise zur Zeitschrift
oder **zu einzelnen Texten**,
dann schreiben Sie uns gern unter:

redaktion@gegen-vergessen.de

Andreas Dickerboom

Regionalsprechertreffen 2019: Intensiver Austausch und eine besondere Besichtigung

Intensive inhaltliche Diskussionen und ein Besuch des neuen Geschichtsforums in Volkmarsen standen während des Regionalsprechertreffens im Mai auf dem Programm.

Knapp 30 Vertreterinnen und Vertreter unserer Regionalgruppen versammelten sich im Evangelischen Forum in Kassel, dessen Hausherrn Pfarrer Dr. Rüdiger Jungbluth an dieser Stelle noch einmal herzlich gedankt sei für die freundliche Begrüßung und Bewirtung. Zwei Wochen vor der Europawahl wurde über eine Postkartenaktion diskutiert, die eine „Arbeitsgruppe Demokratie", bestehend aus etwa zehn RAG-Vertretern sowie Mitgliedern der Geschäftsstelle, ins Leben gerufen hatte. An dieser Aktion (siehe Seite 28) beteiligten sich knapp 20 Regionale Arbeitsgruppen. Deutlich wurde das verstärkte Interesse der RAG an gemeinsamen regional-übergreifenden Projekten.

Daran knüpft auch eine Idee zur Friedlichen Revolution in der DDR an, die sich im Herbst 2019 zum 30. Mal jährt. Ruth Wunnicke stellte für die Geschäftsstelle ein Format vor, bei dem sogenannte „Nachdenkmomente" an verschiedenen Orten der Bundesrepublik an den 9. Oktober 1989 als herausragenden Moment deutscher Demokratiegeschichte erinnern sollen. Die RAG-Sprecher diskutierten länger sowohl über die Form dieser Aktionsidee als auch über die Frage, ob der 9. November das bessere Datum sei, weil der Mauerfall stärker im Bewusstsein der Menschen verankert ist als die große Montagsdemonstration mit 70.000 Teilnehmern in Leipzig. Letztlich wurde beschlossen, die Aktion wie vorgeschlagen als Angebot für interessierte RAG zum 9. Oktober durchzuführen, verbunden mit dem Wunsch, dass sich möglichst auch westdeutsche Regionalgruppen daran beteiligen.

Weiterhin setzten sich die Vertreter der Regionalgruppen mit der Frage auseinander, wie beim Thema NS-Diktatur unmittelbare, authentisch erlebbare Vermittlung aussehen kann, obwohl immer weniger

Foto: Annalena Baasch

In diesem Kellergewölbe bestaunten die mitgereisten Sprecherinnen und Sprecher das alte jüdische Ritualbad.

Zeitzeugen davon erzählen können. Der Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. muss hier neue Formate finden, sodass der Wunsch nach einem separaten Workshop zu diesem Thema geäußert wurde.

Angebote zu Demokratiegeschichte

Annalena Baasch präsentierte schließlich Angebote der Geschäftsstelle zum Umgang mit dem Thema Demokratiegeschichte. Zum einen haben Regionalgruppen die Möglichkeit, vor Ort Workshops zu lokaler Spurensuche durchzuführen. Außerdem bietet der im vergangenen Jahr ins Leben gerufene Blog www.demokratiegeschichten.de Gelegenheit, Beiträge zu ganz verschiedenen Aspekten von Demokratiegeschichte zu veröffentlichen.

Auch der Bundesvorsitzende Prof. Bernd Faulenbach beteiligte sich engagiert an der Diskussion der Regionalvertreter. Er verwies darauf, dass sich Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier mittlerweile dezidiert zur wachsenden Bedeutung der Demokratiegeschichte äußere und damit Positionen unserer Vereinigung vertrete, so beispielsweise in einem Gastbeitrag in der ZEIT. Als ausbaufähig betrachtet Faulenbach die Aufarbeitung der DDR-Geschichte, besonders die Transformationsprozesse nach 1989.

Besuch des Geschichtsforums in Volkmarsen

Der zweite Tag führte die Sprecherinnen und Sprecher schließlich nach Volkmarsen, wo Ernst Klein die Besucher empfing. Der langjährige Sprecher der RAG Nordhessen-Südniedersachsen, bis 2018 auch Gesamtsprecher aller Regionalgruppen, führte den Sprechern den einzigartigen Fund einer über 500 Jahre alten jüdischen Schacht-Mikwe vor. Sie zeigten sich von der Mikwe und den neuen Ausstellungsräumen des Geschichtsforums zur deutsch-jüdischen Geschichte im Gustav-Hüneberg-Haus beeindruckt. Das langjährige Engagement von Ernst Klein und seinen Mitstreitern im Arbeitskreis Rückblende – Gegen das Vergessen e.V. wie auch für unsere Vereinigung findet hier einen sichtbaren, dauerhaften Ausdruck. Der Besuch in Volkmarsen zählt sicherlich zu den Höhepunkten der Regionalsprechertreffen der vergangenen zehn Jahre. ■

Andreas Dickerboom ist Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppe Rhein-Main und zugleich Sprecher aller Regionalgruppen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Bunte Postkarten und mehr für ein demokratisches Europa

Der Wahlkampf der Parteien für das Europaparlament war in den deutschen Innenstädten nicht sehr sichtbar. Abgesehen von den obligatorischen Plakaten fand er eher im Netz statt, auf YouTube zum Beispiel. Nur in Bundesländern, in denen gleichzeitig Kommunal- oder Landtagswahlen anstanden, ging es etwas lebhafter zu. So war jedenfalls der Eindruck vieler Mitglieder von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Sie mischten sich vielerorts selbst unter die Leute, um mit bunten Postkarten und vielen anderen Beiträgen für ein demokratisches Europa zu werben. Die Postkarten-Idee war schon einmal im hessischen Landtagswahlkampf erfolgreich erprobt worden, nun gab es eine bundesweite Neuauflage. 20 Regionale Arbeitsgruppen beteiligten sich an der Verteilung.

Foto: privat

Mit vielen bunten Karten haben Mitglieder für Europa geworben – wie zum Beispiel in Bochum.

Die Resonanz vor Ort war ganz unterschiedlich. So berichtet von der RAG Südbaden, dass die Postkarten in der Freiburger Innenstadt wenig Beachtung fanden. Die meisten, die vorbeikamen, wollten ohnehin wählen und fanden die Karten „nett, aber überflüssig". Dafür hat er längere Gespräche mit Passanten geführt. Auch Joachim Heise und seine Mitstreiterinnen und Mitstreiter wurden in Nordhausen auf der Straße nur wenige Karten los. Sie disponierten kurzerhand um und warfen die Postkarten in die privaten Briefkästen. Heise: „Daraufhin habe ich auch positive Resonanz bekommen". Zusätzlich hat die Regionale Arbeitsgruppe Thüringen einen gemeinsamen Wahlaufruf veröffentlicht. Aus Mecklenburg-Vorpommern berichtet Hannelore Kohl, dass die Postkarten dort in einigen Gaststätten zu finden waren und im Rahmen des Museumstages in Greifswald verteilt wurden.

Rainer Hange nutzte in Starnberg öffentliche Veranstaltungen des Starnberger Dialogs, bei denen er auch mit Redebeiträgen vertreten war. Außerdem hat Hange die Heckscheibe seines Autos als Werbefläche genutzt. Die Postkarten sind in Starnberg in der Regel positiv aufgenommen worden, einige hatten aber Erklärungsbedarf bei den Sprüchen. Hange: „Ich bin aber sicher, dass die Empfänger zum Nachdenken angeregt wurden."

In Bremen erhielt die Regionale Arbeitsgruppe Unterstützung vom Verein Sozialer Friedensdienst, der die Verteilung im Wesentlichen übernahm. Wie Hermann Vinke mitteilte, sind die Postkarten dabei gut weggegangen. In Bochum nutzten die Mitglieder Doppeldeutigkeiten kreativ aus und legten die Postkarten im Fitnesscenter aus. Aus Mecklenburg-Vorpommern berichtet Hannelore Kohl, dass die Postkarten dort in einigen Gaststätten zu finden waren und im Rahmen des Museumstages in Greifswald verteilt wurden.

Die RAG Rhein-Main hatte die Karten bei ihrer Aktion zu 70 Jahren Grundgesetz am Paulsplatz dabei, und einen Tag später bei der Großdemo „Ein Europa für Alle" auf dem Frankfurter Opernplatz. Andreas Dickerboom sagte: „Die Karten wurden von jung und alt hervorragend angenommen, wie auch schon im vergangenen Herbst zur Hessenwahl." Beeindruckend war auch die Illumination auf der Paulskirche mit dem Spruch: „Was immer du wählst, wähl Europa!". Ein Video auf der Facebook-Seite der RAG Rhein-Main bietet mehr Eindrücke davon. ■

Fotos: privat/Fotos (2): Till Lieberz-Gross

Bilder oben: Rainer Hange nutzte in Starnberg seine Heckscheibe als Werbefläche und verteilte die Karten bei mehreren Veranstaltungen. Bilder unten: Andreas Dickerboom gemeinsam mit Mitstreiterinnen in Frankfurt am Main. Vor der Paulskirche hingen Demokratie-Luftballons.

RAG Rhein-Ruhr-West

Wolfgang Braun

Stiller Salut für das Grundgesetz

Duisburg. Die Regionalgruppe der Vereinigung „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ erinnert mit einer humorvollen „Demokratiedeckel“-Aktion an das Jubiläum „70 Jahre Grundgesetz Bundesrepublik Deutschland“.

Wenn Könige geboren werden oder Geburtstag feiern, dann wird – nicht überall, aber vielfach – Salut geschossen. 101 Schuss sind da schon einmal drin. Wenn parlamentarische Republiken ihren Geburtstag feiern, fällt das Zeremoniell – nicht überall, aber vielfach – bedeutend schlichter aus. Nur in der Bundesrepublik Deutschland fällt es fast ganz aus. Und wenn etwas geschieht, wird es vom Staatsbürger im Allgemeinen ignoriert. Dieser Gleichgültigkeit will die Regionale Arbeitsgruppe Rhein-Ruhr West von „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ e.V. mit einem kleinen Kontrapunkt begegnen.

Persönlichkeit 2014

Beteiligung 2017

Entscheidung 2019

Grundordnung 2019

Toleranz 2019

Gemeinsame Rückseite

Quelle: RAG Rhein-Ruhr West

Zum 70. Jubiläumsjahr präsentiert die Gruppe ihre fünf „Demokratiedeckel“ als stillen Salut für 70 Jahre Grundgesetz. Die geschichtlichen Hintergründe seien kurz in Erinnerung gerufen: Am 23. Mai 1949 wurde das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft gesetzt, am 8. Mai 1949 wurde es vom Parlamentarischen Rat verabschiedet. Für die Zeitgenossen damals in beiden Fällen an einem symbolträchtigen Tag: Exakt vier Jahre zuvor hatte am 8. Mai Nazi-Deutschland bedingungslos kapituliert, hatten am 23. Mai britische Einheiten die Reichsregierung Dönitz, Hitlers Erben, inhaftiert. Heute 74 Jahre nach letzterem Ereignis steht der 30. Jahrestag des Mauerfalls vor der Tür, am 9. November 1989 – zugleich der 81. Jahrestag der Pogromnacht von 1938 – wiederum auf den 20. Jahrestag der Ausrufung der Weimarer Republik gelegt. In diesem Stakkato von heiter und düster besetzten Jahrestagen und Ereignissen finden sich Deutschland und die Deutschen immer noch nicht so recht zurecht.

Dabei wäre es langsam Zeit und es wäre auch langsam möglich. Es ist nur wenige Wochen her, da wurde öffentlich breit diskutiert, den Anstoß hierzu gab Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, wie es möglich würde, Herzen und Köpfe der Bürger für den Verfassungspatriotismus zu gewinnen. Es sei doch ein sehr abstraktes Konzept. Ist es – aber es lässt sich veranschaulichen, es lässt sich erfahrbar machen. Im Alltag, jenseits großer Reden. Jedoch nur, wenn die Demokraten werden »

» tätig. Es gibt halt nichts Gutes, außer man tut es.

Vor zehn Jahren hat die Regionale Arbeitsgruppe Rhein-Ruhr West der Vereinigung „Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V." das Fest der Freiheit zum Verfassungstag veranstaltet, ein Weg, der sich inzwischen herumspricht – in einigen Jahren wird es auch Nachahmung finden. Dieses Mal hat die Gruppe ein kleines Angebot für alle: ihre „Demokratiedeckel". Schon 2014 hatten die Gruppe einen ersten Bierdeckel gedruckt, 2017 einen zweiten (die RP berichtete). Beide Deckel wurden bisher in sehr hoher Auflage in Verkehr gebracht, nochmals in diesem Jahr zur Europawahl, EU-weit vom 23. bis 26.Mai. Die Idee liegt auf der Hand: Die Bürger in ihrer Freizeit ansprechen, mit der kleinen Form und auch mit Humor. In der Gemeinde, dem Sportverein, auf Straßenfesten …

Jetzt wurde die Serie komplettiert. Neben einem Motto und dem Hinweis auf die Pluralität der Träger finden sich im Mittelteil der Vorderseite die Flaggen der vier Gebietskörperschaften – Stadt Duisburg, Land Nordrhein-Westfalen, Bundesrepublik Deutschland, Europäische Union – abgebildet. Auf der Rückseite sind in leicht verkürzter Form die Vier Freiheiten des Franklin D. Roosevelt zu finden – in aufmerksamkeitsfördernder Spiralpräsentation: Die Freiheit der Rede, die Freiheit des Gebetes, die Freiheit von Not und die Freiheit von Furcht. Der kurze Text ruft in Erinnerung: Ein solches grundsätzliches Scheitern der Verantwortlichen hat es in der deutschen Geschichte schon einmal gegeben. Und er ist ein milder Hinweis für die Europäische Union, deren Vier Freiheiten sind nämlich freier Personenverkehr, freier Warenverkehr, freier Dienstleistungsverkehr und freier Kapitalverkehr.

Den Demokratiedeckeln ist es übrigens egal, ob auf ihnen ein Bier, eine Limo oder Brause, ein Glas Cay oder eine Tasse Kaffee, ein Becher Ayran oder halt ein Glas Bourbon, Chardonnay oder Chianti stehen. Wie es Euch gefällt! ■

Wolfgang Braun ist Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppe Rhein-Ruhr-West von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Der Artikel erschien zuerst in der Rheinischen Post. Wir danken für die freundliche Genehmigung zum Abdruck.

RAG Südhessen

Anne Risch, Katharina Mahl, Jasmin Birmelin

Was „Zweitzeugen"-Gespräche bewirken können

Jugendbegegnung zum Holocaust-Gedenktag in Berlin

In diesem Jahr hatten wir die Möglichkeit, an der Jugendbegegnung des Deutschen Bundestags in Berlin teilzunehmen. Klaus Müller, Sprecher der RAG Südhessen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., hatte uns für die Fahrt nach Berlin nominiert.

Voraussetzung für uns war es, das Fach Geschichte als Leistungskurs belegt und an Projekten teilgenommen zu haben, deren Inhalte mit den thematischen Schwerpunkten und Zielen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. übereinstimmen. Die Jugendbegegnung fand vom 28. bis 31. Januar 2019 statt. Sie thematisierte das Schicksal von verfolgten Kindern und Jugendlichen unter dem NS-Regime, insbesondere den Widerstand Einzelner gegen Ausgrenzung und Verfolgung, und bot ein umfangreiches Programm. Jeder Tag war ausgefüllt mit Museumsbesuchen, Führungen, Zeitzeugengesprächen und Workshops.

Foto: Deutscher Bundestag

Die Schüler durften an der Gedenkstunde im Bundestag für die Opfer des Nationalsozialismus teilnehmen.

Im Paul-Löbe-Haus lernten wir zunächst die anderen Teilnehmer kennen. Es war sehr schön, Gleichgesinnte zu treffen, die sich ebenfalls für deutsche Geschichte interessieren. Besonders gefreut hat uns, dass die rund 80 Teilnehmer nicht nur aus Deutschland anreisten, sondern auch aus Frankreich, Israel, Polen, Russland und Österreich.

In den folgenden Tagen besuchten wir verschiedene Museen und Veranstaltun-

Foto: privat

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Jugendbegegnung besuchten auch die Gedenkstätte Deutscher Widerstand.

gen. Dazu gehörten die Gedenkstätte Deutscher Widerstand, das Anne-Frank-Zentrum oder die Blindenwerkstatt Otto Weidt. Außerdem konnten wir an einer historischen Führung durch Berlin teilnehmen. Es ist spannend, wie viel Geschichte es noch heute in den Straßen Berlins zu entdecken gibt.

In Kleingruppen sprachen wir über Zivilcourage und die Bedeutung des Widerstandes für uns heute und während des NS-Regimes.

Wir bekamen auch Gelegenheit, an Gesprächen mit Zeitzeugen und „Zweitzeugen" teilzunehmen.

Hélène Waysbrod schilderte uns in einem sehr persönlichen Gespräch, wie sie nach der Deportation ihrer Eltern anonym und versteckt bei Nachbarn in Frankreich aufwuchs und so den Holocaust überleben konnte. Heute setzt sie sich ehrenamtlich für die Maison d'Izieu ein, ein Kinderheim, das bis 1944 jüdische Waisenkinder beherbergte. Am 6. April 1944 deportierte die deutsche Wehrmacht 44 der dort lebenden Kinder nach Auschwitz. Heute ist das einstige Kinderheim eine Gedenkstätte.

Außerdem waren die Kinder des berühmten Showmasters Hans Rosenthal (bekannt aus der Show „Dalli Dalli") zu Gast. Rosenthal wurde während der NS-Zeit als Jude verfolgt und versteckte sich deshalb in der Gartenlaube einer alten Dame. Seine Tochter Birgit Hofmann und sein Sohn Gert Rosenthal sprachen mit uns über die schwierige Zeit ihres Vaters als verstecktes Kind. Das Besondere an dem „Zweitzeugen"-Gespräch war für uns, dass die Kinder die Erlebnisse ihres Vaters analysierten und bewerteten. Dies wäre bei einem Zeitzeugen vermutlich nicht der Fall gewesen. Einige Informationen über Hans Rosenthal hätten wir wahrscheinlich von ihm persönlich nie erfahren. Nach Aussage der Geschwister fiel es ihm sehr schwer, über seine Jugend als verstecktes Kind zu sprechen. Birgit Hofmann betonte besonders, dass ihm die Schulbildung seiner Kinder wichtig war, weil sie ihm selbst verwehrt blieb.

Uns beeindruckte sehr, dass Hans Rosenthal, obwohl er kein streng gläubiger Jude war, seine Kinder in die jüdische Gemeinschaft einführte. Gert Rosenthal analysierte, dass der Vater auf diese Weise seinen persönlichen Triumph über die Nationalsozialisten ausdrückte: als eine Bestätigung, dass Juden als Deutsche jetzt und in Zukunft in Deutschland ihren Glauben leben werden.

Für uns wurde deutlich, dass Zweitzeugengespräche heute, wenn nur noch wenige Zeitzeugen leben, eine wertvolle Alternative sein können. So kann auch künftigen Generationen die Geschichte anhand individueller Schicksale und Erfahrungen nähergebracht werden.

Der Höhepunkt der Veranstaltung war die Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus am 31. Januar im Bundestag. Dabei durften wir im Saal hinter den Abgeordneten sitzen. Anschließend nahmen wir an einer Podiumsdiskussion mit Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble und dem diesjährigen Gedenkredner und Holocaust-Überlebenden Saul Friedländer teil.

Während der Podiumsdiskussion konnten wir Fragen stellen, die wir im Vorfeld gesammelt hatten. Leider war die Zeit begrenzt und so konnten nicht alle Fragen gestellt werden. Bei der angekündigten Podiumsdiskussion handelte es sich eher um ein Interview. Schade war, dass auf die Frage meist nur einer der beiden Gesprächspartner antwortete. Wir hatten auf unterschiedliche Antworten und mögliche Diskussionen gehofft.

Trotzdem war die Podiumsdiskussion sehr informativ und aufschlussreich und die Teilnahme daran für uns eine Ehre. Viele Antworten gaben uns Denkanstöße und beschäftigten uns noch Tage später.

Wir sind dankbar dafür, dass wir mit anderen jungen geschichtlich interessierten Menschen zusammenkommen konnten. So konnten wir unsere unterschiedlichen Einschätzungen zur deutschen Geschichte diskutieren und uns eine eigene Meinung bilden. Von diesen Erfahrungen werden wir noch lange profitieren. ■

Jasmin Birmelin, Katharina Mehl und **Anne Risch** sind Schülerinnen des Goethe-Gymnasiums in Bensheim.

RAG Bielefeld

Wolfgang Herzog

Erinnerungen einer Zwangsarbeiterin auf Polnisch und Deutsch

„Die Kriegsereignisse trage ich wie einen Stachel in mir, oft kehre ich in Gedanken zu jenen Tagen zurück. Ihre Schilderung war schmerzhaft, doch ich habe es getan, damit sie als Mahnung für künftige Generationen dient. Niemals mehr sollen Kinder wegen eines Krieges ihr Leben verlieren, und nie mehr dürfen sie deshalb von ihren Familien getrennt werden." **(Irena Wielgat)**

Im Jahr 2005, mit einem Abstand von 60 Jahren, hat Irena Wielgat ihre Erinnerungen an die Kriegsereignisse für ihre Kinder und Enkelkinder niedergeschrieben. Dabei erlitt sie einen Herzinfarkt. Gut zwei Jahre später hatten wir das Glück, sie kennenzulernen. Für sie selbst war es „ein Schock und eine innere Bewegung" zu erfahren, dass es in der Stadt ihrer Zwangsarbeit Menschen gab, die wie sie die Erinnerung an die NS-Zwangsarbeit wachhalten wollten.

Seit Ende 2017 liegen ihre Erinnerungen nun in einem reich ausgestatteten Band vor, zusammen mit vielen Bildern, Dokumenten und Selbstzeugnissen, die sie aufbewahrt und uns anvertraut hat. Es ist ein zweisprachiger Band, der nun in Deutschland und Polen vertrieben wird!

Als Kind versklavt

Als 15-Jährige wird Irena Wielgat aus Łódź nach Bielefeld verschleppt, zur Zwangsarbeit in der Spinnerei „Vorwärts". In einem Akt äußerster Konzentration, täglich eine Stunde ganz früh am Morgen, schreibt sie als 79-Jährige innerhalb von drei Monaten nieder, was ihr in ihrer Jugend widerfahren ist.

Sie schreibt über die Stationen, die ihre Verschleppung markieren, von der Festnahme 1941 im deutschen Arbeitsamt in Łódź bis zu den Stunden der Befreiung im April 1945, von der neunmonatigen Zwischenzeit im Displaced-Persons-Camp bis zum Rücktransport nach Łódź im Frühjahr 1946.

Sie schreibt über den Alltag in diesen Jahren, die ungewohnte schwere und gefährliche Maschinenarbeit, den täglichen Hunger, über Spott und erniedrigende Beschimpfung.

Foto: privat

Irena Wielgat (1926–2016) als junge Frau

Sie schreibt über aufwühlende, existenziell bedrohliche Situationen: über zwei schwere Krankheiten, über die Schutzlosigkeit bei Luftangriffen im Splittergraben, über eine auf halbem Weg nach Polen gescheiterte Flucht.

Die 20 Kapitel sind jeweils auf besonders berührende Szenen und Momente konzentriert. Die Erzählweise ist einfach und unprätentiös, nah am Geschehen, reich an Details, wie aus unmittelbarem Erleben. Der polnische Historiker Jan Rydel rühmt in seiner Einleitung das „bewunderungswürdige […] emotionale Gedächtnis der Verfasserin", das ihr Zeugnis unter den zahllosen polnischen Berichten, die zu der Zeit der Zwangsarbeit existieren, hervorhebe.

Eine offene Beobachterin

Auch angesichts all des Niederdrückenden ist Irena Wielgat eine offene Beobachterin: Zum Beispiel ist ihr das viele Grün in Bielefeld und Brackwede besonders im Gedächtnis geblieben. Offenheit ist für sie auch in einem anderen, weiteren Sinn kennzeichnend. Der rassistischen Herabwürdigung der Pol*innen in NS-Deutschland begegnet sie mit Stolz als junge Patriotin. Aber sie schreibt bemerkenswert oft, mit großer Wärme und sehr nuanciert auch über andere Erfahrungen, die sie mit Deutschen macht. In einem solchen Zusammenhang stellt sie fest: „Damals verstand ich, dass es nicht wichtig ist, welcher Nationalität wir sind, sondern dass es das menschliche Gewissen ist, das zählt. Ein gutes Herz und zwischenmenschliche Gefühle (sofern man sie hat) kann man nicht vernichten, unabhängig davon, welcher Partei man angehört oder welcher Nationalität man ist."

Erzählung von Beraubung und Widerstand

Irena Wielgats Erinnerungen sind die Geschichte einer sie im Kern treffenden Beraubung. Ihr Leben lang schmerzte sie es, dass Krieg und Zwangsarbeit ihre Kindheit, ihre Jugend und damit ihre Träume von Ausbildung, Studium und persönlicher freier Entwicklung zerstörten. Aber ihre Erinnerungen sind auch ein Dokument des Widerstands und der

Selbstbehauptung. Tagebuchschreiben wird ihr zu einer Überlebens¬strategie. Damit gelingt ihr „die Übertragung des Schmerzes auf das Papier". Als wesentliche Momente der Behauptung gegenüber Leid, Schmerz und andauernder Erniedrigung werden der Zusammenhalt und die Freundschaften in der Gruppe verschleppter Mädchen und Frauen sichtbar. Und ihr Glaube, der ihnen starken Halt und Zuversicht gibt.

Lesebuch mit reichem Inhalt

Die junge Irena schreibt nicht nur Tagebuch, sie sammelt Fotos, beschriftet sie, schreibt Gedichte und zusammen mit ihren Kameradinnen Lieder, fröhliche, traurige, kämpferische. Es wird offensichtlich viel gesungen. All dies fließt in ihr Buch ein, ergänzt ihre Erinnerungen, zusammen mit Selbstzeugnissen aus der Zeit, als wir sie kennenlernten, mit Reflexionen über ihre neue Verbindung nach Bielefeld.

Foto: privat

Und Irena Wielgat bei ihrem Besuch in Bielefeld 2008.

Zwei Aufsätze im Anhang des Buches stellen Irena Wielgats Erfahrungen in den historischen Kontext: eine Untersuchung der Geschichte „ihres" Unternehmens, der Spinnerei „Vorwärts", in der Zeit des Nationalsozialismus, zum anderen ein allgemeiner Überblick über Politik und Praxis des Einsatzes von Zwangsarbeiter*innen aus Polen im Deutschen Reich.

Das Buch soll ein „Lesebuch" für Menschen sein, die Interesse an einer fesselnden und bewegenden Erzählung zu diesem Teil der polnischen und deutschen Geschichte haben. Wir wünschen uns, dass auch junge Menschen in Deutschland und Polen die Erinnerungen von Irena Wielgat lesen, sowohl in Schulen als auch bei deutsch-polnischen Begegnungen. Der polnische und der deutsche Text stehen einander jeweils gegenüber, als Einladung zu gemeinsamer Betrachtung.

Ein langer Weg

Es war ein langer Weg von unserer ersten Begegnung mit Irena Wielgat bis zum Erscheinen des Buches. Irena Wielgat hat dies nicht mehr erlebt, aber sie hat die Entstehung des Bandes bis zu ihrem Tod mit begleitet.

Ohne die große Unterstützung von allen Seiten und ohne enorm viel deutsch-polnische Kooperation wäre dieses Projekt nicht möglich gewesen. Unterstützt wurden wir vor allem durch die Familie Wielgat und durch unermüdliche Helfer*innen aus Bielefelds Partnerstadt Rzeszów, aus dem Fraza-Verlag und der Universität. Ebenso halfen uns viele engagierte Beteiligte in Bielefeld und darüber hinaus, besonders auch Bielefelder mit polnischem Hintergrund.

Begleitend und ergänzend zu dem Buch ist im vergangenen Jahr eine DVD erschienen: „Piosenki z czasów niewoli – Lieder aus Zeiten der Gefangenschaft", herausgegeben von den Kindern Irena Wielgats. Sie enthält eine Videoaufnahme, bei der Irena Wielgat ihre „Lieder aus der Gefangenschaft" selbst singt und erklärt: „Die von mir gesungenen Lieder widme ich meinen Freunden aus Bielefeld." ■

Wolfgang Herzog ist Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppe Bielefeld.
Eine DVD mit Liedern aus Zeiten der Gefangenschaft kann direkt über Wolfgang Herzog bezogen werden: *wolfg.herzog@web.de*

■ Buchinformation:

Irena Wielgat (Autorin); Wolfgang Herzog, Merret Wohlrab (Hg.)
Als Kind versklavt Aus Łód verschleppt nach Bielefeld – Erinnerungen an die Jahre der Zwangsarbeit in Deutschland (Quellen zur Regionalgeschichte)
Verlag für Regionalgeschichte, 2017
Taschenbuch, 288 Seiten
ISBN: 978-3-7395-1005-7 • 14,90 €

RAG Nordbaden

Regina Schmidt-Kühner

Rechtsextremismus im Natur- und Umweltschutz

Diskussion über „grüne Themen“ bei rechtsextremen Parteien und Gruppierungen

Völkisch-nationalistische und rechtsextreme Ideologien im Umwelt- und Naturschutz gehören nicht der Vergangenheit an, sondern stellen nach wie vor ein nicht zu unterschätzendes Problem dar.
Um sich mit dem Thema auseinanderzusetzen, luden im Rahmen der diesjährigen Karlsruher Wochen gegen Rassismus die Arbeitsgemeinschaft Karlsruher NaturFreunde und die RAG Nordbaden von Gegen Vergessen – für Demokratie e.V. zu einer Diskussionsveranstaltung unter dem Titel „Naturschutz, Umweltschutz, Heimatschutz. Von ‚Blut und Boden‘ zum Ethnopluralismus“ ein. Referent war Lukas Nicolaisen von der Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN), 2017 ins Leben gerufen von der NaturFreunde Bundesgruppe und der Naturfreundejugend Deutschlands.

Quelle: FARN

Plakat: ACHTUNG! RECHTE UNTERWANDERUNG.

In der extremen Rechten wird der Heimatbegriff vor allem dann verwendet, wenn es um Natur- und Umweltschutz geht. „Naturschutz ist Heimatschutz“ heißt der Slogan, der rechtsextreme Kräfte zu einen scheint. Das Denkmodell hinter diesem Slogan ist alles andere als harmlos. Das zeigen zahlreiche Äußerungen von Vertretern rechtsextremer Parteien wie NPD, Der III. Weg oder Die Rechte. Hier erscheint der Naturschutz in zutiefst rassistischer und antidemokratischer Ausprägung.

Eine Strömung mit Kontinuität. So hatte das Reichsnaturschutzgesetz von 1935, das nach wie vor stolz als das Erste seiner Art bezeichnet wird, mit seiner völkischen Ideologie Anteil an der Vertreibungs- und Vernichtungspolitik der Nazis. Auch personell werden immer wieder Vordenker des Naturschutzes gelobt, die weit mehr als sogenannte „Mitläufer“ des NS-Regimes waren.

Unser Fazit aus Referat und Diskussion: Die neuen und alten Rechten besetzen populäre Forderungen mit ihren menschenverachtenden Inhalten neu und verbreiten so unter dem Deckmantel des Naturschutzes ihre Ideologien. Dem gilt es entgegenzutreten. ■

Foto: privat

Ulrike Lucas, Sprecherin der Regionalen Arbeitsgruppe Nordbaden von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., Referent Lukas Nicoleisen und Regina Schmidt-Kühner von den NaturFreunden Deutschlands (v.r.n.l.)

Regina Schmidt-Kühner ist stellvertretende Bundesvorsitzende der NaturFreunde Deutschlands.

LAG Baden-Württemberg

Alfred Geisel, Robert Antretter

Joannes Baptista Sproll – Bekennerbischof in schweren Zeiten

Die Haltung der beiden großen christlichen Kirchen und ihrer Repräsentanten zum NS-Regime ist bis heute Gegenstand lebhafter und kontroverser Diskussionen. Während auf evangelischer Seite deutliche Unterschiede zwischen den Vertretern der Bekennenden Kirche auf der einen und den Anhängern des NS-affinen Reichsbischofs Müller auf der anderen Seite erkennbar sind, gestaltet sich das Erscheinungsbild der katholischen Kirche in Deutschland etwas schwieriger. Als Teil der vom römischen Episkopat repräsentierten weltumspannenden katholischen Kirche waren deren nationale Spielräume vor allem nach Abschluss des Reichskonkordats von 1933 nicht nur geringer, sondern angesichts der bisweilen schwer nachvollziehbaren Haltung des Vatikans gegenüber der Repressionspolitik der Nazis auf religiösem Gebiet deutlich schwieriger. Gleichwohl gab es eine ganze Reihe führender katholischer Würdenträger, die aus ihrer christlichen Überzeugung heraus deutlich Front gegen die kirchenfeindlichen Maßnahmen der damaligen Staatsführung machten. Als Beispiel für etliche sei auf die mannhafte Haltung des Münsteraner Bischofs Kardinal Clemens August Graf von Galen hingewiesen.

Ein in seiner Bedeutung besonders markantes, lange Zeit völlig verkanntes Beispiel glaubensbedingten Leidens in der NS-Zeit ist das Lebensschicksal des Bischofs der Diözese Rottenburg in Württemberg, Joannes Baptista Sproll. Es sprengt in seiner Tragik die Grenzen der Diözese bei Weitem. Als Sohn einer strenggläubigen kinderreichen Familie 1870 in Schweinhausen bei Biberach an der Riß geboren, war er nach seiner Priesterweihe im Jahre 1895 von 1909 bis 1912 Pfarrer in Kirchen bei Ehingen. Nach seiner Bischofsweihe und Berufung zum Weihbischof anno 1916 war er unmittelbar nach Ende des Ersten Weltkrieges

Foto: Diözesanarchiv Rottenburg

Joannes Baptista Sproll

für ein Jahr als Vertreter des Zentrums Mitglied der Verfassunggebenden Landesversammlung von Württemberg. 1927 wurde er schließlich nach etlichen kircheninternen Querelen zum Bischof der Diözese Rottenburg inthronisiert.

Bischof Sproll war nach Hitlers Machtergreifung zunächst zur Zusammenarbeit mit der neuen Staatsführung bereit. In einer Pastoralanweisung vom April 1933 empfahl er den Geistlichen seiner Diözese eine besonnene und versöhnliche Haltung gegenüber den neuen Machthabern. Die damit verbundene Hoffnung auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit wurde freilich enttäuscht. In den zunächst heimlichen, bald aber offenkundigen Verstößen gegen die im Reichskonkordat zugesicherte Freiheit der Religionsausübung, in der unverhohlenen Unterdrückung der katholischen Jugendverbände durch die NS-Führung, in der drastischen Beschneidung des Religionsunterrichtes und in der pseudoreligiösen, auf der menschenverachtenden Rassenlehre eines Alfred Rosenberg beruhenden Ideologie sah Sproll eine offene Kampfansage an die Lehre seiner Kirche. Sproll sprach diese in vielen Predigten und Sendschreiben an die Gläubigen seines Sprengels an und kritisierte sie.

Diese Offenheit hatte Konsequenzen. Den Höhepunkt der zunehmenden Repressalien gegenüber dem Ordinariat im Allgemeinen und gegen die Person des Bischofs im Besonderen bildete die Reaktion auf die öffentlich kundgemachte Wahlabstinenz von Bischof Sproll bei der gekoppelten Volksabstimmung über den Anschluss Österreichs an das Reich und der damit verbundenen Wahl eines neuen Reichstages vom 10. April 1938. Bei zwei noch am Wahlabend und am nächsten Tag von Naziorganisationen und vom Rottenburger Bürgermeister selbst organisierten Demonstrationen kam es seitens der aufgeputschten Menge zu Ausschreitungen, die in der Forderung einer sofortigen Absetzung des Bischofs gipfelten. Obwohl Sproll Rottenburg zwischenzeitlich verlassen und bei verschiedenen Pfarreien seiner Diözese Zuflucht gefunden hatte, riss die Welle der teils gewalttätigen Demonstrationen und der Hetzartikel in der lokalen und regionalen Presse nicht ab. Auch eine von den Kanzeln verlesene persönliche Erklärung des Bischofs, seine Wahlabstinenz habe sich nicht gegen den Anschluss Österreichs, sondern allein gegen den Wahlzwang von eindeutig kirchenfeindlichen Kandidaten für den Reichstag gerichtet, hielt die Staatsmacht nicht davon ab, den nur seinem christlichen Glauben verpflichteten Bischof als generellen Staatsfeind zu brandmarken, der mit Schimpf und Schande aus seinem Amt zu verjagen sei. Welchen seelischen Erschütterungen sich Bischof Sproll in jenen Wochen ausgesetzt sah, mag die Tatsache verdeutlichen, dass ihn auf der einen Seite die römische Kurie zum »

» standhaften Verbleiben in seinem Amt aufforderte, er andererseits aber von der deutschen Bischofskonferenz, speziell von dessen Vorsitzenden Kardinal Bertram, kaum Unterstützung für sein Handeln erfuhr.

Im Sommer 1938 entschlossen sich die Nationalsozialisten, Bischof Sproll endgültig und gewaltsam aus seiner Diözese zu vertreiben. So erschien am 24. August 1938 die Gestapo im Bischöflichen Palais und teilte dem Bischof eine Verfügung mit, wonach er eine dauernde Beunruhigung für die Bevölkerung bilde und daher aus Württemberg und Hohenzollern ausgewiesen werde. Er habe deshalb Rottenburg innerhalb einer halben Stunde zu verlassen. Bischof Sproll erklärte daraufhin, dass er nur der Gewalt weichen werde, mit der Folge, dass er alsbald in einen bereitstehenden PKW gesetzt und nach Freiburg transportiert wurde. Später fand er in der Abtei Sankt Odilien in der Diözese Augsburg Aufnahme. Der Ausbruch einer schweren, von Lähmungserscheinungen geprägten Krankheit machte im Winter 1941 die Übersiedlung in das Heilbad Krumbad bei Weißenhorn notwendig. Alle Bemühungen seitens des Rottenburger Domkapitels und anderer kirchlicher und weltlicher Institutionen, Bischof Sproll die Rückkehr in seine Diözese zu ermöglichen, wurden von Reichsstatthalter Wilhelm Murr in Stuttgart kaltschnäuzig abgelehnt beziehungsweise an Konditionen geknüpft, die der Bischof nicht annehmen konnte. So konnte Bischof Sproll erst nach Kriegsende am 12. Juni 1945 – von schweren Leiden gezeichnet – an seinen Bischofssitz nach Rottenburg zurückkehren, wo er im März 1949 verstarb.

„Hakenkreuzbanner" Dezember 1938

Prof. Dr. Johann v. Leers:

Schlagt den Verleumdern aufs Maul

Ein notwendiges Kapitel über schwarze Quertreiber, üble Stänkerer und klatschsüchtige Spießer

So still und vertrumt liegt das kleine Städtchen und man ahnt nicht, wieviel Tränen und Mißgunst unter den Dächern wohnen

„Bierstichpolitik" — eine beliebte Tätigkeit der Spießer

Wenn eine Frau hübsch aussieht, dann wird sie von den alten Vetteln besonders gern durchgehechelt

Sämtliche Zeichnungen: Edgar John

So einem schwarzen Hetzer flugs aufs Maul gehauen. Das ist die beste Medizin

Ein Hetzartikel mit entsprechenden Karikaturen, „Hakenkreuzbanner", Dezember 1938

Quellenangabe: Diözesanarchiv Rottenburg, G 1.5, Bü. 52

Unsere Regionalgruppe Baden-Württemberg sah es für geboten an, im Rahmen des laufenden Seligsprechungsverfahrens dieses Bekennerbischofs, wie er zwischenzeitlich im Volksmund genannt wurde, würdig zu gedenken. Zu Recht hat Kardinal Karl Lehmann bei der offiziellen Gedenkfeier anlässlich des 50. Jahrestages der Vertreibung von Bischof Sproll festgestellt: „Keinem zweiten deutschen Oberhirten haben die Machthaber der Nazidiktatur so übel mitgespielt wie dem Bischof von Rottenburg." Getreu seinem Wahlspruch bei seiner Bischofsweihe „Fortiter in fide – Tapfer im Glauben" war Sprolls Widerstand die Konsequenz einer tiefgreifenden geistigen Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit des NS-Staates und der ihr zugrundeliegenden Ideologie. Sein Mut, diese Wirklichkeit in aller Öffentlichkeit zu brandmarken, die in einem himmelweiten Unterschied zu der Liebesbotschaft des Christentums steht, war beispielgebend und verdient ehrende Erinnerung. ■

Dr. Alfred Geisel war langjähriger Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppe Baden-Württemberg und Mitglied des Vorstandes von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.
Robert Antretter ist Bundestagsabgeordneter a. D., ehemaliges Mitglied im Zentralkomitee Deutscher Katholiken und Mitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

RAG Bielefeld stellt sich vor

Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. ist dort stark, wo sich engagierte Bürgerinnen und Bürger zusammenfinden, um vor Ort gemeinsam für die Demokratie einzutreten. Derzeit bestehen bundesweit 40 Regionale Arbeitsgruppen und Landesarbeitsgemeinschaften, die wir an dieser Stelle vorstellen möchten – mit den Gesichtern, die dahinter stehen. In dieser Ausgabe geben Sprecherin Eva-Maria Eggert und Sprecher Wolfgang Herzog Auskunft über die RAG Bielefeld.

Fotos: privat

Eva-Maria Eggert, Wolfgang Herzog (von links)

Name: **Geburtsdatum:** **Beruf:** **Name:** **Geburtsdatum:** **Beruf:**	**Eva-Maria Eggert** 6. August 1957 Lehrerin **Wolfgang Herzog** 17. Juli 1945 Maschinenführer
Motto unserer Initiative:	**Beide:** Spuren der Zwangsarbeit in Bielefeld zeigen.
So bin ich bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. gelandet:	**Eva-Maria Eggert:** Durch ein Langzeit- Geschichtsprojekt der Hauptschule Halle über Zwangsarbeit entstand Kontakt zur RAG Bielefeld. **Wolfgang Herzog:** Gisela Schwarze aus Münster hat mich mit ihrer großartigen Arbeit zum Thema Zwangsarbeit geprägt und den Anstoß gegeben, mich Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. anzuschließen.
Daraus ziehe ich Motivation für meine ehrenamtliche Arbeit:	**Eva-Maria Eggert:** Stetiges Aufklären über den Nationalsozialismus - auch vor Ort - bewahrt vor Neonazismus und stärkt die Demokratie. **Wolfgang Herzog:** Eine wichtige Motivation für mein Engagement ist die persönliche Verbindung zu vielen ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern, die sich bei unserer Arbeit herausgebildet hat.
Diese Themen interessieren mich besonders:	**Eva-Maria Eggert:** Zwangsarbeit und jüdische Geschichte vor Ort **Wolfgang Herzog:** Die Frage, wie die NS-Zwangsarbeit, millionenfaches alltägliches öffentliches Verbrechen, als so ‚normal' hingenommen werden konnte und erst so spät als solches wahrgenommen wurde.
Hier bin ich außerdem aktiv:	**Eva-Maria Eggert:** Heimatverein Borgholzhausen, Die Grünen **Wolfgang Herzog:** Beim Zimbabwe Netzwerk e. V. und bei der Bielefelder Ortsgruppe der Gewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE)
Die Idee zur Regionalen Arbeitsgruppe Bielefeld entstand, nachdem …	… wir zunächst als ‚Sektion Bielefeld' im Rahmen der RAG Westfalen intensiv und produktiv mit Münster zusammengearbeitet haben. Irgendwann wurde daraus die eigenständige RAG Bielefeld.
Die Regionale Arbeitsgruppe Bielefeld ist …	**Eva-Maria Eggert:** … eine ermutigende Gruppe von wunderbaren Menschen, die über viele Jahre für die Region wichtige Projekte durchgeführt hat …. **Wolfgang Herzog:** … Teil eines großen und lebendigen Netzwerks von Initiativen und Institutionen der Erinnerungskultur in Bielefeld.

»

Für die Arbeit in der Regionalen Arbeitsgruppe wünsche ich mir, …	**Eva-Maria Eggert:** … dass sie mit jungen Menschen und neuen Ideen weitergeführt wird, mit der guten Unterstützung von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. **Wolfgang Herzog:** … dass wir über den bisherigen Kreis hinaus neue Leute erreichen, weitere Mitstreiterinnen und Mitstreiter finden und mehr Zugang zu jungen Menschen und in die Schulen bekommen.
Und zu guter Letzt:	**Eva-Maria Eggert:** Wenn die Vereinigung „Gegen Vergessen – Für Demokratie" nicht bereits gegründet worden wäre, müsste es nun geschehen. Es ist gut zu wissen, dass es uns gibt! **Wolfgang Herzog:** Wir freuen uns, dass wir in diesem Heft ein besonderes Ergebnis unserer Arbeit vorstellen können: Irena Wielgats Buch *Z dziecka niewolnik – Als Kind versklavt*. (siehe Seite 32)

DANKSAGUNG

Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. dankt ganz herzlich mehreren Trauergemeinschaften für Anlassspenden, die in diesem Jahr bereits in Höhe von insgesamt mehr als 8.300,00 € in der Geschäftsstelle eingegangen sind.

Zuletzt haben die Angehörigen unseres verstorbenen, langjährigen Mitgliedes Dr. Peter Döring zu Spenden aufgerufen und so 1.885,00 € an den Verein weitergeben können.

Wir wissen die große Verbundenheit mit Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., die hinter diesen besonderen Anlassspenden steht, sehr zu schätzen.

Herzlichen Dank an alle Beteiligten.

Gegen Vergessen
Für Demokratie e.V.

Dennis Riffel

Schaudepot Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold eröffnet

Die Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin, in der sich auch die Geschäftsstelle unserer Vereinigung befindet, ist um eine Attraktion reicher. Am 25. April wird das „Schaudepot Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold" im ersten Stock der Gedenkstätte offiziell eröffnet. Dort sind Dokumente, Bilder und Objekte des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold zu sehen, die das politische Engagement und die gesellschaftliche Entwicklung dieser demokratischen Massenorganisation spiegeln.

Foto: GDW/Georg Engels

Ausstellungsstücke aus dem Schaudepot.

Eine republikanische Schutztruppe

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Bund der republikanischen Kriegsteilnehmer e.V. wurde im Februar 1924 in Magdeburg als parteiübergreifende Organisation von Sozialdemokraten, Mitgliedern der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und der Deutschen Zentrumspartei gegründet. Ein Blick in die erste Ausgabe der Zeitung „Das Reichsbanner" vom 15. April 1924 gibt Auskunft über die Ziele des Reichsbanners. Eine Aufgabe sei es, „mit den Mitteln der Aufklärung und Werbung für den republikanischen Gedanken", dem, wie es weiter heißt, „nationalistischen und bolschewistischen Demagogentum" entgegenzutreten. Allerdings bleibt das Reichsbanner dabei nicht stehen. Es war kein Bildungsverein, sondern eine militärisch organisierte Schutztrupppe für die junge Demokratie, die bei „allen gewaltsamen Angriffen auf die republikanische Verfassung" den „republikanischen Behörden" helfen und „die Gegner der Republik niederkämpfen" sollte. Dazu griff das Reichsbanner auf Menschen zurück, die kampferprobt waren, nämlich Teilnehmer des Ersten Weltkrieges. Die Reichsbanneraktivisten betrieben Kampfsport, Waffen waren offiziell nicht zugelassen.

Schon Ende 1924 sind es eine Million Reichsbannermitglieder, 1926 dreieinhalb Millionen. Damit ist das Reichsbanner rein zahlenmäßig dem kommunistischen Roten Frontkämpferbund (1927 etwa 110 000 Mitglieder) und dem rechtsextremen Stahlhelm (1930 etwa 500 000 Mitglieder) weit überlegen. Frauen blieb eine Mitgliedschaft im Reichsbanner verwehrt. Dennoch konnte das Reichsbanner namhafte Unterstützerinnen gewinnen, wie z.B. Marie Juchacz. Die SPD-Politikerin rief Frauen in der Zeitung des Reichsbanners dazu auf, bei Wahlen und in politischen Fragen sich auf die Seite der Republik zu stellen.

Um die republikanische Gesinnung öffentlich zu demonstrieren, zeigte das Reichsbanner bei Umzügen, Aufmärschen und Feiern stets die Farben Schwarz-Rot-Gold. Diese Farben waren die in der Weimarer Reichsverfassung festgeschriebenen Farben der Republik, die beim Hambacher Fest von 1832 zum ersten Mal gezeigt worden waren. Die Gegner der Republik aus dem rechten Lager versammelten sich dagegen unter den Farben des Kaiserreiches Schwarz-Weiß-Rot.

Ein Ende mit Schrecken

Für die Reichsbannermänner wurde es ab 1930 immer lebensgefährlicher. Der Straßenterror der SA nahm zu, fast täglich kam es zu Auseinandersetzungen. Das Reichsbanner stellte Eliteeinheiten auf. Auch die Bewaffnung nahm immer mehr zu. Am 16. Dezember 1931 bildete das Reichsbanner mit dem Arbeiter-Turn- und Sportbund (ATSB), dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) und der SPD die „Eiserne Front". Das Reichsbanner übernahm die wehrtechnische Leitung. Das konnte aber den Siegeszug der Nationalsozialisten nicht mehr aufhalten. Nach der Machtübertragung an Adolf Hitler am 30. Januar 1933 wurden Reichsbanner und Eiserne Front verboten. Mitglieder beider Organisationen wurden systematisch verfolgt, in Konzentrationslager verschleppt und oft auch ermordet. Manche der ehemaligen Reichsbannerleute gelang die Flucht ins Ausland. Andere blieben trotz Verfolgung in Deutschland und leisteten Widerstand gegen den Nationalsozialismus.

Das Reichsbanner heute

Im Jahr 1953 wurde das Reichsbanner neu gegründet. Der Verein heißt heute „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten". Er ist natürlich kein Kampfverband mehr, sondern leistet his- »

Foto: GDW

Ein Blick ins neu eröffnete Schaudepot (Bild unten). Oben das geöffnete Depot-Rregal: Zeitungen.

torisch-politische Bildungsarbeit. Die Bundesgeschäftsstelle des Vereins hat ihren Sitz in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin, wo nun das Schaudepot mittwochs und samstags von 14 bis 18 Uhr öffentlich zugänglich ist (für Gruppen auf Anfrage auch außerhalb dieser Zeiten).

Die Bilder, Dokumente und Objekte, die nun dort zu sehen sind, wurden vor allem vom Landesverband Hamburg des Reichsbanners zusammengetragen. Nähere Informationen zu den einzelnen im Schaudepot gezeigten Objekten sind in der Recherchestation abrufbar. ■

Weitere Informationen:
www.gdw-berlin.de/angebote/ausstellungen/schaudepot-reichsbanner

Gedenkstätte Deutscher Widerstand
Tel.: 030 26 99 50 00
sekretariat@gdw-berlin.de

Foto: GDW/Georg Engels

Dr. Dennis Riffel ist Leiter des Fachbereichs Geschichte und Erinnerung bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Liebe Mitglieder von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.,

zur Vereinfachung unserer Abläufe wird es für uns immer wichtiger, Sie per E-Mail erreichen zu können. Aus diesem Grunde wären wir Ihnen sehr dankbar, wenn Sie uns Ihre aktuellen Mailadressen mitteilen würden. Über eine kurze Mail an info@gegen-vergessen.de würden wir uns sehr freuen.

Ihr Team von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Die Motive der frühen Nazis

Liane Czeremin

Der Verleger Wieland Giebel hat eine Sammlung von Biogrammen früher Nationalsozialisten veröffentlicht, die diese 1934 im Rahmen eines Preisausschreibens selbst verfasst hatten. Es gab bereits früher Versuche, die zunächst in Vergessenheit geratenen Dokumente der Allgemeinheit zugänglich zu machen. Die Resonanz und Unterstützung in der wissenschaftlichen Öffentlichkeit war jedoch bescheiden. Das ist schwer verständlich, ermöglichen diese Zeugnisse doch verstörende Einblicke, wie und warum sich in der Zeit der Weimarer Republik zahlreiche Menschen radikalisierten und den Nationalsozialisten anschlossen.

Dabei fällt es nicht leicht, sich auf diese Schriften einzulassen. Es geht hier um einen Perspektivwechsel, der wehtut. Die „alten Kämpfer" der Nazis schrieben ihre Lebensgeschichten in einer Zeit auf, in der es noch keine Schoa, keinen Zweiten Weltkrieg mit Abermillionen Opfern gab und in der Adolf Hitler ein Shootingstar war, der durch die Ausschaltung der SA und den Tod von Reichspräsident Paul von Hindenburg seine Machtposition in der Regierung gerade stabilisierte. Spätestens jetzt war vielen klar: Der Spuk geht nicht schnell wieder vorbei. Die Schreiberinnen und Schreiber der Biogramme befanden sich in ungetrübter Freude darüber, dass sie zu denen gehörten, die dem Führer schon früh die Treue geschworen hatten – denn nun wartete ein großer Lohn für frühere Tapferkeit und Entbehrungen auf sie. So dachten die meisten.

Für Leser mit dem heutigen Wissensstand ist es mehr als eine Herausforderung, sich diesen düster-heiteren Lobeshymnen der Nazibewegung auszusetzen. Doch die Frage, wie es zum Aufstieg der Nationalsozialisten zu einer Massenbewegung kommen konnte, bewegt uns heute noch immer. Und nun auch wieder mehr. Für Antworten auf diese Frage müssen wir uns aber mit den Tätern und ihren Motiven beschäftigen. Es geht nicht anders.

Ein Zitat aus einem Biogramm transportiert die stolze Gefühlslage vieler Verfasser von damals besonders gut:
„Wer sich in der Kampfzeit zum Nationalsozialismus bekannte, hatte damals allein schon eine Tat vollbracht. Fast alle waren wir damals verfemt, selbst in der eigenen Familie prallten die Gegensätze aufeinander. Brot und Lohn standen sehr oft auf dem Spiel." (Gustav Heinsch aus Niederschlesien)

Viele frühe Nationalsozialisten fühlten sich in der Weimarer Republik nicht vorrangig als Aufrührer und nationalistische Revolutionäre, sondern als Opfer einer Gesellschaft und einer Politik, die entweder den falschen Werten hinterher läuft oder schlicht zu schwach ist, sich gegen Feinde von außen und innen zu behaupten.

Es kam aus deren subjektiver Sicht vieles zusammen, zum Beispiel:

- die kaum zu tragende Bürde des Versailler Vertrages,
- eine Geringschätzung der Opfer, die deutsche Soldaten im Ersten Weltkrieg brachten,
- Sicherheitskräfte, die auf Veranstaltungen mit unterschiedlichem Maß maßen, je nachdem, welcher Partei die Demonstranten nahestanden,
- gewalttätige Übergriffe von Kommunisten und Mitgliedern des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold auf SA-Mitglieder,
- ein von Kommunisten und Gewerkschaften forcierter Klassenkampf, der die deutsche Gesellschaft spaltete,
- schwache demokratische Regierungen, die deutsche Interessen nicht durchsetzen konnten oder wollten.

Dabei ist eine Beobachtung zentral: Je mehr die frühen Hitler-Anhänger schikaniert wurden, etwa wegen ihrer Gesinnung den Job verloren, Aufträge einbüßten oder familiär geschnitten wurden, desto mehr fühlten sie sich in ihrem Willen bestätigt, Hitler zu unterstützen.

Auch die Bedeutung Adolf Hitlers als charismatischer Führer nimmt in den Beschreibungen viel Raum ein. Zahlreiche Anhänger hatten ihn während der Weimarer Jahre persönlich gesehen und oft auch mit ihm selbst gesprochen. Hitlers öffentliche Auftritte waren zahlreich, er tourte mit seinen aufpeitschenden Reden unermüdlich auch durch kleinere Städte. Viele Verfasser der Biogramme betonen, wie wichtig die Anwesenheit bei einer Rede für den späteren Beitritt zur nationalsozialistischen Bewegung für sie war. Um die konkreten Inhalte der Reden ging es dabei fast gar nicht, es ging viel mehr »

Liane Czeremin ist Politikwissenschaftlerin und leitet die Öffentlichkeitsarbeit von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Wieland Giebel (Hg.)
„Warum ich Nazi wurde" Biogramme früher Nationalsozialisten.
Die einzigartige Sammlung des Theodore Abel.
Berlin Story Verlag, Berlin 2018
Gebundene Ausgabe, 928 Seiten • ISBN 978-3-95723-129-1 • 49,40 €
Teile der Sammlung sind auch auf der Homepage des Verlages zu finden: www.berlinstory.de

» um die Strahlkraft Hitlers und auch um die Opferbereitschaft, die er von seinen Anhängern einforderte.
Auch ausgeprägter Antisemitismus und Vorstellungen rassischer Überlegenheit nehmen in vielen Biogrammen großes Gewicht ein. Vielfach werden die gängigen Verschwörungstheorien über die angebliche jüdische Weltherrschaft sehr ernsthaft aufgegriffen. Entgegen jeder Faktenlage werden Juden auch für die Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkrieg verantwortlich gemacht.

Verleger Giebel stellt klar, dass es bei allen Motivlagen keine zwangsläufigen Lebenswege in den Nationalsozialismus gab. Alle Beteiligten entschieden sich aktiv dafür, diesen Weg zu gehen. Sie hätten auch woanders landen können, trotz aller Umstände und Bedingungen. Sie wollten Nazis sein. So Giebel.

Innerhalb weniger Jahre spitzte sich die gesellschaftliche Polarisierung in der Weimarer Republik immer weiter zu. Der auf der Straße mit Gewalt ausgefochtene Gegensatz zwischen kommunistischen und nationalsozialistischen Kräften fand kaum noch einen Puffer. Auch Verfechter der Weimarer Demokratie bewaffneten sich schließlich. Die ausufernde Gewalt in der Öffentlichkeit, die immer hitziger ausgetragenen ideologischen Kämpfe bereiteten der NSDAP den Boden.

Was bedeuten diese Erkenntnisse für heute? Auch wenn immer mehr Menschen sich dieser Tage an Weimar erinnert fühlen, wenn sie Wut- oder Hutbürgern in den Medien, im Netz und auf den Straßen begegnen, ist die Situation heute anders. Doch es besteht die reale Gefahr, dass sich die Polarisierung der Gesellschaft in den kommenden Jahren weiter zuspitzt, sich nach rechts tendierende Menschen weiter radikalisieren und demokratische Kräfte in die Defensive geraten.

Wir sollten die Erkenntnisse auch dieser Biogramme nutzen, um dem entgegenzuwirken. Wieland Giebel hat mit der Aufbereitung der Sammlung einen wichtigen Schritt getan. Wichtig ist, dass er auch die lange Vorgeschichte der jetzigen Veröffentlichung ausführlich thematisiert und die Leistung des polnischstämmigen US-amerikanischen Wissenschaftlers Theodore Abel herausstellt. Er war es, der 1934 in einem gewagten Unternehmen das Preisausschreiben initiierte, mit dem die bekennenden Nationalsozialisten zum Schreiben ihrer Lebensgeschichten angeregt wurden. Dies ging nur, weil er in einem Zusammenspiel aus Glück und Geschick die Unterstützung der Naziregierung für das Projekt erreichte. Schon allein wegen dieser Geschichte lohnt sich der 900 Seiten starke Band, der viele Biogramme auch als Faksimile wiedergibt. ■

Kämpfer für die Einheitsfront gegen Hitler

Andreas Dickerboom

Grundlegende Monografie von Axel Ulrich würdigt Carlo Mierendorff

Mehr als 30 Jahre nach der Biografie von Richard Albrecht würdigt der Wiesbadener Widerstandsforscher Dr. Axel Ulrich mit dem Buch „Carlo Mierendorff kontra Hitler" die Bedeutung dieses aufrechten Mannes für die deutsche Widerstandsbewegung – nicht zuletzt auch im Hinblick auf die zivile Basis des Umsturzversuchs vom „20. Juli". Das Buch, das 2018 unter Mitarbeit von Angelika Arenz-Morch im Thrun-Verlag erschienen ist, enthält viele neue Aspekte. So die Aktivitäten Mierendorffs im Frühjahr 1933 unmittelbar nach der sogenannten Machtergreifung mit dem Aufbau einer illegalen Bewegung in Südhessen oder auch dessen starker Einfluss auf den Kreisauer Kreis sowie die enge Zusammenarbeit mit Wilhelm Leuschner, einem weiteren wesentlichen Akteur des Widerstands. Um es mit den Worten von Peter Steinbach, dem Nestor der deutschen Widerstandsforschung, im Vorwort zu sagen: „Ulrich und Arenz-Morch gelingt [es], Mierendorffs Leistungen einer Orientierung in seiner bedrängenden Lebenszeit auch in unsere Gegenwart zu tragen."
Carlo Mierendorff wurde 1897 in Großenhain (Sachsen) geboren, zog mit seinen Eltern jedoch schon im Alter von zehn Jahren nach Darmstadt. Seit 1920 Mitglied der SPD, war er Pressereferent des damaligen hessischen Innenministers Wilhelm Leuschner. 1930 wurde er als jüngster SPD-Abgeordneter Mitglied des Reichstags. Schon vor der „Machtergreifung" Hitlers war er entschiedener Kämpfer gegen den aufkommenden Nationalsozialismus und engagiert im „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold" sowie in der „Eisernen Front", für die er zusammen mit Sergej Tschachotin das bekannte Symbol der drei Pfeile entwarf. Der Autor bietet keine klassische Biografie, sondern konzentriert sich auf die antinazistischen Tätigkeiten schon während der Weimarer Republik bis hin zum tragischen Tod bei einem Luftangriff der britischen Royal Air Force im Dezember 1943 in Leipzig. Aus heutiger Sicht ist klar, dass er aufgrund seiner starken Verstrickung in die Umsturzaktivitäten des „20. Juli" den Krieg nicht überlebt hätte. So hatte Mierendorff selbst geahnt, was folgen würde, sollte ein Umsturz nicht von Erfolg gekrönt sein: „Von jetzt an geht es nur noch aufwärts, entweder an die Macht oder an den Galgen."

Es ist ein Verdienst Ulrichs, Mierendorffs frühe Widerstandsaktivitäten insbesondere in Südhessen zu Beginn der NS-Herrschaft zu beleuchten. Durch einen denunziatorischen Artikel der kommunistischen revolutionären Gewerkschaftsopposition waren sowohl Mierendorff als

auch dessen Mitstreiter Siegfried Höxter in große Gefahr geraten. Diese beiden wie auch Heinrich G. Ritzel zählten zu den bedeutenden Kräften des anfänglichen konspirativen Widerstands im Rhein-Main-Gebiet. Axel Ulrich konnte hier auf umfangreiche jahrzehntelange Recherchen zurückgreifen. Sie sind in seinem Standardwerk „Politischer Widerstand gegen das ‚Dritte Reich' im Rhein-Main-Gebiet" (Thrun-Verlag 2005) nachzulesen. Und auch darum ist das vorliegende Werk so wichtig: Ulrich musste trotz seiner langjährigen Kärrnerarbeit feststellen, dass die Kenntnisse über diese konspirativen Aktivitäten Mierendorffs und seiner Mitstreiter noch immer bemerkenswert lückenhaft sind.

Ein weiterer Aspekt ist hervorzuheben: Carlo Mierendorff war eine zentrale Figur der von Wilhelm Leuschner angeführten sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Widerstandsbewegung, die als zivile Basis des militärischen Umsturzversuchs des 20. Juli 1944 viel bedeutender war als lange angenommen. Nicht zuletzt Axel Ulrichs Monografie zu Wilhelm Leuschner (Thrun-Verlag 2012) hat vor Augen geführt, wie umfangreich dessen reichsweites Netzwerk an Vertrauensleuten war. Ein besonders enger Vertrauter war eben Mierendorff, der neben Theodor Haubach und anderen zu den wichtigsten Vertretern der demokratischen Linkskräfte zählte. Diese waren für die Legitimation der führenden Kräfte des Kreisauer Kreises, wie Graf von Moltke oder Graf York von Wartenburg, unabdingbar.

Ulrich stützt sich in seinen Betrachtungen auf Emil Henk. Dessen Bericht über die Vorgeschichte des „20. Juli", erschienen kurz nach Kriegsende, ist auch im Dokumentationsteil des vorliegenden Buches abgedruckt. Der Henk-Bericht stützt die These Ulrichs, dass es ohne Gewerkschaften und Sozialdemokratie und deren führende Köpfe, zu denen Leuschner und Mierendorff zählten, keinen „20. Juli" gegeben hätte. Letzterer, so Henk, sei der „begabteste Mann der ganzen politischen Opposition" gewesen.

Carlo Mierendorff musste während der NS-Zeit mehrere Aufenthalte in Gefängnissen und Konzentrationslagern durchleiden, darunter im Emslandlager Börgermoor, im KZ Lichtenwald sowie im KZ Buchenwald. Mierendorff wie auch Leuschner, der zeitweise sein Mithäftling war, verkörperten dort die antinazistische Einheitsfront. Das berichtete später ihr kommunistischer Mithäftling Wolfgang Langhoff, der Autor der „Moorsoldaten". In seinen letzten Lebensmonaten stand Mierendorff vor allem mit Julius Leber und Adolf Reichwein im Gedankenaustausch darüber, wie nach einer deutschen Niederlage die Einheit aus KPD und Sozialdemokratie herbeigeführt werden könnte.

Es ist dem Autor zudem ein Anliegen, auf ein weiteres wichtiges Vermächtnis des bedeutenden Widerständlers hinzuweisen. Viele lokale und regionale Akteure des zivilen Widerstands konnten nach dem 20. Juli 1944 auch dank Mierendorffs Wirken abtauchen. Unter ihnen waren Männer und Frauen, die nach Kriegsende wichtig für die Wiederherstellung demokratischer Strukturen wurden, so beispielsweise Jakob Steffan, Ludwig Metzger, Ludwig Bergsträsser, Willi Richter, Willi Brundert oder Elisabeth Schwamb.

Carlo Mierendorff dachte und wirkte im Kampf gegen Hitler und den Nationalsozialismus visionär und über politische Grenzen hinaus. Axel Ulrichs verdienstvolle Monografie ist der Lektüre empfohlen, weil dieser aufrechte Widerständler uns auch heute noch viel zu sagen hätte. ■

Andreas Dickerboom ist Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppe Rhein-Main und zugleich Sprecher aller Regionalgruppen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Axel Ulrich (unter Mitarbeit von Angelika Arenz-Morch, mit einem Vorwort von Peter Steinbach)
Carlo Mierendorff gegen Hitler. Ein enger Mitstreiter Wilhelm Leuschners im Widerstand gegen das NS-Regime
Thrun-Verlag, Wiesbaden 2018 • Broschur, 175 Seiten • ISBN: 978-3- 981-50400-2
Zu beziehen ausschließlich über die Landeszentralen für politische Bildung Hessen und Rheinland-Pfalz: www.hlz.hessen.de

Erinnerungskultur im Chat

Wolfgang Dästner

„Brauche ich Auschwitz, um zu lernen, dass ich anderen nichts Böses antun soll?" Diese provozierende Expertenfrage beantwortet ein Schüler sehr eindeutig: „Nein, das ist Quatsch, das lernt man doch schon im Kindergarten."

Für das Gesprächsprojekt in Buchform *DENK-mal „smart"!* haben Bertram Noback, Andreas Pflock und Andreas Schulz vor allem Jugendlichen Raum gegeben, ihre Meinungen und Positionen zu formulieren. Es ging ihnen darum, ins Gespräch darüber zu kommen, welche Relevanz die NS-Zeit für junge Menschen heute noch besitzt und wie für sie eine zeitgemäße Vermittlung dieser Epoche aussehen könnte – im schulischen wie im außerschulischen Kontext. Gesprächsmedium ist das Smartphone. Das Buch gibt ihren Chatverlauf in gedruckter Form wieder.

Es diskutieren Schüler, Studenten, Lehrer und Experten über die Lernziele und über Methoden der Vermittlung. Erlaubt sind auch Themen, die weh tun. Am Beispiel oben könnte man zugespitzt formulieren: Ist also das Erinnern an den Holocaust überflüssig? Können wir auch ohne die Horrorbilder der Gaskammern und Krematorien unsere Kinder zu anständigen Menschen erziehen, die ganz selbstverständlich die Menschenrechte achten und damit einen erneuten Völkermord verhindern?

Andererseits hat das Lernen aus Auschwitz das heutige Sterben im Mittelmeer nicht verhindert. Ist das Auschwitz-Erinnern, also der Blick zurück, nicht zuweilen ein billiger Selbstbetrug, der unsere gegenwärtige Mitverantwortung vernebelt und unser Nichtstun und Wegsehen verdeckt? Diese Ambivalenzen werden auf den 150 Seiten von *DENK-mal „smart"!* am Rande berührt. Im Mittelpunkt stehen aber grundsätzliche Fragen dazu, wie man Jugendlichen historische Themen am besten vermitteln und wie man sie zu einer intensiven Auseinandersetzung mit der NS-Zeit anregen kann.

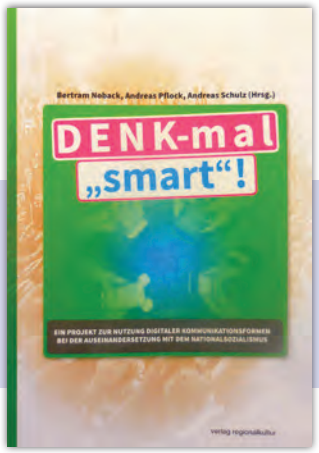
Als Lernziele werden benannt: „Historische Kenntnisse, Verstehen der historischen Prozesse, Erinnerung an die Opfer und Lernen aus der Geschichte: Wie ist ein zweites Auschwitz zu verhindern?"

Auch die Lernmethoden werden angesprochen: kognitives Lernen der Fakten im schulischen Umfeld sowie emotionales Lernen durch Zeitzeugenbegegnungen, familiäre Kontexte und Besuche von Gedenkstätten. Vielfach werden auch Filme, Dokumentationen und Tagebücher, Ausstellungen sowie Literatur, Theater und bildende Kunst erwähnt, wobei die beiden Methoden – kognitives und emotionales Lernen – eine unterschiedliche Relevanz haben. Eine dritte Dimension wird nicht eigens benannt, nämlich ein handlungsorientiertes Lernen. Das ist verständlich, denn die Schüler, deren Meinungen Vorrang hatte, hatten diese Lernform nicht angesprochen. Dennoch soll sie in dieser Rezension erwähnt werden, zumal die Nutzung des Chats genau diese Handlungsdimension aufweist: Das Gespräch ist ein Handeln und ein praktischer Umgang mit den Themen, wobei natürlich auch kognitive und emotionale Aspekte eine wichtige Rolle spielen. Doch zunächst ist der Entschluss zum Tun wesentlich: Man muss das Gerät in die Hand nehmen und jemanden in ein Gespräch verwickeln. Zu dieser Dimension gehört auch, dass Schüler sich auf den Weg machen, um biografische und gesellschaftliche Kontexte zu erforschen, sei es im familiären oder im regionalen Umfeld. Auch die Ergebnisse zu formulieren und sie zum Beispiel in einer Wandzeitung anderen Menschen zu präsentieren, ist ein Teil davon. Das etwa macht das Freiburger Projekt „Naziterror gegen Jugendliche" seit Jahren und führt es in diesem Jahr weiter. In diesen Bereich gehören ebenso Workshops, wie sie von der „Aktion Sühnezeichen und Friedensdienste" (www.asf-ev.de) in vorbildlicher Weise durchgeführt werden. Deren Motto ist: konkrete Geschichtserfahrung, übersetzt in aktuelles Handeln, etwa beim Errichten oder Erhalten von Gedenkstätten. Aber auch Jugendhilfsdienste hinterlassen tiefe Erlebnisse bei Schülern. So habe ich es selbst mehrfach als Organisator etwa eines Dienstes in einer Roma-Schule in Rumänien erlebt.

Neue Erkenntnisse bietet das Projekt also nicht. Der innovative Aspekt von *DENK-mal „smart"!* besteht jedoch im Angebot einer weiteren Methode des Lernens, die es zu erproben gilt. Es ist zwar anzunehmen, dass vor allem Schüler angesprochen werden, die ohnehin einen positiven Zugang zur Erinnerungskultur haben. Dennoch ist dieser Weg zu begrüßen, denn die Herausgeber zeigen auf, welche Chan-

Wolfgang Dästner ist Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppe Südbaden von Gegen Vergessen –– Für Demokratie e.V.

Bertram Noback, Andreas Pflock, Andreas Schulz (Hrsg.)
DENK-mal „smart"! Ein Projekt zur Nutzung digitaler Kommunikationsformen bei der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus.
Verlag Regionalkultur, Ubstadt-Weiher 2018
Broschur, 152 Seiten mit 18, meist farbigen Abbildungen
ISBN 978-3-95505-089-4 • 9,90 €



cen und Grenzen eine digitale Debatte mit Jugendlichen aufweisen kann.

Die Antwort auf die eingangs gestellte Frage, anständiges Verhalten lerne man schon im Kindergarten, klingt, als sei das ganz einfach. Doch leider muss dieser Lernprozess immer wieder neu angeschoben werden, und zwar als Erziehung für die Zukunft. Erinnern kann dabei nur ein erster Baustein sein. Das Einhalten der Menschenrechte muss in der Gegenwart geschehen. Das Erinnern an schreckliche Bilder wird für den Erziehungsprozess weniger prägend sein als das Aufzeigen von Prozessen wie Befreiungsbewegungen oder Widerstandshandlungen, selbst wenn sie nicht erfolgreich waren. Auch eine positive Idee kann den heutigen Betrachter optimistisch stimmen.

Als Fazit ist festzuhalten: *DENK-mal „smart"!* ist als Diskussionsbeitrag sehr zu begrüßen. Er sollte dazu anregen, Medien, die Jugendliche in ihrem Alltag verwenden, als Ergänzung für die Bildungsarbeit und die Erinnerungskultur ebenso selbstverständlich zu nutzen. ■

Bildband mit 100en Fotodokumenten aus der Pogromnacht

Klaus Wettig

Der Fotograf und Professor für Fotografie Michael Ruetz hat mehr als ein Dutzend viel beachteter Fotobände vorgelegt und mit seinen Fotos aus der 1968er Zeit in Berlin sogar unser historisches Gedächtnis bestimmt. Sein neuester Band über die Pogromnacht 1938 dürfte ebenfalls Erinnerungsgeschichte schreiben. Keines der Fotos hat er selbst fotografiert, er hat sie gemeinsam mit Astrid Köppe gesammelt, mit Zeitzeugenberichten erläutert und mit knappen Kommentaren interpretiert.

Die 115 Orte im Deutschen Reich von 1938, in denen Synagogen brannten und Eigentum von deutschen Juden geplündert und zerstört wurde, werden mit Hunderten von Fotos dokumentiert, die in den Archiven und bei Privatleuten schlummerten. Erstaunlicherweise konnte die Rechercheurin sie mit dichten Zeitzeugenberichten unterlegen: von betroffenen verfolgten deutschen Juden, von Tätern, von zustimmenden Deutschen und Sensationsgaffern. Mitgefühl mit den außerordentlich brutal Verfolgten lassen nur wenige Fotos erkennen.

Mit den Rätseln der deutschen Vergangenheitspolitik beschäftigt sich dieser Band 80 Jahre nach der Pogromnacht, zu einem Zeitpunkt, an dem nur noch wenige Zeitzeugen und Täter leben. Lokale Veröffentlichungen gab es schon früher, aber eine Dokumentation für das gesamte Deutsche Reich gab es bisher nicht. Das bleibt das Verdienst von Michael Ruetz und seinem Team. Ein Blick auf die Karte der Orte belehrt uns über verbliebene Lücken. Die Schauplätze liegen in der alten Bundesrepublik, überwiegend in West- und Südwestdeutschland; weiter nach Osten geht der Blick nicht, obwohl auch dort Synagogen brannten. In der Diskussion über unsere Erinnerungspolitik ist dann doch zu fragen, warum wiederum erst eine private Initiative ein Ereignis nationalsozialistischer Gewalt bildhaft aufdeckt. Schon bei der ersten nahezu vollständigen Dokumentation der Bücherverbrennungen 1933 im Jahre 2008 war das so. Warum hat keines der Institute, die sich mit der NS-Zeit beschäftigen, eine Dokumentation wie „Pogrom 1938. Das Gesicht in der Menge" erarbeitet?

War es die Furcht vor einer erneuten Dokumentation deutscher Schande? Ja, es ist richtig, Bilder und Berichte müssen uns tief beschämen. Sie können uns aber auch bestärken, einem erneuten Aufleben einer menschenverachtenden Politik entgegenzutreten. Der von Michael Ruetz und seinem Team vorgelegte Band sollte uns dazu ermutigen.

Bleibt noch anzumerken, dass Michael Ruetz den Erinnerungsband der couragierten Beate Klarsfeld gewidmet hat, die mutig – im Fall Klaus Barbie unter Einsatz ihres Lebens – Jahrzehnte für Aufklärung und Abrechnung gekämpft hat. Erst spät verlieh ihr Bundespräsident Joachim Gauck dafür das Bundesverdienstkreuz. ■

Klaus Wettig war Europaabgeordneter für die SPD (1979-1994) und arbeitet als Autor und Kulturmanager.

Michael Ruetz, Astrid Köppe (Autoren)
Pogrom 1938. Das Gesicht in der Menge.
Nimbus. Kunst und Bücher, Wädenswil, 2018
Gebundene Ausgabe, 144 Seiten
ISBN 978-3-03850-050-6 • 29,80 €

Umfassende Archivarbeit zum Nationalsozialismus in Rendsburg

Demokratie leben heißt, sich der Vergangenheit zu stellen – auch wenn damit verklärende Mythen aufgegeben werden müssen. In der Neuerscheinung **„Gegen das Vergessen. Opfer und Täter in Rendsburgs NS-Zeit“** setzt sich daher **Günter Neugebauer** mit der NS-Zeit im Schleswig-Holsteinischen Rendsburg auseinander, in dem er in akribischer Archivarbeit die politisch-soziale Welt der Stadt beschreibt, sowie detailliert Mythen des Widerstands widerlegt.

Vorherrschende Ideen des Mitläufertums werden anhand von bisher unveröffentlichten Dokumenten widerlegt, in denen die NS-Vergangenheit von Bürgermeistern, Landräten, Unternehmern und Behördenleitern zutage gebracht wird. Als gebürtiger Rendsburger, langjähriges Mitglied des Schleswig-Holsteiner Landtags und ehemaliger Stadtsenator hat Günter Neugebauer tiefe Wurzeln in dieser Stadt. Und doch – oder genau deshalb – dokumentiert der Sprecher der RAG Schleswig-Holstein von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. umfassend die Beteiligung von damaligen Menschen in Amt und Würden an NS-Verbrechen, sowie ihre Nachkriegsrehabilitierungen.

Doch dem Werk wird auch Gewicht verliehen durch die Dokumentation der Leben und Schicksale der Opfer – durch deren Namen und Biografien die Tragweite der NS-Verbrechen deutlicher wird. Verfolgung, Exil und Ermordung sind so nicht mehr Abstraktionen und Statistiken, sondern die Konsequenzen eines Umfelds, das sich dem Nationalsozialismus zugewendet hat.

In diesem umfassenden Werk der Lokalgeschichte wird so beispielhaft vermittelt, wie einfach Propaganda der NS-Diktatur Menschen zu Verfolgungstätern werden ließ, und wie unabdingbar das Erinnern für die Verteidigung demokratischer Werte ist. ■

Nein-Sager Tucholsky

Die Weimarer Republik hatte viele Feinde – doch wie sind diejenigen einzuschätzen, die ihr mit „Haß aus Liebe“ begegneten? So bezeichnete Kurt Tucholsky sein Verhältnis zu einem Staat, den er immer wieder stark kritisierte, den er durch seine rege Arbeit als Journalist und Publizist aber auch verkörperte wie kaum ein anderer.

Günther Rüther, ehemaliges Vorstandsmitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., widmet sich in seiner neuen politischen Biografie **„Wir Negativen. Kurt Tucholsky und die Weimarer Republik“** der Person Tucholskys, der mit Entschlossenheit die Vereinbarkeit des Sozialismus mit der Freiheit des Individuums anstrebte, zugleich aber als „hellsichtiger Schwarzseher“ nicht nur den Widerspruch gegen den Zeitgeist suchte, sondern selbst sich als widersprüchlich verstand.

Den unermüdlichen Kampf für die Demokratie bestritt Tucholsky zwar stets, wetterte jedoch zugleich gegen die Parteien und Institutionen, die sie tragen sollten. War es ein ungerechter Pranger oder die notwendige Offenlegung einer chronischen Krankheit der Weimarer Republik? Kann man aus der heutigen Perspektive Tucholsky Recht ab- oder zusprechen? Diesen Fragen wird nachgegangen, einfache Antworten finden sich jedoch nicht.

Es werden von Rüther sowohl die treffenden und scharfsichtigen Kritiken Tucholskys an der verbleibenden monarchistischen Mentalität beleuchtet, als auch die Unmöglichkeit, dass der immer unangepasste Tucholsky zum Verfechter jenes demokratischen Staates, in dem er lebte, hätte werden können. So erzählt Rüther nicht nur eine der spannendsten Werdegänge der Zwischenkriegszeit nach, sondern ergründet auch die demokratische Beispielhaftigkeit der Figur Tucholsky in neuer Art und Weise. ■

Günter Neugebauer
Gegen das Vergessen. Opfer und Täter in Rendsburgs NS-Zeit
Rendsburger Druck und Verlagshaus, 2018
Taschenbuch, 392 Seiten
ISBN: 978-3-981-09126-7 • 14,80 €

Günther Rüther
Wir Negativen. Kurt Tucholsky und die Weimarer Republik
marix Verlag, 2018
Gebundene Ausgabe, 336 Seiten
ISBN: 978-3-737-41101-1 • 26,00 €

Vorstand und Beirat

GESCHÄFTSFÜHRENDER VORSTAND

Prof Dr. Bernd Faulenbach, Vorsitzender, Historiker

Ekin Deligöz, Stellvertretende Vorsitzende, MdB

Eberhard Diepgen, Stellvertretender Vorsitzender, Regierender Bürgermeister von Berlin a.D.

Linda Teuteberg, Stellvertretende Vorsitzende, MdB

Andreas Dickerboom / Stefan Querl, Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Iris Gleicke, Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer a. D.

Bernd Goldmann, Schatzmeister, ehemaliger Direktor der UBS Deutschland AG, Niederlassung Berlin

Kerstin Griese, MdB, Parlamentarische Staatssekretärin für Arbeit und Soziales

Dr. Ulrich Mählert, Schriftführer, Zeithistoriker bei der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Prof. Dr. Johannes Tuchel, Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand

VORSTAND

Dr. Andreas H. Apelt, Bevollmächtigter des Vorstands der Deutschen Gesellschaft e. V.

Erik Bettermann, ehemaliger Intendant der Deutschen Welle

Prof. Dr. Friedhelm Boll, Historiker am Historischen Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung

Tilo Braune, Staatssekretär a. D., Geschäftsführer der Hamburger Gesellschaft zur Förderung der Demokratie und des Völkerrechts e. V.

Burkard Dregger, Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin

Prof. Dr. Hansjörg Geiger, Staatssekretär im Bundesministerium der Justiz a. D.

Reinhard Grindel, Präsident des Deutschen Fußball-Bundes a. D.

Dr. Norbert Haase, Historiker, ehemaliger Geschäftsführer der Stiftung Sächsische Gedenkstätten

Christoph Heubner, Geschäftsführender Vizepräsident des Internationalen Auschwitz Komitees (IAK)

Christian Hirte, MdB, Parlamentarischer Staatssekretär, Beauftragter der Bundesregierung für die neuen Bundesländer

Dr. Werner Jung, Direktor des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln

Prof. Dr. Alfons Kenkmann, Professor für Geschichtsdidaktik an der Universität Leipzig

Birgit Kipfer, Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft Baden-Württemberg, Vorstandsvorsitzende der Stiftung „Lernort Demokratie – Das DDR-Museum Pforzheim"

Dr. Susanne Kitschun, Leiterin des Gedenk- und Ausstellungsortes Friedhof der Märzgefallenen, Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin

Ernst Klein, Vorsitzender des Vereins Rückblende Gegen das Vergessen e. V.

Dr. h.c. Charlotte Knobloch, Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, ehemalige Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland

Hannelore Kohl, Präsidentin des Oberverwaltungsgerichts und des Landesverfassungsgerichtes in Mecklenburg-Vorpommern a.D.

Dr. Anja Kruke, Leiterin des Archivs der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung

Uta Leichsenring, ehemalige Leiterin der Außenstelle Halle des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen

Winfried Nachtwei, Experte für Friedens- und Sicherheitspolitik, MdB a. D.

Paul Nemitz, Direktor für Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit in der Generaldirektion Justiz der Europäischen Kommission in Brüssel

Dr. Maria Nooke, Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur in Brandenburg

Prof. Dr. Friedbert Pflüger, Direktor des European Centre for Energy and Ressource Security

Dr. Melanie Piepenschneider, Leiterin Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung

Prof. Dr. Ernst Piper, Historiker, Verleger

Ulrike Poppe, ehemalige Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur in Brandenburg

Prof. Dr. h.c. Klaus G. Saur, Verleger

Dieter Schulte, ehemaliger Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Lala Süsskind, ehemalige Vorsitzende des Vorstandes der Jüdischen Gemeinde zu Berlin

Lothar Tautz, Religionspädagoge und Sozialkundelehrer

Dr. h.c. Josef Thesing, ehemaliger stellvertretender Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung

Arnold Vaatz, MdB, Staatsminister a. D.

Ernst-Jürgen Walberg, ehemaliger Kulturchef von NDR 1 Radio Mecklenburg-Vorpommern

Prof. Dr. Gert Weisskirchen, MdB a. D.

EHRENVORSITZENDER

Dr. h.c. Joachim Gauck, Bundespräsident a. D.

BEIRAT

Prof. Dr. Rita Süssmuth, Vorsitzende, Bundesministerin a. D., Präsidentin des Deutschen Bundestags a. D.

Rainer Braam, Unternehmer

Prof. Dr. Hubert Burda, Verleger

Dr. Thomas Goppel, Staatsminister a. D.

Dr. h.c. Friedrich Schorlemmer, Theologe und Bürgerrechtler

Walther Seinsch, Unternehmer, ehemaliger Vorstandsvorsitzender des FC Augsburg

Barbara Stamm, Präsidentin des Landtages von Bayern a. D.

Dr. Monika Wulf-Mathies, Gewerkschafterin, EU-Kommissarin a. D.

GESCHÄFTSFÜHRER

Dr. Michael Parak

EHEMALIGE VORSITZENDE

Wolfgang Tiefensee, 2012 – 2014, Wirtschaftsminister in Thüringen

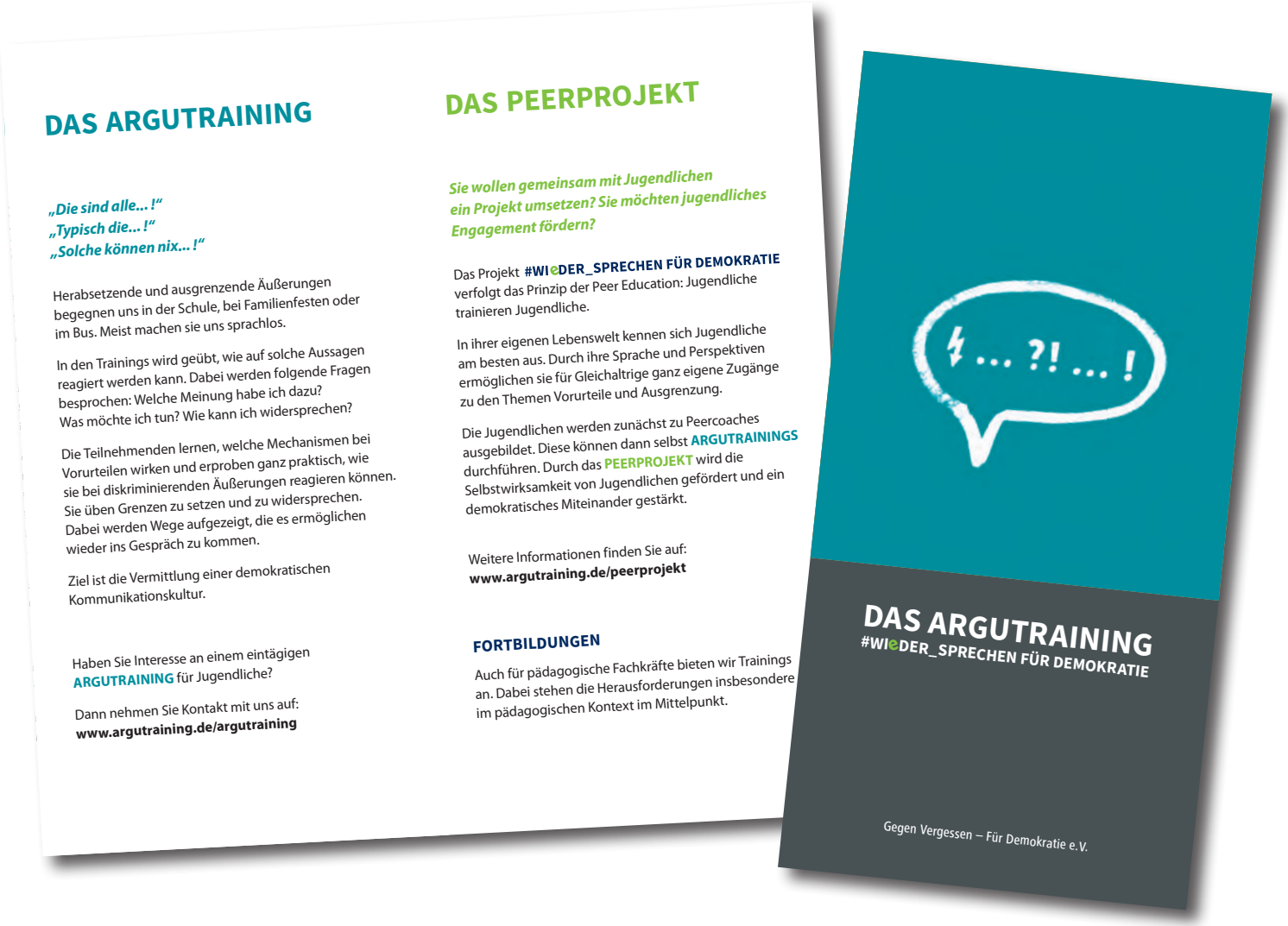
Dr. h.c. Joachim Gauck, 2003 – 2012, Bundespräsident a. D.

Dr. h.c. Hans Koschnick, 2000 – 2003, Bürgermeister von Bremen a. D.

Dr. Hans-Jochen Vogel, 1993 – 2000, Bundesminister a. D.

DAS ARGUTRAINING

#WIeDER_SPRECHEN FÜR DEMOKRATIE



DAS ARGUTRAINING

„Die sind alle... !"
„Typisch die... !"
„Solche können nix... !"

Herabsetzende und ausgrenzende Äußerungen begegnen uns in der Schule, bei Familienfesten oder im Bus. Meist machen sie uns sprachlos.

In den Trainings wird geübt, wie auf solche Aussagen reagiert werden kann. Dabei werden folgende Fragen besprochen: Welche Meinung habe ich dazu? Was möchte ich tun? Wie kann ich widersprechen?

Die Teilnehmenden lernen, welche Mechanismen bei Vorurteilen wirken und erproben ganz praktisch, wie sie bei diskriminierenden Äußerungen reagieren können. Sie üben Grenzen zu setzen und zu widersprechen. Dabei werden Wege aufgezeigt, die es ermöglichen wieder ins Gespräch zu kommen.

Ziel ist die Vermittlung einer demokratischen Kommunikationskultur.

Haben Sie Interesse an einem eintägigen **ARGUTRAINING** für Jugendliche?

Dann nehmen Sie Kontakt mit uns auf:
www.argutraining.de/argutraining

DAS PEERPROJEKT

Sie wollen gemeinsam mit Jugendlichen ein Projekt umsetzen? Sie möchten jugendliches Engagement fördern?

Das Projekt **#WIeDER_SPRECHEN FÜR DEMOKRATIE** verfolgt das Prinzip der Peer Education: Jugendliche trainieren Jugendliche.

In ihrer eigenen Lebenswelt kennen sich Jugendliche am besten aus. Durch ihre Sprache und Perspektiven ermöglichen sie für Gleichaltrige ganz eigene Zugänge zu den Themen Vorurteile und Ausgrenzung.

Die Jugendlichen werden zunächst zu Peercoaches ausgebildet. Diese können dann selbst **ARGUTRAININGS** durchführen. Durch das **PEERPROJEKT** wird die Selbstwirksamkeit von Jugendlichen gefördert und ein demokratisches Miteinander gestärkt.

Weitere Informationen finden Sie auf:
www.argutraining.de/peerprojekt

FORTBILDUNGEN

Auch für pädagogische Fachkräfte bieten wir Trainings an. Dabei stehen die Herausforderungen insbesondere im pädagogischen Kontext im Mittelpunkt.

DAS ARGUTRAINING
#WIeDER_SPRECHEN FÜR DEMOKRATIE

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Alle Informationen zum Projekt und unseren Angeboten finden Sie auf:

www.argutraining.de

Gegen Vergessen
Für Demokratie e.V.

Gefördert durch die
bpb: Bundeszentrale für politische Bildung